

WIFO ■ MONATSBERICHETE 2/2026

- **Inflationsrate sinkt deutlich, doch Konjunktur ist bislang matt**
- **Zögerliche Verbesserung der Konjektureinschätzungen zu Jahresbeginn.** Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Jänner 2026
- **Europäische Industriepolitik im Wandel**
- **Europäisches Bauwesen vor moderatem Aufschwung**

WIFO ■ MONATSBERICHETE

Mission Statement

Die Mission des WIFO ist es, durch den Brückenbau zwischen akademischer Grundlagenforschung und wirtschaftspolitischer Anwendung zur Lösung sozioökonomischer Herausforderungen beizutragen und sachliche Grundlagen für Entscheidungen in Wirtschaft und Gesellschaft zu schaffen. Die WIFO-Monatsberichte veröffentlichen Forschungsergebnisse des WIFO und Beiträge zur nationalen und internationalen Wirtschaftsentwicklung auf der Grundlage wissenschaftlich fundierter Analysen. Sie tragen damit zur Erfüllung dieser Mission bei.

Die in den Monatsberichten veröffentlichten Beiträge werden von den jeweiligen Autor:innen gezeichnet. Beiträge von WIFO-Ökonom:innen entstehen unter Mitwirkung des Institutsteams; für den Inhalt ist das WIFO verantwortlich. Beiträge externer Autor:innen repräsentieren nicht zwingend die Institutsmeinung.

Beiträge aus diesem Heft werden in die EconLit-Datenbank des "Journal of Economic Literature" aufgenommen.

Editorial Board

Univ.-Prof. Dr. Jesús Crespo Cuaresma, Wirtschaftsuniversität Wien

Univ.-Prof. Dr. Jens Südekum, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Univ.-Prof. Dr. Claudia Kemfert, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

Univ.-Prof. Dr. Andrea Weber, Central European University

Univ.-Prof. Philipp Schmidt-Dengler, PhD, Universität Wien

Impressum

Herausgeber: Univ.-Prof. MMag. Gabriel Felbermayr, PhD

Druck: Medienfabrik Graz, Dreihackengasse 20, 8020 Graz

Medieninhaber (Verleger) und Redaktion:

Chefredakteur: apl. Prof. Dr. Hans Pitlik

Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung
1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, Telefon +43 1 798 26 01-0,
Fax +43 1 798 93 86, <https://www.wifo.ac.at>

Lektorat: Mag. Christoph Lorenz, BA •

Redaktion: Tamara Fellinger, Tatjana Weber

Kontakt: redaktion@wifo.ac.at

Satz: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Preise 2026

Jahrgang (12 Hefte, Printversion): 305 € • Einzelheft (Printversion): 30,50 €

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz

Medieninhaber (Verleger): Verein "Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung" • **Geschäftsführer:** Univ.-Prof. MMag. Gabriel Felbermayr, PhD • **Vereinszweck:** Laufende Analyse der Wirtschaftsentwicklung im In- und Ausland, Untersuchung spezieller ökonomischer Problemstellungen nach dem Grundsatz der Objektivität auf wissenschaftlicher Basis, Veröffentlichung der Ergebnisse



99. Jahrgang, Heft 2/2026

51-59 ■ Inflationsrate sinkt deutlich, doch Konjunktur ist bislang matt

Marcus Scheiblecker

Österreichs Industrie scheint nach Überwindung der Rezession vorerst nicht weiter an Schwung zu gewinnen. Der WIFO-Konjunkturtest von Jänner 2026 zeigte nach dreimaliger leichter Besserung wieder eine Eintrübung des Konjunkturklimas in der Sachgütererzeugung. Die internationale Nachfrage nach heimischen Industriegütern leidet unter der Konjunkturschwäche in der EU und den Zöllen der USA. Die Inflationsrate halbierte sich im Jänner nahezu gegenüber dem Vormonat. Auch auf dem Arbeitsmarkt sind Stabilisierungstendenzen erkennbar.

Inflation Rate Falls Significantly, but Economic Activity Remains Sluggish

60 ■ Konjunkturberichterstattung: Methodische Hinweise und Kurzglossar

61-70 ■ Zögerliche Verbesserung der Konjektureinschätzungen zu Jahresbeginn.

Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Jänner 2026

Werner Hözl, Jürgen Bierbaumer, Michael Klien, Agnes Kügler

In der Gesamtwirtschaft verbesserte sich die Konjunkturstimmung im Quartalsvergleich leicht, blieb aber verhalten. In der Bauwirtschaft trübten sich die Konjektureinschätzungen wieder ein, in der Sachgütererzeugung blieben sie trotz Anstiegs überwiegend skeptisch. Die unternehmerische Unsicherheit verringerte sich gegenüber Oktober, blieb aber erhöht. Die Kapazitätsauslastung verbesserte sich in der Sachgütererzeugung und den Dienstleistungen und war in der Bauwirtschaft rückläufig. Der "Mangel an Nachfrage" war auch zu Jahresbeginn 2026 in allen Wirtschaftsbereichen das meistgenannte Hemmnis der Geschäftstätigkeit.

Hesitant Improvement in Economic Assessments at the Start of the Year. Results of the WIFO-Konjunkturtest Quarterly Survey of January 2026

71-81 ■ Europäische Industriepolitik im Wandel

Michael Peneder

Tiefgreifende technologische, geoökonomische und geopolitische Herausforderungen prägen die rezenten Entwicklung der europäischen Industriepolitik. Nach einer langen und wechselvollen Geschichte setzt sich zunehmend ein integrierter Ansatz durch, der "horizontale" Maßnahmen der Standortpolitik mit "vertikalen" strategischen Schwerpunkten verbindet. Eine wesentliche Herausforderung für die EU-Mitgliedsländer besteht darin, sich innerhalb der neuen europäischen Schwerpunkte und Netzwerke vorteilhaft zu positionieren.

European Industrial Policy in Transition

83-94 ■ **Europäisches Bauwesen vor moderatem Aufschwung.** Euroconstruct-Prognose bis 2028

Michael Klien, Michael Weingärtler

Die europäische Bauwirtschaft durchlief 2024 (−1,7%) und 2025 (+0,3%) eine Schwächephase. Hohe Zinsen, die lebhafte Inflation und gestiegene Baukosten belasteten insbesondere den Wohnbau. Für 2026 erwartet das Euroconstruct-Netzwerk eine Erholung (+2,4%), die sich 2027 und 2028 fortsetzen dürfte. Der Tiefbau bleibt der wachstumsstärkste Sektor, getrieben von Investitionen in Energieinfrastruktur und Schienenverkehr. In Österreich zeigt sich ein ähnliches, jedoch verzögertes Muster: Die realen Bauinvestitionen schrumpften 2024 um 5,2% und 2025 um 0,8%. Für 2026 wird mit +0,2% erst eine Seitwärtsbewegung erwartet (2027/28 +1% p. a.). Die fiskalischen Konsolidierungsmaßnahmen belasten den Tiefbau ab 2026 zunehmend. Im Wohnbau zeichnet sich hingegen eine Stabilisierung ab (+0,5% nach −1,6% 2025).

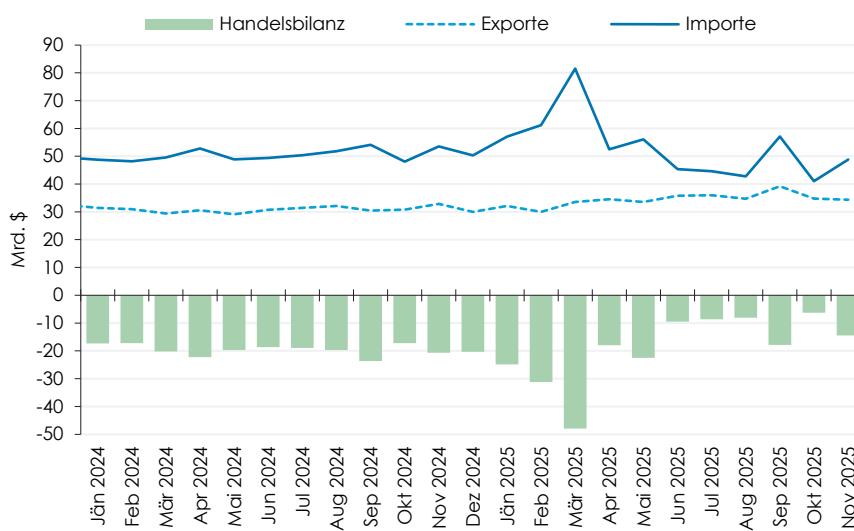
European Construction Set for Gradual Recovery. Euroconstruct Forecast until 2028

Inflationsrate sinkt deutlich, doch Konjunktur ist bislang matt

Marcus Scheiblecker

- Die schwache Binnen- und Exportnachfrage bremst die Wirtschaftsentwicklung im Euro-Raum. Die Industrie leidet unter der Erhöhung der Importzölle durch die USA, allerdings besserte sich die Stimmung in den Unternehmen zu Jahresbeginn erstmals spürbar.
- Für Österreich weisen Unternehmensumfragen auf eine anhaltend matte Konjunktur hin.
- Während von der Konsumnachfrage der privaten Haushalte im IV. Quartal 2025 positive Impulse ausgingen, wirkte die verhaltene Investitionstätigkeit weiterhin dämpfend.
- Die zum Jahresausklang noch sehr hohe Inflationsrate halbierte sich im Jänner 2026 beinahe auf voraussichtlich 2%. Der Arbeitsmarkt scheint sich ebenfalls zu stabilisieren.

Warenhandel der USA mit der EU 27



"Die Zollpolitik der USA hat die Nachfrage aus der EU in den letzten Monaten verringert. Die von der Regierung Trump beabsichtigte Reduktion der Auslandsabhängigkeit scheint erste Wirkung zu zeigen."

Seit März 2025 sind die Warenimporte der USA aus der EU aufgrund der neuen Zollpolitik deutlich rückläufig, die Warenexporte in die EU stiegen jedoch weiter leicht. Daraus ergibt sich eine merkliche Verringerung des Handelsbilanzdefizites der USA mit der EU (Q: U.S. Census Bureau, Macrobond, saisonbereinigt).

Inflationsrate sinkt deutlich, doch Konjunktur ist bislang matt

Marcus Scheiblecker

Inflationsrate sinkt deutlich, doch Konjunktur ist bislang matt

Österreichs Industrie scheint nach Überwindung der Rezession vorerst nicht weiter an Schwung zu gewinnen. Der WIFO-Konjunkturtest von Jänner 2026 zeigte nach dreimaliger leichter Besserung wieder eine Eintrübung des Konjunkturklimas in der Sachgütererzeugung. Die internationale Nachfrage nach heimischen Industriegütern leidet unter der Konjunkturschwäche in der EU und den Zöllen der USA. Die Inflationsrate halbierte sich im Jänner nahezu gegenüber dem Vormonat. Auch auf dem Arbeitsmarkt sind Stabilisierungstendenzen erkennbar.

JEL-Codes: E32, E66 • **Keywords:** Konjunkturbericht

Der Konjunkturbericht entsteht jeweils in Zusammenarbeit aller Mitarbeiter:innen des WIFO. Zu den Definitionen siehe "Methodische Hinweise und Kurzglossar", in diesem Heft und <https://www.wifo.ac.at/wp-content/uploads/2024/01/WIFO-Konjunkturberichterstattung-Glossar.pdf>.

Wissenschaftliche Assistenz: Astrid Czaloun (astrid.czaloun@wifo.ac.at), Ursula Glauninger (ursula.glauninger@wifo.ac.at), Martha Steiner (martha.steiner@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 9. 2. 2026

Kontakt: Marcus Scheiblecker (marcus.scheiblecker@wifo.ac.at)

Die heimische Industrie hat nach Überwindung der Rezession bisher nicht spürbar an Dynamik gewonnen und erholt sich nur langsam. Laut WIFO-Konjunkturtest von Jänner 2026 war in der Sachgütererzeugung noch keine nachhaltige Stimmungsaufhellung beobachtbar. Dämpfend wirkt nach wie vor die schwache Auslandsnachfrage nach Industriegütern. Auch in der Bauwirtschaft überwiegen wieder die negativen Einschätzungen. Dienstleister sind dagegen mehrheitlich positiv gestimmt. Auch der Einzelhandel blickt vermehrt mit Optimismus in die Zukunft.

Im Euro-Raum wuchs die Wirtschaft im IV. Quartal 2025 mit +0,3% unverändert zaghaft. Hierzu trug nicht nur die anhaltend schleppende Binnenkonjunktur bei, sondern auch die tendenziell rückläufige Nachfrage aus den USA. Unternehmensumfragen zeigten zu Jahresbeginn allerdings eine deutliche Aufhellung an, womit der Euro-Raum auf Wachstumskurs bleiben sollte.

In Österreich legte das BIP nach vorläufigen Berechnungen des WIFO im IV. Quartal 2025 nur um 0,2% zu. Für das Gesamtjahr ergibt sich somit ein realer Anstieg von 0,6% gegenüber dem Vorjahr (saison- und kalenderbereinigt). Damit ist die heimische Wirtschaft

Inflation Rate Falls Significantly, but Economic Activity Remains Sluggish

Having overcome the recession, Austria's industry does not appear to be gaining momentum for the time being. After three slight improvements, the WIFO-Konjunkturtest (business cycle survey) for January 2026 showed a renewed deterioration in the business climate of the manufacturing sector. International demand for domestic industrial goods is suffering from the economic weakness in the EU and US tariffs. The Austrian inflation rate almost halved in January compared with the previous month. Stabilisation trends are also evident on the labour market.

nach zwei Jahren Rezession wieder gewachsen.

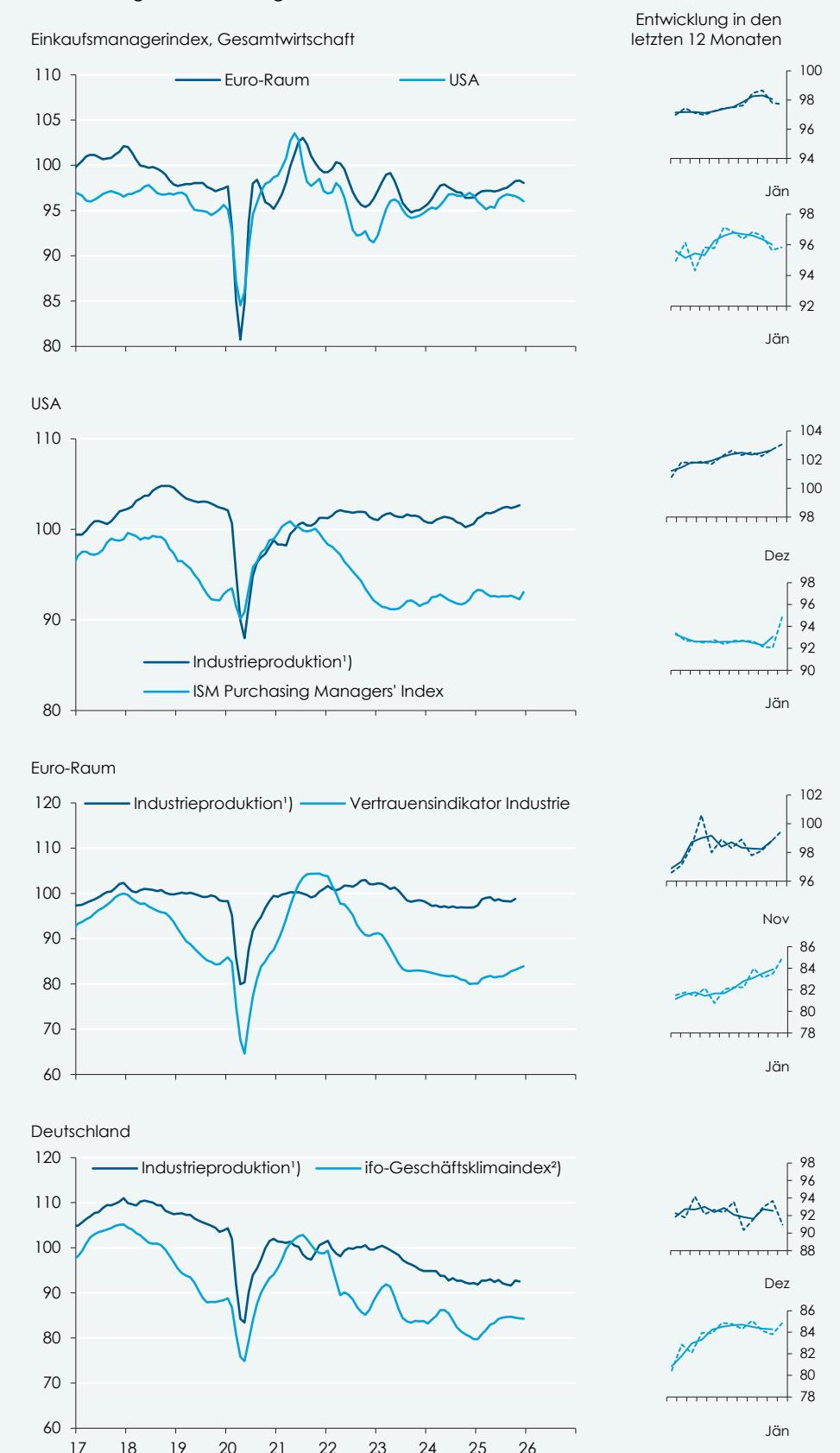
The Exportnachfrage expandierte im IV. Quartal um 0,6%, dies glich jedoch den Einbruch im Vorquartal (-1,6%) nicht aus. Der Konsum der privaten Haushalte wuchs um 0,4%, nach -0,3% im III. Quartal. Dämpfend wirkt weiterhin die geringe Investitionsnachfrage. Die Bruttoanlageinvestitionen schrumpften im IV. Quartal um 0,7% (III. Quartal -0,1%).

The Inflationsrate, die seit dem Sommer 2025 hartnäckig bei rund 4% verharrt hatte, sank im Jänner nach vorläufigen Berechnungen kräftig auf 2%. Zum einen entfiel der Basisfehler infolge des Auslaufens der Energiepreisbremse, der die Inflationsrate im gesamten Jahresverlauf 2025 erhöht hatte, und zum anderen dämpften neben Preirückgängen einige neu implementierte Maßnahmen der Bundesregierung die Energiepreise.

The Lage auf dem Arbeitsmarkt bleibt herausfordernd, jedoch zeigten sich zuletzt Stabilisierungstendenzen. Zwar stieg die Arbeitslosigkeit auch im Jänner 2026 im Vorjahresvergleich, saisonbereinigt kam es jedoch in letzter Zeit zu keinem weiteren Anstieg mehr.

Abbildung 1: **Internationale Konjunktur**

Saisonbereinigt, 2021 = 100, gleitende Dreimonatsdurchschnitte



Q: Europäische Kommission, Deutsche Bundesbank, ISM (Institute for Supply Management™), ifo (Institut für Wirtschaftsforschung), OECD, S&P Global. – ¹⁾ NACE 2008, Abschnitte B, C und D. – ²⁾ Verarbeitendes Gewerbe.

1. Wirtschaft der USA wächst anhaltend robust

Die Erhöhung von Importzöllen durch die USA führte dort zu einer schrittweisen Verkleinerung des Handelsbilanzdefizites, allerdings unterbrach die Ankündigung weiterer Zollerhöhungen auf Pharmazeutika jüngst diesen Trend.

Trotz des unsteten wirtschaftspolitischen Kurses hat sich die Wirtschaft in den USA seit der Amtsübernahme durch Donald Trump erstaunlich robust entwickelt. In den ersten drei Quartalen 2025 wuchs sie jeweils um mindestens 2% im Vergleich zum Vorjahr (real). Ermöglicht wurde dies teilweise durch die Trendwende in der Industrieproduktion zu Jahresbeginn 2025. Vor allem die Investitionen in künstliche Intelligenz treiben das Wirtschaftswachstum.

Die Zollerhöhungen der USA auf Warenimporte belasten nicht nur die EU, sondern

insbesondere auch China. Im 1. Halbjahr 2025 halbierte sich die Einfuhr chinesischer Waren in die USA und verharrt seither auf niedrigem Niveau. Auch der Export der USA nach China schrumpft seit Anfang 2024. In der Folge erreichte das Handelsbilanzdefizit der USA im Oktober 2025 den niedrigsten Wert seit 2009. Im November kam es allerdings durch den Vorziehkauf von Medikamenten, um einer angedrohten Zollerhöhung zu entgehen, wieder zu einer deutlichen Ausweitung des Defizites.

Abbildung 2: Warenhandel der USA mit China



Q: U.S. Census Bureau, Macrobond, saisonbereinigt.

Auf eine anhaltende Expansion in der Industrie deuten die rezenten Anstiege des Standard & Poors Einkaufsmanagerindex sowie des ISM Purchasing Managers' Index.

Angesichts des robusten Wirtschaftswachstums ist auch der Arbeitsmarkt in den USA im Wesentlichen stabil, wenngleich die Arbeitslosenquote seit Mai 2023 leicht steigt. Kaum Fortschritte gibt es allerdings beim Inflationsabbau. Nach wie vor pendeln die Inflations- und die Kerninflationsrate um einen Wert von knapp unter 3%. Der für die Geldpolitik der USA maßgebliche Konsumdeflator lag im III. Quartal 2025 ebenfalls bei rund 3%. Die Notenbank senkte dennoch im Dezember 2025 abermals ihren Leitzinssatz. Dieser liegt nun zwischen 3,5% und 3,75% und ist damit um 1½ Prozentpunkte höher als im Euro-Raum.

Trotz der steigenden Arbeitslosenquote und der erhöhten Inflation dürfte sich die für die USA wichtige Konsumnachfrage weiterhin stabil entwickeln. Es zeigen sich jedenfalls keinerlei Hinweise auf einen bevorstehenden Einbruch.

1.1 Euro-Raum: Stimmungsaufhellung in der Industrie zu Jahresbeginn

Im Euro-Raum folgte auf das relativ kräftige, durch Vorziehimporte aus den USA getriebene Wirtschaftswachstum zu Jahresbeginn 2025 (+0,6%) eine Abschwächung auf +0,1% im II. Quartal. In den beiden Folgequartalen war ein Anstieg von jeweils 0,3% zu beobachten. Daraus ergibt sich für das Gesamtjahr 2025 eine Wachstumsrate von 1,5%.

Daten zu den Hauptkomponenten der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage liegen bisher bis zum III. Quartal 2025 vor. Sie belegen sämtlich die schleppende Entwicklung. Während der Export nach einer Schrumpfung im II. Quartal (-0,4%) wieder etwas zulegte (+0,8%), blieb die Binnennachfrage schwach. Die Bruttoanlageinvestitionen stiegen real um 1,0% gegenüber der Vorperiode, allerdings war im II. Quartal ein Einbruch von 1,7% zu beklagen gewesen. Sorgen bereitet vor allem die verhaltene Konsumnachfrage (I. Quartal +0,2%, II. Quartal +0,3%, III. Quartal +0,1%).

Infolge der breiten Nachfrageschwäche konnte auch die Produktion im Euro-Raum kaum zulegen. Vor allem die Bauinvestitionen verliefen träge. Nach einem Anstieg von lediglich 0,5% zu Jahresbeginn 2025 stagnierten sie in den beiden Folgequartalen in realer Rechnung. Die Warenherstellung konnte ihre Produktion im Vorjahr nur äußerst zaghaft steigern. Zwar war im Februar und März 2025 – in Erwartung einer kräftigen Erhöhung der Einfuhrzölle durch die USA – ein deutlicher Anstieg des Industrieproduktionsindex zu beobachten gewesen, jedoch fiel der Index danach wieder zurück und stagnierte in der Folge bis November. Im Jänner 2026 hellte sich die Stimmung der europäischen Industrieunternehmen laut Economic Sentiment Indicator (ESI) der Europäischen Kommission deutlich auf.

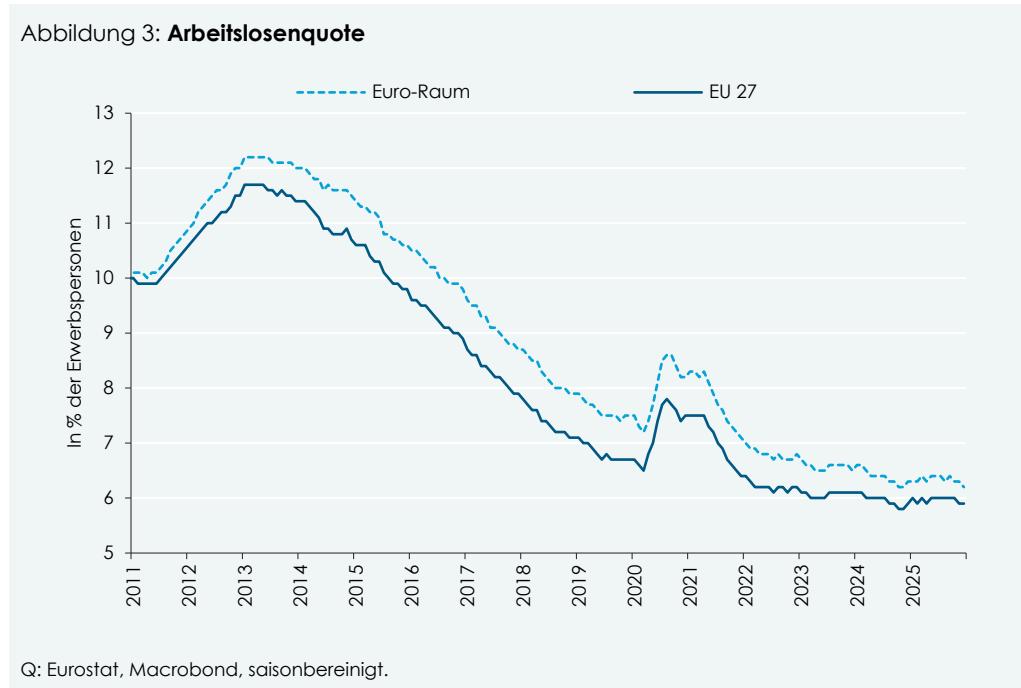
Die Inflationsrate im Euro-Raum pendelt bereits seit März 2025 zwischen 1,9% und 2,2%.

Im Jänner 2026 lag sie bei 1,7% (Dezember 2025: 2,0%, November 2,1%). Die EZB sah sich angesichts des stabilen Verlaufes um die Zielmarke von 2% bislang zu keiner Änderung ihrer Zinspolitik veranlasst. Der Leitzinssatz liegt bereits seit Mitte 2025 unverändert bei 2%.

Innerhalb der Industrie des Euro-Raumes hellte sich die Stimmung zu Jahresbeginn 2026 auf.

Die europäischen Arbeitsmärkte erweisen sich trotz der Konjunkturflaute weiterhin als robust. Die Arbeitslosenquoten der EU und des Euro-Raumes liegen ungeachtet der schwierigen Wirtschaftslage auf den tiefsten Ständen seit Jahrzehnten. Im Dezember 2025 sank die Quote im Euro-Raum von 6,3% im Vorjahr auf 6,2%, in der EU verharrte sie bei 5,9%. Obwohl die spanische Wirtschaft seit der COVID-19-Pandemie deutlich stärker gewachsen ist als der Euro-Raum insgesamt, verzeichnet Spanien weiterhin die höchste Arbeitslosenquote im Währungsraum.

Abbildung 3: **Arbeitslosenquote**



2. Österreich: Konjunktur verläuft weiter flach

Nach vorläufigen Berechnungen expandierte die österreichische Wirtschaft im Jahr 2025 um 0,6% (saison- und kalenderbereinigt) und erzielte damit nach zwei Jahren der Rezession wieder ein verhaltenes Wachstum. In der ersten Jahreshälfte war die Dynamik besonders gering gewesen (I. Quartal +0,2%, II. Quartal 0,0%, gegenüber dem jeweiligen Vorquartal), gefolgt von einer Beschleunigung im III. Quartal (+0,4%), die jedoch gegen Jahresende wieder abebbte (IV. Quartal 2025 +0,2%, vorläufig). Über das Gesamtjahr betrachtet war das BIP-Wachstum in Österreich weniger als halb so hoch wie im Euro-Raum (+1,5%, gemäß vorläufiger Schätzung auf Basis saison- und kalenderbereinigter Werte).

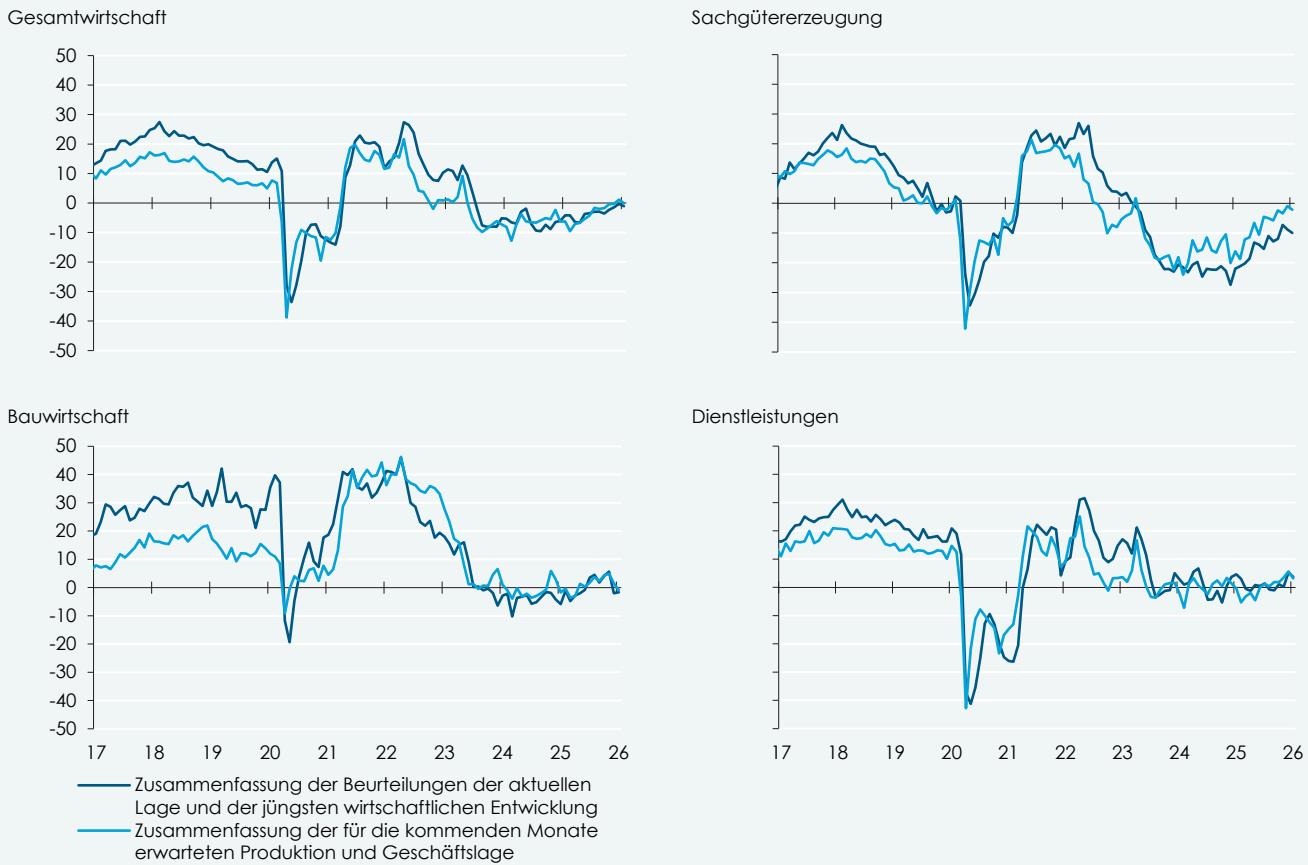
2.1 Noch keine nachhaltige Stimmungsaufhellung in der Sachgütererzeugung

Im Gegensatz zu den Industrieunternehmen im Euro-Raum und den USA hat sich die Stimmung der österreichischen Sachgütererzeuger im neuen Jahr noch nicht nennenswert aufgehellt, wenngleich in den letzten Monaten ein Aufwärtstrend erkennbar war. Im WIFO-Konjunkturtest vom Jänner 2026 verschlechterten sich sowohl der Index der aktuellen Lagebeurteilungen als auch die Erwartungen wieder etwas und blieben im skeptischen Bereich. Auch die Einschätzungen der Auslandsauftragsbestände gaben leicht nach.

Der UniCredit Bank Austria EinkaufsManagerIndex verlor im Jänner ebenfalls an Boden, lässt aber wie der WIFO-Konjunkturtest grundsätzlich einen Aufwärtstrend erkennen. Der WKÖ-Wirtschaftsbarometer vom Winter

2025 belegt die nach wie vor angespannte Stimmung in der heimischen Wirtschaft, berichtet aber zugleich von optimistischeren Erwartungen von Großunternehmen und Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes.

Abbildung 4: Lagebeurteilung und Erwartungen der Unternehmen



Q: WIFO-Konjunkturtest. Angaben in Indexpunkten (Prozentpunkten) zwischen +100 und –100. Werte über Null zeigen insgesamt optimistische, Werte unter Null pessimistische Einschätzungen an. Saisonbereinigt.

Es ist weiterhin keine Belebung der Bauproduktion in Sicht.

Die Einschätzungen der Industrieunternehmen zu ihrer Wettbewerbsposition verbesserten sich laut der breiter angelegten Quartalsumfrage des WIFO zuletzt, liegen aber nach wie vor weit im pessimistischen Bereich. Die gesicherte Produktionsdauer von Sachgütererzeugern betrug zuletzt 4,3 Monate (+0,2 Monate gegenüber dem Vorquartal). Nach wie vor nennen die Unternehmen den Mangel an Nachfrage als größtes Produktionshindernis, was darauf hinweist, dass die Rezession noch nachwirkt.

2.2 Krise in der Bauwirtschaft hält an

Während sich die meisten anderen Branchen schrittweise erholen, steckt die Bauwirtschaft weiter in der Krise. Dies spiegelt sich auch in den Konjunkturumfragen des WIFO. Nachdem sich die Einschätzung der Lage im Dezember verschlechtert hatte, kam es

auch im Jänner 2026 zu keiner nennenswerten Verbesserung. Allerdings ist dies nicht zur Gänze der schwachen Konjunktur zuzuschreiben, sondern auch der ungünstigen Witterung.

Die befragten Bauunternehmen rechnen mit keiner raschen Belebung. Ihre Erwartungen für die kommenden Monate trübten sich im Jänner abermals ein.

Die vermehrte Aufnahme von Hypothekarkrediten ab Mitte 2025 scheint sich bislang noch nicht in einer gesteigerten Wohnbauaktivität niederzuschlagen. Auch im Nichtwohnbau ist im laufenden Jahr nur mit einer schwachen Nachfrage zu rechnen, da sich die Gebietskörperschaften aufgrund des Sparzwangs genötigt sehen, Projekte zu verzögern oder zu verschieben.

Abbildung 5: **Wirtschaftspolitische Eckdaten**

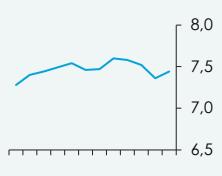
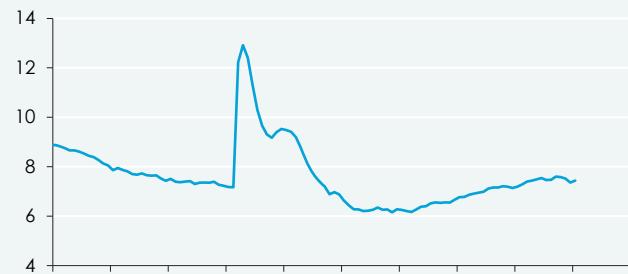
Unselbständig aktiv Beschäftigte¹⁾, in 1.000, saisonbereinigt



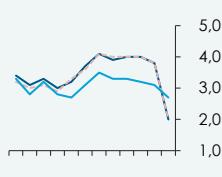
Entwicklung in den letzten 12 Monaten



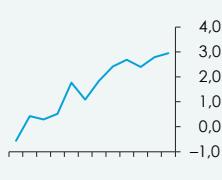
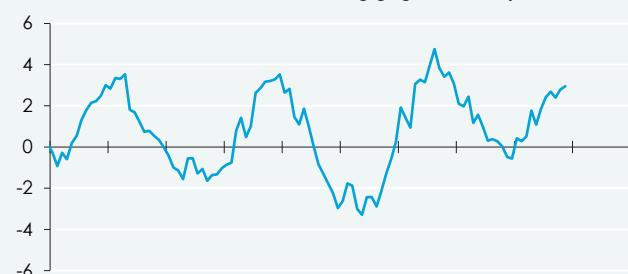
Arbeitslosenquote, in % der unselbständigen Erwerbspersonen, saisonbereinigt



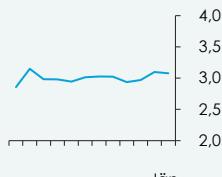
Inflationsrate, in %



Effektiver Wechselkurs, real, Veränderung gegen das Vorjahr in %



Sekundärmarktentrente für 10-jährige Bundesanleihen, in %



Q: Arbeitsmarktservice Österreich, Dachverband der Sozialversicherungsträger, OeNB, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. –¹⁾ Ohne Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten, und ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste Arbeitslose in Schulung. –²⁾ Schnellschätzung von Statistik Austria. –³⁾ Geamtindex ohne Energie, Lebensmittel, Alkohol und Tabak.

2.3 Besserungstendenzen im Konsum heben Stimmung im Einzelhandel

Wie im Euro-Raum insgesamt dämpft auch in Österreich der schwächernde private Konsum die gesamtwirtschaftliche Nachfrage. Nach einem Anstieg um real 1% im Jahr 2024 blieb die Konsumnachfrage auch 2025 verhalten (+0,6%, auf Basis saison- und kalenderbereinigter Werte). Im IV. Quartal 2025 gingen vom privaten Konsum allerdings positive Impulse aus (+0,4% gegenüber dem Vorquartal).

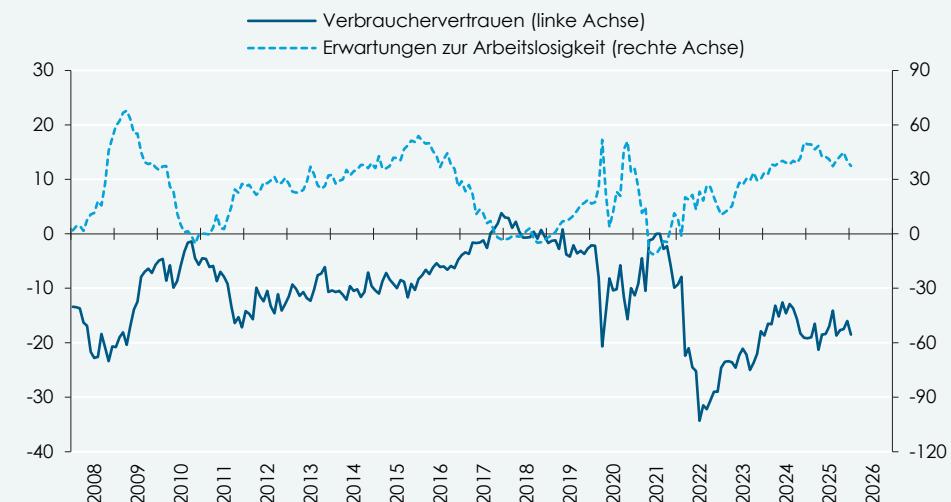
Dass die Inflationsrate in Österreich 2025 mit 3,6% über dem langjährigen Durchschnitt lag, dürfte die Konsumschwäche nur teil-

weise erklären, zumal der Konsum auch im Euro-Raum schwächer ist, obwohl die Inflation dort bereits seit etwa einem Dreivierteljahr bei rund 2% liegt. In Österreich scheint eher die Angst vor Arbeitslosigkeit die Konsumlaune zu trüben. Hinsichtlich ihrer Arbeitslosigkeitserwartungen sind die heimischen Konsument:innen derzeit ähnlich pessimistisch wie während der COVID-19-Pandemie.

Die Erwartungen der Einzelhändler verbesserten sich im Jänner 2026 spürbar (+6,4 Punkte gegenüber Dezember 2025). Mit -7,2 Punkten war die letzte Notierung zwar weiter negativ, entsprach aber einem für den Einzelhandel leicht überdurchschnittlichen Niveau.

Abbildung 6: Konsumstimmung in Österreich

Saldo in %, saisonbereinigt



Q: Europäische Kommission, Macrobond.

2.4 Inflation zu Jahresbeginn 2026 deutlich gesunken

Im Gegensatz zum Euro-Raum insgesamt, wo die Inflationsrate bereits seit dem Frühjahr 2025 um den Zielwert von 2% pendelt, hielt sie sich in Österreich bis Jahresende 2025 hartnäckig bei rund 4%. Für den Abstand verantwortlich waren nicht nur das Auslaufen der Strompreisbremse und einige Gebührenerhöhungen mit Anfang 2025, zumal auch im Sommer für einige Monate eine zusätzliche Aufwärtsdynamik zu beobachten war, die das Niveau nachhaltig erhöhte. Ab August 2025 erreichte die Inflationsrate um die 4% und sank erst im Dezember wieder leicht auf 3,8% (Gesamtjahr 2025: 3,6%).

In Reaktion auf die hartnäckige Teuerung hat die Bundesregierung mehrere Maßnahmen beschlossen. So soll neben einer Senkung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel die bereits bestehende Miet-

preisbremse auch auf bislang ungeregelte Mieten ausgeweitet und die Preistransparenz bei Lebensmitteln erhöht werden. Zudem wurden mehrere Maßnahmen zur Dämpfung des Energiepreisauftriebs vereinbart, z. B. die Einberufung einer Kommission zu den Treibstoffpreisen und die Senkung der Elektrizitätsabgabe für private Haushalte.

Im Jänner 2026 halbierte sich die Inflationsrate nach vorläufigen Berechnungen von Statistik Austria beinahe auf 2%. Zum einen entfiel der Basiseffekt des Auslaufens der Energiepreisbremse, der die Inflationsrate das gesamte Jahr 2025 hindurch erhöht hatte. Zum anderen wirkten die mit Jahresbeginn gesenkten Energieabgabe, der reduzierte Erneuerbaren-Förderbeitrag und Preisrückgänge bei Energie generell preisdämpfend. Zusammen verringerte dies die Inflationsrate laut Statistik Austria um 1,2 Prozentpunkte im Vergleich zum Vormonat. Auch

Die Inflationsrate halbierte sich im Jänner beinahe gegenüber dem Vormonat.

der Inflationsbeitrag von Dienstleistungen nahm etwas ab.

2.5 Schwaches Wirtschaftswachstum belastet weiterhin den Arbeitsmarkt

Das Wirtschaftswachstum ist nach wie vor zu schwach, um für eine Besserung auf dem Arbeitsmarkt zu sorgen. Allerdings zeigten sich mit Blick auf die Arbeitslosigkeit in den vergangenen Monaten Stabilisierungstendenzen.

Im Jänner waren im Vergleich zum Vorjahr um 3,8% mehr Arbeitslose beim AMS vorgemerkt, die Arbeitslosenquote (nationale Berechnung) stieg um 0,3 Prozentpunkte auf 8,8%. Die um Schulungsteilnehmer:innen erweiterte Arbeitslosenquote erhöhte sich auf 10,4%.

Die Betrachtung saisonbereinigter Werte erlaubt Vergleiche mit unmittelbar vorange-

gangenen Monaten und lässt rezente Veränderungen besser erkennen. Saisonbereinigt verlangsamt sich der Anstieg der (erweiterten) Arbeitslosigkeit bereits seit dem Spätherbst 2025.

Mit Eintritt in die Rezession Anfang 2023 verflachte die Beschäftigungsentwicklung in Österreich. Anders als in früheren Rezessionen kam es allerdings nicht zu einem Einbruch. Spiegelbildlich zur leichten Verringerung der saisonbereinigten Arbeitslosigkeit war gegen Jahresende 2025 erstmals wieder eine zaghafte Aufwärtsbewegung der saisonbereinigten Beschäftigung festzustellen. Wenngleich die Zahl der offenen Stellen im Vorjahresvergleich rückläufig ist, zeigt sich auch hier auf Basis saisonbereinigter Werte eine Stabilisierung im Vormonatsvergleich. Im Jänner 2026 war sogar ein leichter Anstieg der Vakanten zu beobachten.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt bleibt herausfordernd, stabilisiert sich allerdings zusehends.

Methodische Hinweise und Kurzglossar

Die laufende Konjunkturberichterstattung gehört zu den wichtigsten Produkten des WIFO. Um die Lesbarkeit zu erleichtern, werden ausführliche Erläuterungen zu Definitionen und Fachbegriffen nach Möglichkeit nicht im analytischen Teil gebracht, sondern im vorliegenden Glossar zusammengefasst.

Rückfragen: astrid.czaloun@wifo.ac.at, ursula.glauninger@wifo.ac.at, victoria.ploechl@wifo.ac.at, martha.steiner@wifo.ac.at

Periodenvergleiche

Zeitreihenvergleiche gegenüber der Vorperiode, z. B. dem Vorquartal, werden um jahreszeitlich bedingte Effekte bereinigt. Dies schließt auch die Effekte ein, die durch eine unterschiedliche Zahl von Arbeitstagen in der Periode ausgelöst werden (etwa Ostern).

Die Formulierung "veränderte sich gegenüber dem Vorjahr . . ." beschreibt hingegen eine Veränderung gegenüber der gleichen Periode des Vorjahrs und bezieht sich auf unbereinigte Zeitreihen.

Die Analyse der saison- und arbeitstätig bereinigten Entwicklung liefert genauere Informationen über den aktuellen Konjunkturverlauf und zeigt Wendepunkte früher an. Die Daten unterliegen allerdings zusätzlichen Revisionen, da die Saisonbereinigung auf statistischen Methoden beruht.

Wachstumsüberhang

Der Wachstumsüberhang bezeichnet den Effekt der Dynamik im unterjährigen Verlauf (in saisonbereinigten Zahlen) des vorangegangenen Jahres (t_0) auf die Veränderungsrate des Folgejahres (t_1). Er ist definiert als die Jahresveränderungsrate des Jahres t_1 , wenn das BIP im Jahr t_1 auf dem Niveau des IV. Quartals des Jahres t_0 (in saisonbereinigten Zahlen) bleibt.

Durchschnittliche Veränderungsraten

Die Zeitangabe bezieht sich auf Anfangs- und Endwert der Rechnungsperiode: Demnach beinhaltet die durchschnittliche Rate 2005/2010 als 1. Veränderungsrate jene von 2005 auf 2006, als letzte jene von 2009 auf 2010.

Reale und nominelle Größen

Die ausgewiesenen Werte sind grundsätzlich real, also um Preiseffekte bereinigt, zu verstehen. Werden Werte nominell ausgewiesen (z. B. Außenhandelsstatistik), so wird dies eigens angeführt.

Inflation, VPI und HVPI

Die Inflationsrate misst die Veränderung der Verbraucherpreise gegenüber dem Vorjahr. Der Verbraucherpreisindex (VPI) ist ein Maßstab für die nationale Inflation. Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) ist die Grundlage für die vergleichbare Messung der Inflation in der EU und für die Bewertung der Preisstabilität innerhalb der Euro-Zone (siehe auch <https://www.statistik.at>).

Die Kerninflation als Indikator der Geldpolitik ist nicht eindeutig definiert. Das WIFO folgt der gängigen Praxis, für die Kerninflation die Inflationsrate ohne die Gütergruppen unverarbeitete Nahrungsmittel und Energie zu verwenden. So werden über 87% der im österreichischen Warenkorb für den Verbraucherpreisindex (VPI 2020) enthaltenen Güter und Dienstleistungen in die Berechnung der Kerninflation einbezogen.

WIFO-Konjunkturtest und WIFO-Investitionsbefragung

Der WIFO-Konjunkturtest ist eine monatliche Befragung von rund 1.700 österreichischen Unternehmen zur Einschätzung ihrer aktuellen und künftigen wirtschaftlichen Lage. Die WIFO-Investitionsbefragung ist eine halbjährliche Befragung von Unternehmen zu ihrer Investitionstätigkeit im Rahmen des WIFO-Konjunkturtests (<https://www.konjunkturtest.at>). Die Indikatoren sind Salden zwischen dem Anteil der positiven und jenem der negativen Meldungen an der Gesamtzahl der befragten Unternehmen gewichtet nach Beschäftigten.

Arbeitslosenquote

Österreichische Definition: Anteil der zur Arbeitsvermittlung registrierten Personen am Arbeitskräfteangebot der Unselbständigen. Das Arbeitskräfteangebot ist die Summe aus Arbeitslosenbestand und unselbständig Beschäftigten (gemessen in Standardbeschäftigungsverhältnissen). Datenbasis: Registrierungen bei AMS und Dachverband der Sozialversicherungsträger.

Definition gemäß ILO und Eurostat: Als arbeitslos gelten Personen, die nicht erwerbstätig sind und aktiv einen Arbeitsplatz suchen. Als erwerbstätig zählt, wer in der Referenzwoche mindestens 1 Stunde selbstständig oder unselbstständig gearbeitet hat. Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, und Lehrlinge zählen zu den Erwerbstägigen, nicht hingegen Präsenz- und Zivildiener. Die Arbeitslosenquote ist der Anteil der Arbeitslosen an allen Erwerbspersonen (Arbeitslose plus Erwerbstägige). Datenbasis: Umfragedaten von privaten Haushalten (Mikrozensus).

Begriffe im Zusammenhang mit der österreichischen Definition der Arbeitslosenquote

Personen in Schulungen: Personen, die sich zum Stichtag in AMS-Schulungsmaßnahmen befinden. Für die Berechnung der Arbeitslosenquote wird ihre Zahl weder im Nenner noch im Zähler berücksichtigt.

Unselbständig aktiv Beschäftigte: Zu den "unselbständig Beschäftigten" zählen auch Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. Zieht man deren Zahl ab, so erhält man die Zahl der "unselbständig aktiv Beschäftigten".

Zögerliche Verbesserung der Konjektureinschätzungen zu Jahresbeginn

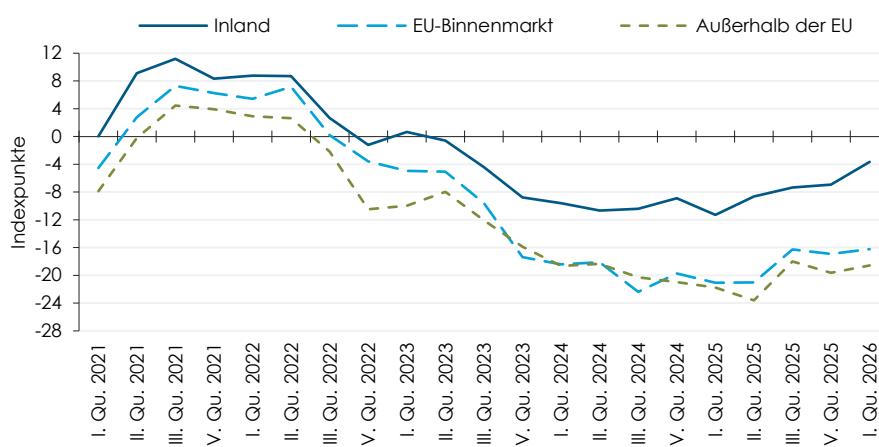
Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Jänner 2026

Werner Hödl, Jürgen Bierbaumer, Michael Klien, Agnes Kügler

- Die Konjunkturstimmung verbesserte sich gegenüber Oktober 2025 geringfügig, blieb aber gedämpft.
- Trotz leichten Anstiegs blieben die Konjunktururteilungen in der Sachgütererzeugung mehrheitlich skeptisch. In der Bauwirtschaft trübte sich die Stimmung neuerlich ein.
- Die WIFO-Konjunkturampel rutschte zuletzt in den gelben Indifferenzbereich ab.
- Die unternehmerische Unsicherheit war im Jänner geringer als im Vorquartal.
- Die Kapazitätsauslastung in der Sachgütererzeugung nahm etwas zu, blieb aber unterdurchschnittlich.
- Wie in den Vorquartalen war in allen Sektoren der "Mangel an Nachfrage" das meistgenannte Hemmnis der Geschäftstätigkeit.

Veränderung der Wettbewerbsposition in der Sachgütererzeugung

Saldo in % aller Meldungen



"Die Selbsteinschätzungen der Industrieunternehmen zu ihrer Wettbewerbsposition fallen nach wie vor mehrheitlich pessimistisch aus. Mit Blick auf den Inlandsmarkt zeigte sich zuletzt eine deutliche Verbesserung."

Im WIFO-Konjunkturtest wird quartalsweise erhoben, wie sich die Wettbewerbsposition der österreichischen Industrieunternehmen verändert hat. Die Veränderung wird mittels Salden dargestellt: Vom Anteil der Unternehmen, die angaben, dass sich ihre Wettbewerbsposition in den letzten drei Monaten verbessert hat, wird der Anteil jener Unternehmen abgezogen, die von einer Verschlechterung berichteten (Q: WIFO-Konjunkturtest, saisonbereinigt).

Zögerliche Verbesserung der Konjektur einschätzungen zu Jahresbeginn

Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Jänner 2026

Werner Hözl, Jürgen Bierbaumer, Michael Klien, Agnes Kügler

Zögerliche Verbesserung der Konjektur einschätzungen zu Jahresbeginn. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Jänner 2026

In der Gesamtwirtschaft verbesserte sich die Konjunkturstimmung im Quartalsvergleich leicht, blieb aber verhalten. In der Bauwirtschaft trübten sich die Konjektur einschätzungen wieder ein, in der Sachgütererzeugung blieben sie trotz Anstiegs überwiegend skeptisch. Die unternehmerische Unsicherheit verringerte sich gegenüber Oktober, blieb aber erhöht. Die Kapazitätsauslastung verbesserte sich in der Sachgütererzeugung und den Dienstleistungen und war in der Bauwirtschaft rückläufig. Der "Mangel an Nachfrage" war auch zu Jahresbeginn 2026 in allen Wirtschaftsbereichen das meistgenannte Hemmnis der Geschäftstätigkeit.

JEL-Codes: E32, E66 • **Keywords:** WIFO-Konjunkturtest, Quartalsdaten, Konjunktur

Begutachtung: Marcus Scheiblecker • **Wissenschaftliche Assistenz:** Birgit Agnezy (birgit.agnezy@wifo.ac.at), Tobias Bergsmann (tobias.bergsmann@wifo.ac.at), Alexandros Charos (alexandros.charos@wifo.ac.at), Anna Strauss-Kollin (anna.strauss-kollin@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 30. 1. 2026

Kontakt: Werner Hözl (werner.hoelzl@wifo.ac.at), Jürgen Bierbaumer (juergen.bierbaumer@wifo.ac.at), Michael Klien (michael.klien@wifo.ac.at), Agnes Kügler (agnes.kuegler@wifo.ac.at)

Die Konjunkturerwartungen verbesserten sich in allen Sektoren außer der Bauwirtschaft, blieben aber vor allem in der Sachgütererzeugung überwiegend skeptisch.

Die Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests¹⁾ vom Jänner 2026 (Anfang I. Quartal) zeigen gegenüber Herbst 2025 eine leichte Verbesserung der Konjunkturstimmung: Der WIFO-Konjunkturklimaindex stieg im Quartalsvergleich leicht um 1,1 Punkte und notierte mit -0,4 Punkten um 4,6 Punkte über dem Vorjahreswert (Übersicht 1). Der Index der aktuellen Lagebeurteilungen gewann gegenüber Oktober 1,2 Punkte hinzu, blieb aber mit -1,1 Punkten weiter knapp unter der Nulllinie, die negative von positiven Konjektur einschätzungen trennt. Die unternehmerischen Erwartungen verbesserten sich gegenüber Oktober um 0,4 Punkte auf -0,1 Punkte.

Die Konjunkturindikatoren für die Sektoren unterscheiden sich sowohl hinsichtlich der

¹⁾ Der WIFO-Konjunkturtest ist eine monatliche Befragung österreichischer Unternehmen zu ihrer aktuellen wirtschaftlichen Lage und der Entwicklung in den nächsten Monaten. Einmal pro Quartal wird der Fragenkatalog des WIFO-Konjunkturtests um zusätzliche Fragen erweitert ("Quartalsfragen"), die relevante Information zur Konjunktur liefern, aber nicht in die monatlichen Indizes des WIFO-Konjunkturtests eingehen. Die aktuellen Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests stehen auf der WIFO-Website (<https://www.wifo.ac.at/>

Hesitant Improvement in Economic Assessments at the Start of the Year. Results of the WIFO-Konjunkturtest Quarterly Survey of January 2026

In the Austrian economy as a whole, economic sentiment improved slightly compared with the previous quarter, but remained subdued. In construction, economic assessments declined again, while in the manufacturing sector they remained predominantly sceptical despite an increase. Business uncertainty decreased compared with October, but remained high. Capacity utilisation improved in manufacturing and services, but declined in the construction industry. At the beginning of 2026, "insufficient demand" was still the most frequently cited obstacle to business activity in all sectors of the economy.

Niveaus der Indizes als auch mit Blick auf die Veränderungen gegenüber dem Vorquartal. In der Sachgütererzeugung verbesserte sich der WIFO-Konjunkturklimaindex gegenüber Oktober um 1,0 Punkte, allerdings spiegelt der Jänner-Wert von -6,2 Punkten weiterhin Skepsis wider. Besonders pessimistisch sind die befragten Sachgütererzeuger nach wie vor in ihren Lagebeurteilungen. Der entsprechende Teilindex machte zwar gegenüber Oktober 2,0 Punkte gut, blieb jedoch mit -10,0 Punkten deutlich im negativen Bereich. Näher an der Nulllinie lagen die unternehmerischen Erwartungen (-2,2 Punkte), der geringe Anstieg gegenüber Oktober (+0,2 Punkte) deutet auf eine sehr träge Stabilisierung der Industriekonjunktur hin. Im Jänner 2025 hatte der Erwartungsindex allerdings noch bei -16,2 Punkten notiert. Die

publikationen/wifo-konjunkturtest) und auf der Themenseite Konjunkturanalysen am WIFO (<https://www.wifo.ac.at/forschung/themenplattformen/konjunktur-und-prognosen/> oder www.konjunkturtest.at) zur Verfügung. Hözl und Schwarz (2014) bieten einen Überblick über den WIFO-Konjunkturtest. Detailergebnisse zu den Subsektoren der Sachgütererzeugung und des Dienstleistungsbereiches können als grafischer Appendix von der Projekt-Homepage heruntergeladen werden.

Einschätzungen der Industrieunternehmen zur Veränderung ihrer Wettbewerbsposition auf den verschiedenen Märkten (vgl. Abbildung "Veränderung der Wettbewerbsposition in der Sachgütererzeugung" auf S. 61) verbesserten sich gegenüber Oktober, vor allem mit Blick auf die Inlandsmärkte, waren aber weiter unterdurchschnittlich.

In der Bauwirtschaft sank der WIFO-Konjunkturklimaindex gegenüber dem Vorquartal um 5,6 Punkte auf –1,4 Punkte und unterschritt damit wieder die Nulllinie. Der Index der aktuellen Lagebeurteilungen verlor 5,8 Punkte und notierte im Jänner bei –1,7 Punkten. Hierbei könnte der ungewöhnlich kalte Winter eine Rolle gespielt haben, worauf die Rückmeldungen zu den Produktionshemmnissen hindeuten (Kapitel 4). Der Index der unternehmerischen Erwartungen ging ähnlich kräftig zurück (–5,3 Punkte auf –1,0 Punkte).

Im Dienstleistungssektor zeigten die Indizes im Jänner Zugewinne gegenüber dem Herbst. Der WIFO-Konjunkturklimaindex stieg im Vorquartalsvergleich um 2,3 Punkte und notierte mit 3,7 Punkten im positiven Bereich. Der Index der aktuellen Lagebeurteilungen gewann 2,6 Punkte hinzu und notierte bei

3,7 Punkten, der Index der unternehmerischen Erwartungen stieg um 1,4 Punkte auf 3,2 Punkte.

Die Konjunkturindizes für den Einzelhandel, die das WIFO auf Basis von Erhebungen der KMU Forschung Austria berechnet, konnten im Quartalsvergleich ebenfalls leicht zulegen. Der WIFO-Konjunkturklimaindex lag im Jänner mit –2,7 Punkten um 1,9 Punkte über dem Wert vom Oktober 2025. Der Index der aktuellen Lagebeurteilungen gewann im Quartalsvergleich 0,6 Punkte hinzu und notierte mit 2,0 Punkten über der Nulllinie. Die Erwartungen der Einzelhändler verbesserten sich um 3,3 Punkte. Mit –7,2 Punkten war die letzte Notierung zwar weiter negativ, entsprach aber einem für den Einzelhandel leicht überdurchschnittlichen Niveau.

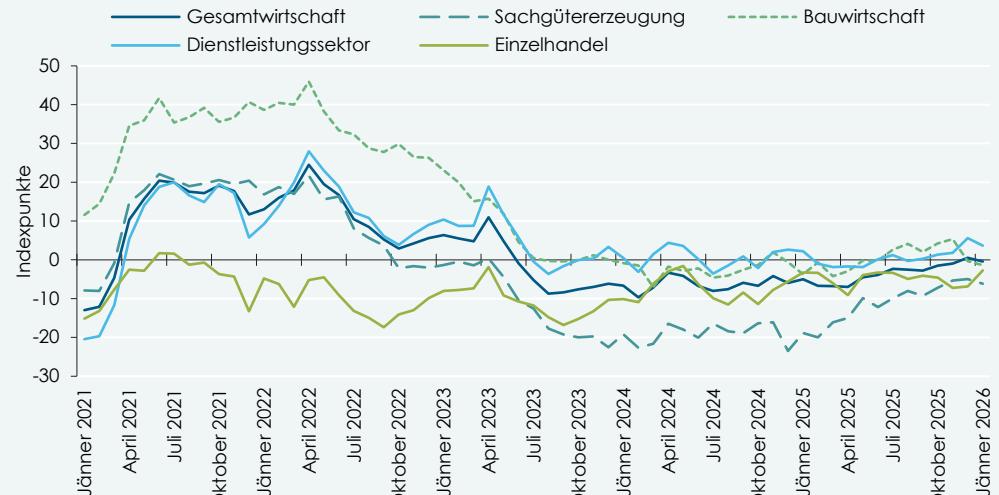
Im längerfristigen Verlauf der WIFO-Konjunkturklimaindizes spiegeln sich die COVID-19-Krise, die Erholung bis zum Frühjahr 2022, die Konjunkturabschwächung infolge des Energiepreisschocks und des Ukraine-Krieges bis in den Winter 2022/23, der Abschwung im Frühjahr und Sommer 2023, der vor allem die Sachgütererzeugung hart traf, und schließlich die rezente langsame Stabilisierung der Konjunktur (Abbildung 1).

Übersicht 1: Indizes des WIFO-Konjunkturtests

	Jänner	April	Juli	2025			Jänner	Jänner Veränderung gegenüber Oktober (Vorquartal)
				Oktober Indexpunkte	November	Dezember		
Gesamtwirtschaft								
WIFO-Konjunkturklimaindex	– 5,0	– 7,0	– 2,4	– 1,5	– 1,0	0,5	– 0,4	+ 1,1
Index der aktuellen Lagebeurteilungen	– 4,2	– 6,7	– 2,9	– 2,3	– 1,5	– 0,3	– 1,1	+ 1,2
Index der unternehmerischen Erwartungen	– 6,2	– 6,7	– 1,6	– 0,4	– 0,3	1,1	– 0,1	+ 0,4
Sachgütererzeugung								
WIFO-Konjunkturklimaindex	– 18,9	– 15,0	– 9,9	– 7,2	– 5,4	– 5,0	– 6,2	+ 1,0
Index der aktuellen Lagebeurteilungen	– 22,0	– 18,6	– 15,4	– 12,0	– 7,3	– 8,9	– 10,0	+ 2,0
Index der unternehmerischen Erwartungen	– 16,2	– 11,4	– 4,5	– 2,4	– 3,4	– 0,9	– 2,2	+ 0,2
Bauwirtschaft								
WIFO-Konjunkturklimaindex	– 3,7	– 3,0	2,6	4,2	5,3	– 0,4	– 1,4	– 5,6
Index der aktuellen Lagebeurteilungen	– 5,9	– 2,8	3,5	4,1	5,6	– 2,0	– 1,7	– 5,8
Index der unternehmerischen Erwartungen	– 1,7	– 3,1	1,7	4,4	4,9	1,5	– 1,0	– 5,3
Dienstleistungssektor								
WIFO-Konjunkturklimaindex	2,2	– 1,7	1,2	1,3	1,8	5,6	3,7	+ 2,3
Index der aktuellen Lagebeurteilungen	4,6	– 1,2	1,4	1,1	0,2	5,2	3,7	+ 2,6
Index der unternehmerischen Erwartungen	– 0,4	– 2,0	1,2	1,8	3,5	5,6	3,2	+ 1,4
Einzelhandel								
WIFO-Konjunkturklimaindex	– 3,3	– 9,1	– 3,4	– 4,6	– 7,3	– 6,9	– 2,7	+ 1,9
Index der aktuellen Lagebeurteilungen	3,9	– 0,5	3,8	1,4	– 0,4	0,0	2,0	+ 0,6
Index der unternehmerischen Erwartungen	– 10,3	– 17,6	– 10,7	– 10,6	– 13,6	– 13,6	– 7,2	+ 3,3

Q: WIFO-Konjunkturtest.

Abbildung 1: WIFO-Konjunkturklimaindizes

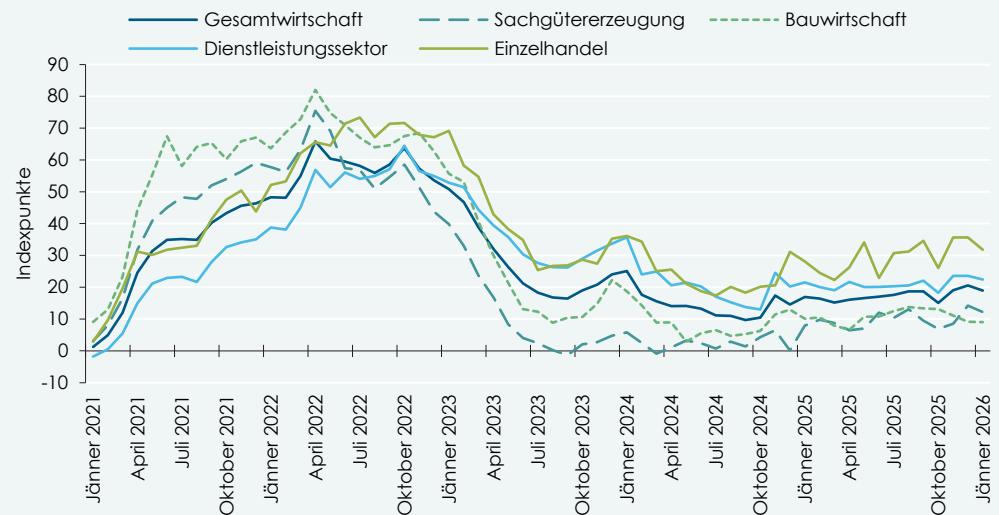


Q: WIFO-Konjunkturtest, saisonbereinigt.

Die hohe Inflation im Gefolge des Energiepreisschocks schlug sich auch in den Verkaufspreiserwartungen der Unternehmen nieder. Diese werden im WIFO-Konjunkturtest als Salden, d. h. als Differenz zwischen dem Anteil der positiven (Anstieg der Verkaufspreise) und dem Anteil der negativen Antworten (Rückgang der Verkaufspreise) an allen Meldungen, dargestellt. Sie weisen einen Wertebereich von –100 bis +100 Punkten auf. Die jüngsten Ergebnisse zeigen wieder einen leichten Anstieg der Verkaufspreiserwartungen (Abbildung 2). In der Gesamtwirtschaft

lag der Saldo zuletzt bei 18,9 Punkten, um 3,9 Punkte über dem Wert vom Oktober 2025, aber weiter unter dem Durchschnitt der letzten fünf Jahre (29,0 Punkte). Gegenüber Herbst stiegen die Verkaufspreiserwartungen in allen Sektoren außer der Bauwirtschaft (Dienstleistungen +4,2 Punkte auf 22,4 Punkte, Sachgütererzeugung +5,3 Punkte auf 12,2 Punkte, Einzelhandel +5,7 Punkte auf 31,8 Punkte). In der Bauwirtschaft sanken die Verkaufspreiserwartungen im Vergleich zum Oktober um 4,1 Punkte auf 9,0 Punkte.

Abbildung 2: Verkaufspreiserwartungen



Q: WIFO-Konjunkturtest, saisonbereinigt.

Indizes des WIFO-Konjunkturtests

Die Indizes des WIFO-Konjunkturtests werden auf Sektorebene für die Sachgütererzeugung, die Bauwirtschaft, die Dienstleistungen und den Einzelhandel ermittelt. Die Befragungen werden monatlich vom WIFO (Sachgütererzeugung, Bauwirtschaft und Dienstleistungen) und der KMU Forschung Austria (Einzelhandel) durchgeführt. Anhand der Sektorindizes werden durch Gewichtung (Gewichte: Dienstleistungen 0,5, Sachgütererzeugung 0,3, Bauwirtschaft und Einzelhandel jeweils 0,1) die "gesamtwirtschaftlichen Indizes" errechnet. Der zusammenfassende WIFO-Konjunkturklimaindex aggregiert zwei Teilindizes, die getrennt ausgewiesen werden:

- Der Index der aktuellen Lagebeurteilungen basiert auf den monatlichen Erhebungen zur Einschätzung der aktuellen Lage und zur Entwicklung in den letzten drei Monaten. Er ist als gleichlaufender Index konzipiert, der allein durch die frühe Verfügbarkeit (rund zwei Monate vor den aktuellen Daten der amtlichen Statistik) einen Vorlauf gegenüber der amtlichen Konjunkturstatistik aufweist.
- Der Index der unternehmerischen Erwartungen fasst jene monatlichen Fragen zusammen, die sich auf die Entwicklung in den Folgemonaten der Erhebung beziehen. Er ist als vorlaufender Indikator konzipiert.

Details zu den Indizes bieten Hölzl und Schwarz (2014).

1. Konjunkturampel signalisiert Seitwärtsbewegung

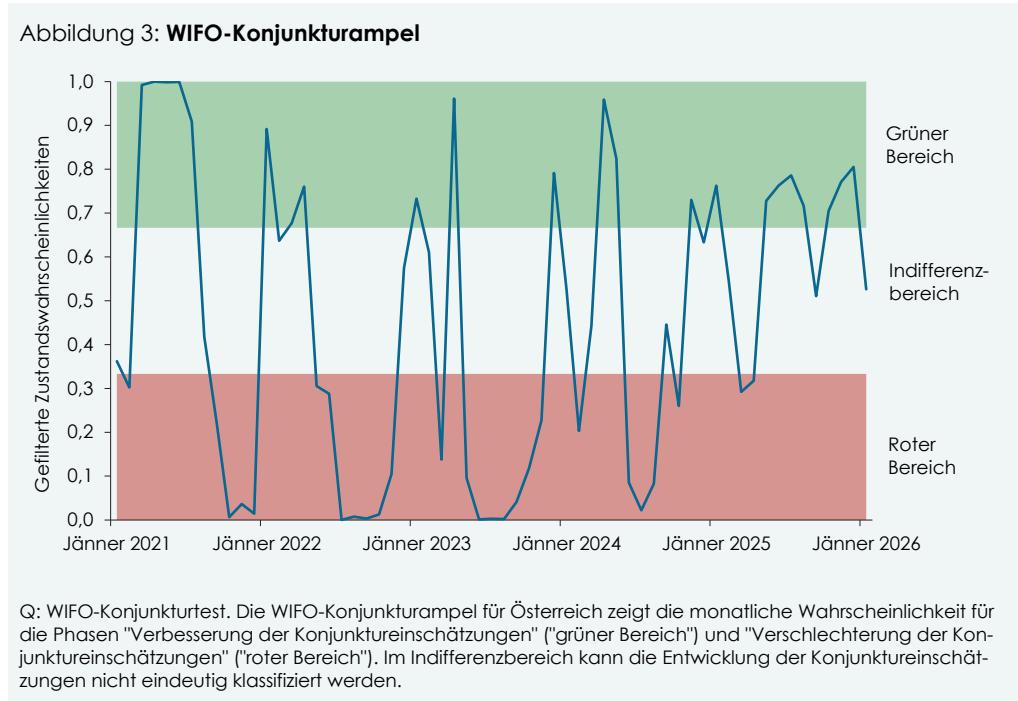
Mit Hilfe eines Markov-Regime-Switching-Modells wird in der WIFO-Konjunkturampel die Wahrscheinlichkeit berechnet, mit der die aktuellen Werte der Indikatoren des WIFO-Konjunkturtests einer Verbesserung oder Verschlechterung der Konjunktureinschätzungen gegenüber der Vorperiode entsprechen (Glocker & Hölzl, 2015)²⁾. Die ermittelte Wahrscheinlichkeit kann in eine von drei Kategorien fallen, die zusammengefasst als "Konjunkturampel" bezeichnet werden:

- Im "grünen Bereich" (Verbesserung) beträgt die Wahrscheinlichkeit über zwei Drittel, dass die Veränderung der aktuellen Indexwerte gegenüber dem vorhergehenden Messpunkt eine Verbesserung der Konjunktureinschätzungen wieder gibt.

- Im "roten Bereich" (Verschlechterung) liegt die Wahrscheinlichkeit unter einem Drittel, dass der aktuelle Indexwert eine Verbesserung gegenüber dem vorhergehenden Messpunkt bedeutet.
- Zwischen dem "grünen" und dem "roten" Bereich liegt der Indifferenzbereich. Die Entwicklung der Konjunktureinschätzungen kann in diesem Fall nicht eindeutig zugeordnet werden.

Die Wahrscheinlichkeit, sich in einem Verbesserungsregime zu befinden, wurde im Jänner 2026 vom Modell mit 0,53 eingeschätzt. Damit zeigte die WIFO-Konjunkturampel Gelb – ein Spiegel der rezenten Stagnation der gesamtwirtschaftlichen Stabilisierung.

Abbildung 3: WIFO-Konjunkturampel



Q: WIFO-Konjunkturtest. Die WIFO-Konjunkturampel für Österreich zeigt die monatliche Wahrscheinlichkeit für die Phasen "Verbesserung der Konjunktureinschätzungen" ("grüner Bereich") und "Verschlechterung der Konjunktureinschätzungen" ("roter Bereich"). Im Indifferenzbereich kann die Entwicklung der Konjunktureinschätzungen nicht eindeutig klassifiziert werden.

²⁾ Die Verschlechterung ist als Gegenteil des Zustandes "Verbesserung" definiert: Die Wahrscheinlichkeit, sich im Zustand "Verbesserung" (q) zu befinden, ist 1

minus die Wahrscheinlichkeit, sich im Zustand "Verschlechterung" zu befinden ($p = 1 - q$).

2. Unternehmerische Unsicherheit leicht rückläufig

Die unternehmerische Unsicherheit verringerte sich seit Herbst in allen Sektoren außer der Bauwirtschaft, wo sie auch auf erhöhtem Niveau notiert.

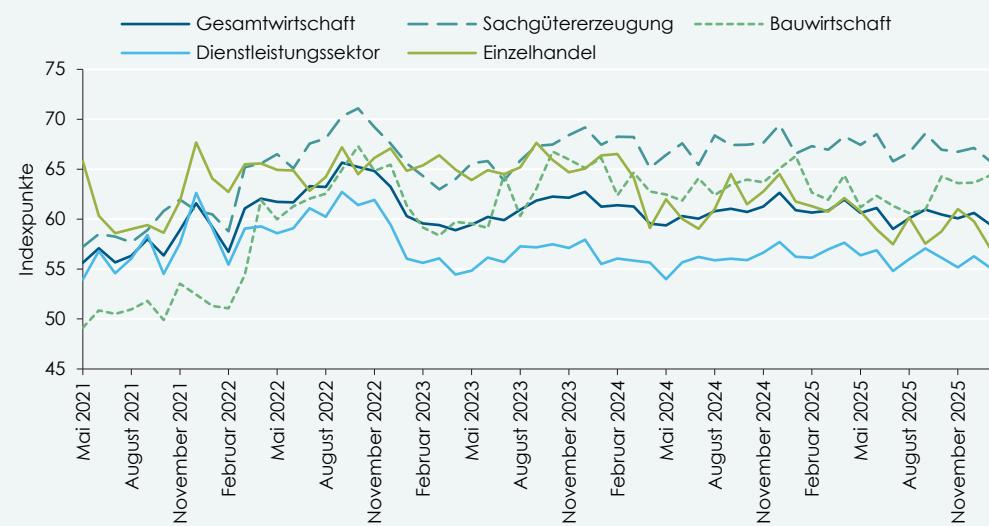
Seit den 1980er-Jahren erhebt das WIFO im Konjunkturtest die Einschätzung der Unternehmen zur Unsicherheit der künftigen Geschäftslage, welche Investitions- und Beschäftigungsentscheidungen beeinflusst (Glocker & Hödl, 2022). Im Mai 2021 wurde die Formulierung der entsprechenden Frage im Zuge ihrer Einbeziehung in das gemeinsame, harmonisierte Fragenprogramm der EU (Joint Harmonised EU Programme of Business and Consumer Surveys, Europäische Kommission 2023) verändert. Zudem wird die

Frage zur Unsicherheit seither monatlich statt vierteljährlich gestellt (Abbildung 4).

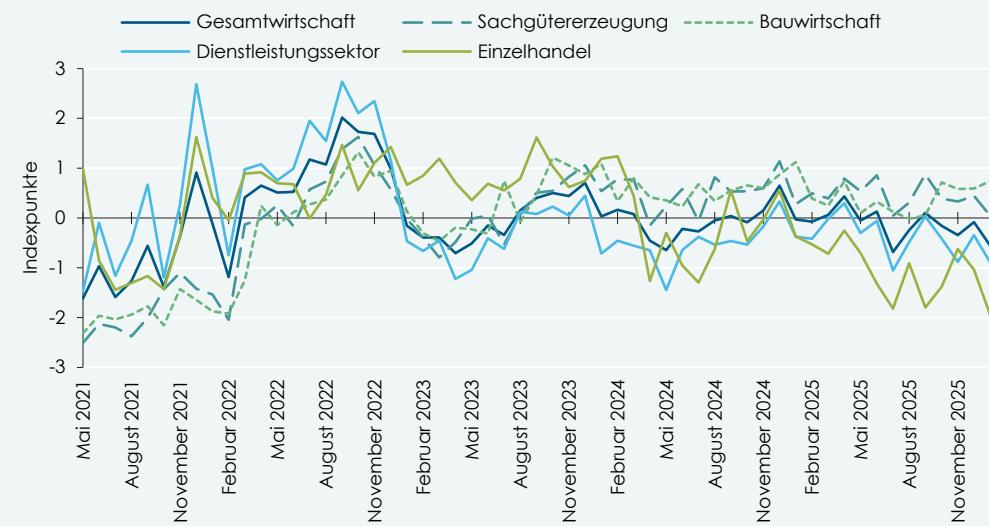
Der Indikator der Unsicherheit bezüglich der künftigen Geschäftslage weist einen Wertebereich von 0 (keine Unsicherheit) bis 100 (höchste Unsicherheit) auf. Für die Gesamtwirtschaft ergab sich im Jänner (Anfang I. Quartal 2026) ein Wert von 59,4 Punkten (−1,0 Punkte gegenüber Oktober; langjähriger Durchschnitt 60,6 Punkte).

Abbildung 4: Indikator der unternehmerischen Unsicherheit für die Gesamtwirtschaft und die Sektoren

Indikatorwerte



Standardisierte Zeitreihen



Q: WIFO-Konjunkturtest, nicht saisonbereinigt. 0 . . . keine Unsicherheit, 100 . . . höchste Unsicherheit. Standardisierte Darstellung: Normierung aller Indikatoren auf einen Mittelwert von 0 und eine Standardabweichung von 1. Dies erleichtert die Beurteilung des Konjunkturverlaufes des Unsicherheitsindikators.

Der Ukraine-Krieg und der darauffolgende Energiepreisschock ließen die unternehmerische Unsicherheit ab März 2022 ansteigen,

insbesondere in der exportorientierten Sachgütererzeugung. Dort nahm die Unsicherheit bis Ende 2023 zu und blieb seither erhöht. Im

Jänner 2026 notierte der Unsicherheitsindikator mit 65,8 Punkten um 1,2 Punkte unter dem Wert von Oktober und im Bereich des Durchschnittes der letzten fünf Jahre (65,6 Punkte). Für Verunsicherung in der Industrie sorgen weiterhin handelspolitische Konflikte, aber auch die Nachfrageschwäche. In der Bauwirtschaft nahm die Unsicherheit gegenüber Oktober um 0,1 Punkte zu

und lag mit 64,4 Punkten über dem langjährigen Durchschnitt (60,7 Punkte). Eine Abnahme der Unsicherheit meldeten hingegen die Dienstleistungsbranchen (-1,0 Punkte auf 55,1 Punkte; langjähriger Durchschnitt 57,0 Punkte) und der Einzelhandel (-1,7 Punkte auf 57,1 Punkte; langjähriger Durchschnitt 62,9 Punkte).

3. Kapazitätsauslastung bleibt unterdurchschnittlich

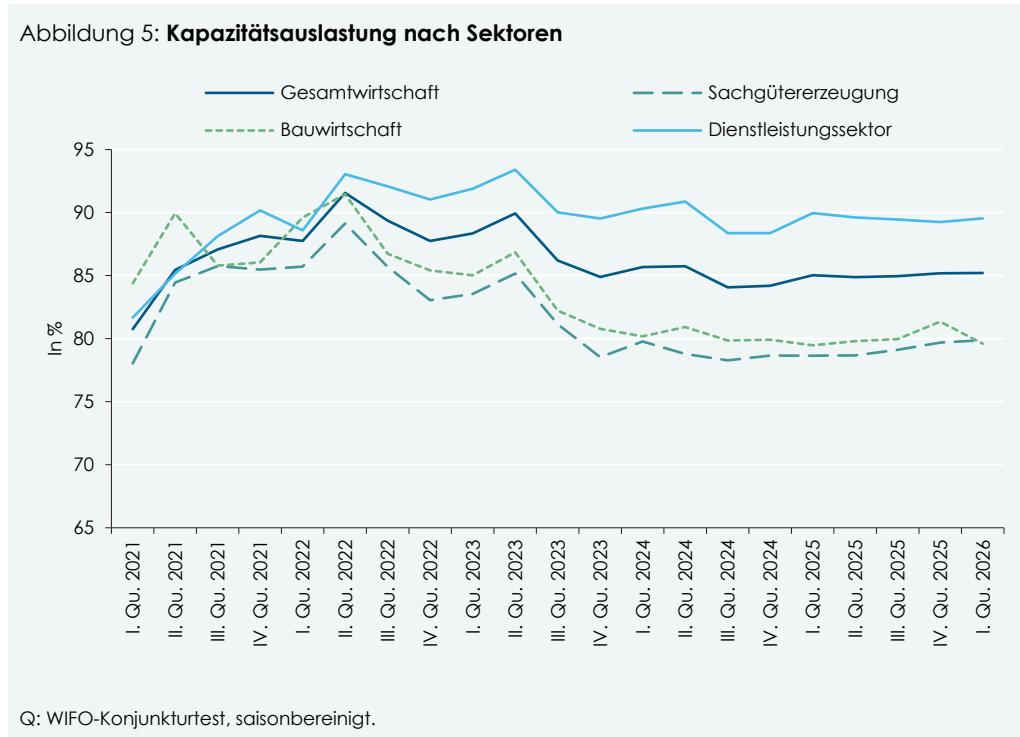
3.1 Stagnation der gesamtwirtschaftlichen Kapazitätsauslastung

Vor allem in Branchen mit hoher Kapitalintensität und hohen Kapazitätsanpassungskosten ist die Kapazitätsauslastung ein wichtiger Konjunkturindikator (Hödl et al., 2019). Sie wird deshalb im Rahmen des WIFO-Konjunkturtests in allen Sektoren außer dem Einzelhandel erhoben. Die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung (ohne Einzelhandel) lag im Jänner 2026 bei 85,2% und war

damit unverändert zum Oktober 2025 (langjähriger Durchschnitt: 86,3%). In den Dienstleistungen nahm die Kapazitätsauslastung im Quartalsvergleich um 0,3 Prozentpunkte zu und entsprach mit 89,5% dem langjährigen Durchschnitt. Eine Zunahme meldete auch die Sachgütererzeugung (+0,2 Prozentpunkte auf 79,9%; langjähriger Durchschnitt: 81,8%). In der Bauwirtschaft hingegen sank die Kapazitätsauslastung seit dem Herbst (-1,8 Prozentpunkte auf 79,6%; langjähriger Durchschnitt: 83,6%).

Die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung veränderte sich nicht. Anstiege verzeichneten Sachgütererzeugung und Dienstleistungen, einen Rückgang die Bauwirtschaft.

Abbildung 5: Kapazitätsauslastung nach Sektoren



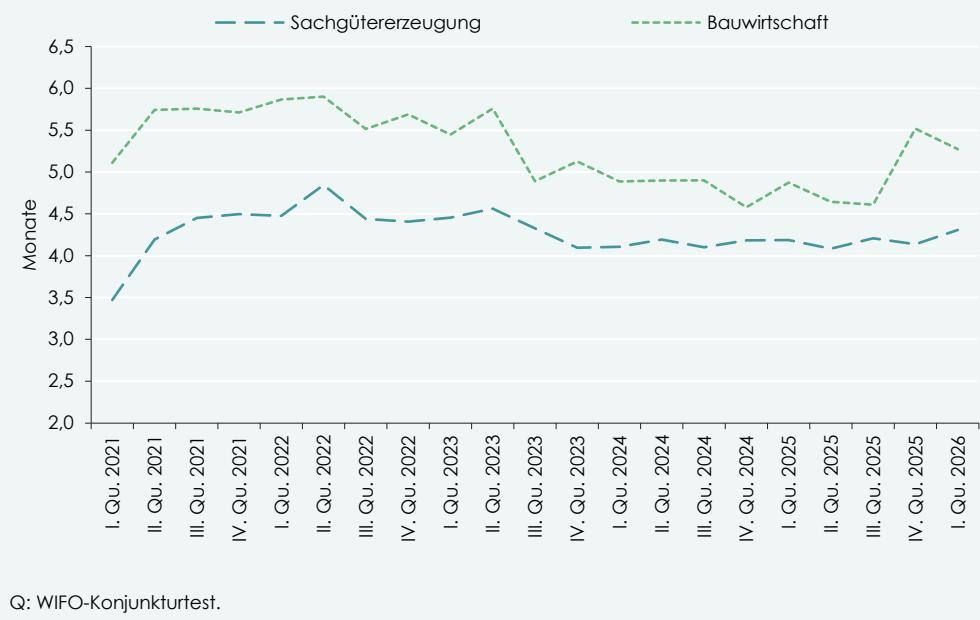
Q: WIFO-Konjunkturtest, saisonbereinigt.

3.2 Gesicherte Produktionsdauer in der Sachgütererzeugung gestiegen

Die gesicherte Produktionsdauer – gemessen in Monaten – wird im Rahmen der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests in der Sachgütererzeugung und der Bauwirtschaft erhoben (Abbildung 6). Die befragten Bauunternehmen gaben im Jänner 2026 an,

dass ihre Produktionstätigkeit für durchschnittlich 5,3 Monate gesichert ist (-0,3 Monate gegenüber Oktober 2025; langfristiger Durchschnitt 5,3 Monate). In der Sachgütererzeugung lag die durchschnittliche gesicherte Produktionsdauer bei 4,3 Monaten (+0,2 Monate gegenüber Oktober), womit sie ebenfalls dem langfristigen Durchschnitt entsprach.

Abbildung 6: **Gesicherte durchschnittliche Produktionsdauer in der Sachgütererzeugung und der Bauwirtschaft**



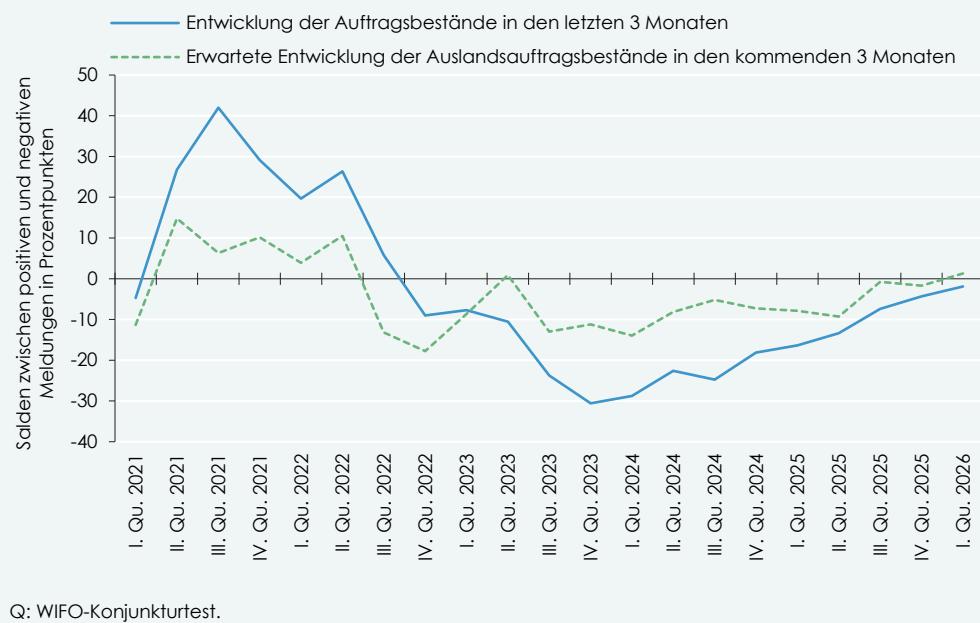
3.3 Auftragseingänge stabilisieren sich auf niedrigem Niveau

Der Auftragsbestand der Sachgütererzeugung blieb auch im Winter durchschnittlich; die Erwartungen zu den Auslandsaufträgen verbesserten sich leicht.

In der Sachgütererzeugung werden die Auftragsentwicklung in den vergangenen drei Monaten und die Erwartungen zu den Auslandsauftragsbeständen der kommenden Monate als relevante Indikatoren einmal im Quartal erfragt. Die Rückmeldungen werden zu Salden aus dem Anteil der positiven und negativen Antworten aggregiert. Wie Abbildung 7 zeigt, entwickelten sich die Auftrags-

bestände zuletzt etwas günstiger als in den Vorquartalen, der Saldo-Wert von -1,9 Punkten deutet auf eine zunehmende Stabilisierung hin. Die Erwartungen zu den künftigen Auslandsauftragsbeständen verbesserten sich ebenfalls leicht und kletterten per Saldo knapp in den positiven Bereich: Die optimistischen Stimmen, die für die kommenden drei Monate einen Anstieg der Auslandsaufträge erwarteten, überwogen die negativen Meldungen um 1,3 Prozentpunkte.

Abbildung 7: **Entwicklung der Auftragsbestände und erwartete Entwicklung der Auslandsauftragsbestände in der Sachgütererzeugung**



4. Nachfragermangel bleibt wichtigstes Hemmnis der Geschäftstätigkeit

Im WIFO-Konjunkturtest werden quartalsweise die wichtigsten Hemmnisse für die Geschäftstätigkeit der befragten Unternehmen erhoben. Die Unternehmen haben die Möglichkeit, keine Beeinträchtigung ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit zu melden oder das wichtigste Hindernis aus einer vorgegebenen Liste zu wählen:

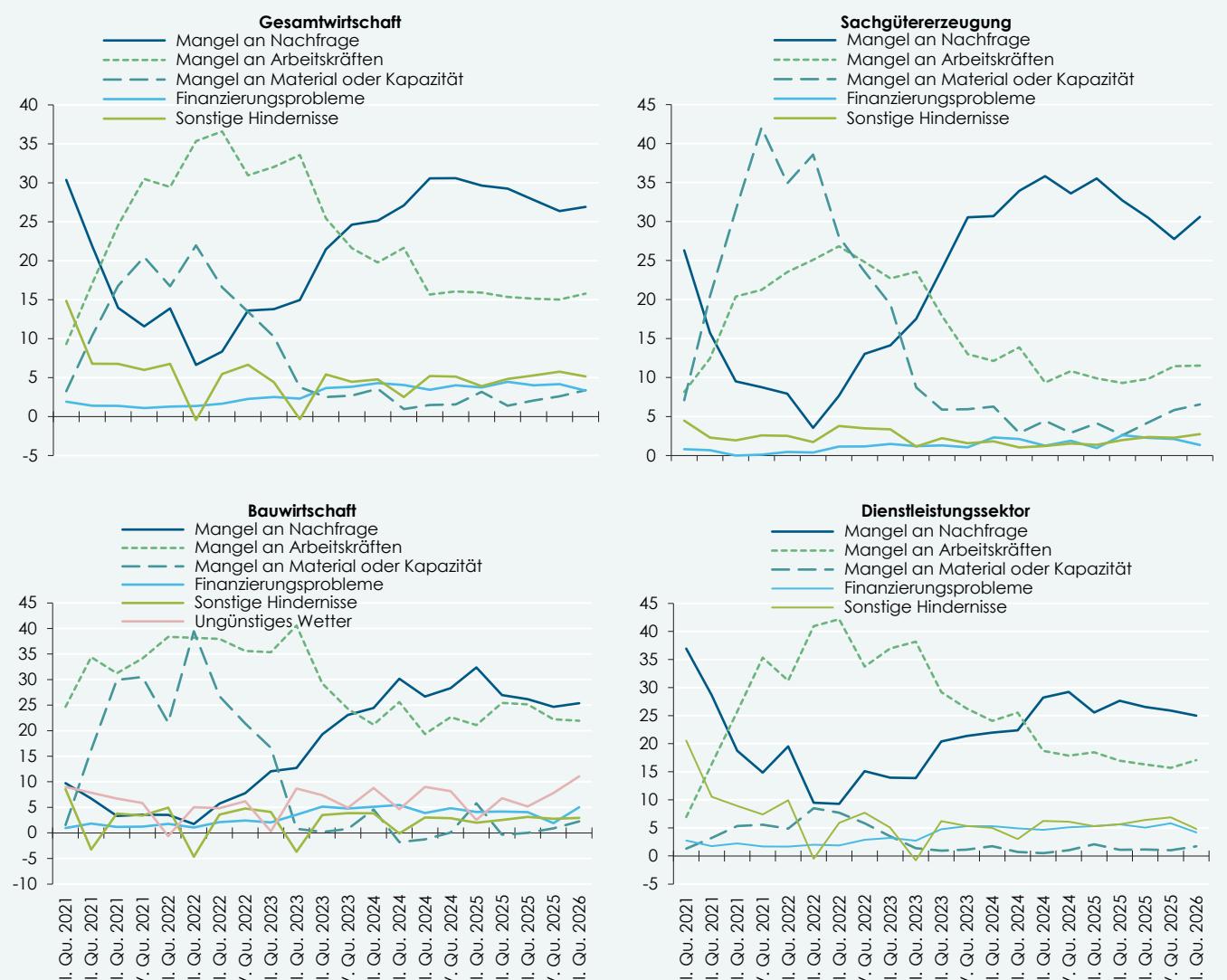
- Mangel an Nachfrage (Dienstleistungen und Sachgütererzeugung) bzw. Mangel an Aufträgen (Bauwirtschaft),
- Mangel an Arbeitskräften,

- Platzmangel oder Kapazitätsengpässe (Dienstleistungen) bzw. Mangel an Material oder Kapazität (Sachgütererzeugung und Bauwirtschaft),
- Finanzierungsprobleme und
- sonstige Gründe – diese Kategorie umfasst neben dem Wettereinfluss (Bauwirtschaft) auch andere Hemmnisse (z. B. die gesundheitspolitischen Maßnahmen während der COVID-19-Pandemie).

In der Bauwirtschaft wird zusätzlich das Hindernis "ungünstiges Wetter" erhoben³⁾.

Abbildung 8: **Hemmnisse der wirtschaftlichen Tätigkeit**

Anteile an allen Meldungen in %



³⁾ Bei der Berechnung der gesamtwirtschaftlichen Hemmnisse wird "ungünstiges Wetter" unter "sonstige Hindernisse" klassifiziert.

Der "Mangel an Nachfrage" bleibt vor dem "Mangel an Arbeitskräften" das wichtigste Hemmnis der Geschäftstätigkeit.

In der Gesamtwirtschaft (ohne Einzelhandel) meldeten im Jänner 2026 rund 55% der Unternehmen Beeinträchtigungen in ihrer Geschäftstätigkeit (+1 Prozentpunkt gegenüber Oktober). In den einzelnen Sektoren waren die Unternehmen in unterschiedlichem Ausmaß mit Hindernissen konfrontiert. So meldeten rund 69% der Bauunternehmen (+8 Prozentpunkte gegenüber Oktober), 53% der Dienstleister (-2 Prozentpunkte) und 53% der Sachgütererzeuger (+2 Prozentpunkt) Beeinträchtigungen der Geschäfts- bzw. Produktionstätigkeit. Im Einzelhandel sank der Anteil der Unternehmen, die mit Hemmnissen konfrontiert waren, gegenüber dem Vorquartal um 2 Prozentpunkte auf 54%.

In der Gesamtwirtschaft (ohne Einzelhandel) war im Jänner 2026 nach wie vor der "Mangel an Nachfrage" das meistgenannte wichtigste Hemmnis der Geschäftstätigkeit (26,9% der Unternehmen), vor dem "Mangel an Arbeitskräften" (15,8%). Der "Mangel an Material oder Kapazität" (3,4%) gewann zwar wieder leicht an Gewicht, blieb aber verglichen mit den Vorjahren von untergeordneter Bedeutung. "Finanzierungsprobleme" nannten 3,3%, "sonstige Hindernisse" 5,1% der Unternehmen (Abbildung 8).

In der Sachgütererzeugung ist der "Mangel an Nachfrage" bereits seit dem III. Quartal 2023 das meistgenannte Hemmnis der Produktionstätigkeit (Jänner 2026: 30,6% aller

Unternehmen), und gewann zuletzt wieder an Relevanz. Das zweithäufigste Hemmnis blieb der "Mangel an Arbeitskräften" (11,5%). Rund 6,6% der Sachgütererzeuger meldeten einen "Mangel an Material oder Kapazität" als wichtigstes Hemmnis, rund 1,4% "Finanzierungsprobleme" und 2,7% "sonstige Gründe".

Auch in der Bauwirtschaft war im Jänner wie im Vorquartal der "Mangel an Nachfrage" (25,4%) knapp vor dem "Mangel an Arbeitskräften" (22,0%) das meistgenannte Hemmnis. Das "ungünstige Wetter" dürfte zuletzt zahlreiche Bauunternehmen beeinträchtigt haben (11,1%). 5,0% meldeten "Finanzierungsprobleme" und 2,3% Materialmangel bzw. Kapazitätsengpässe.

In den Dienstleistungsbranchen war der "Mangel an Nachfrage" (Jänner 2026: 25,0%) bereits zum siebten Mal in Folge das wichtigste Hemmnis der Unternehmenstätigkeit. Dahinter folgten der "Mangel an Arbeitskräften" (17,1%), "sonstige Hindernisse" (4,8%) und "Finanzierungsprobleme" (4,2%).

Im Einzelhandel werden die Hemmnisse der Geschäftstätigkeit seit Juli 2021 erhoben. Im Jänner 2026 meldeten 31,8% der befragten Einzelhändler den "Mangel an Nachfrage" als wichtigstes Hemmnis, 6,8% den "Mangel an Arbeitskräften", 3,8% "Lieferengpässe", 5,7% "Finanzierungsprobleme" und ebenfalls 5,7% "sonstige Hindernisse".

5. Zusammenfassung

Für die Gesamtwirtschaft zeigen die Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests vom Jänner 2026 eine zaghafte Verbesserung der Konjunkturbeurteilungen, zumal die Konjunkturindizes in den meisten Sektoren etwas an Boden gewannen. Die sektorale Unterschiede in Entwicklungsrichtung und Niveau blieben allerdings bestehen. Die WIFO-Konjunkturampel signalisierte eine Seitwärtsbewegung der Konjunkturstimmung. Die befragten Sachgütererzeuger sind trotz fortgesetzter Stabilisierung der Indizes nach wie vor mehrheitlich skeptisch gestimmt. In der Bauwirtschaft nahm die Skepsis in den letzten

Monaten wieder zu. In den Dienstleistungen hingegen blicken die Unternehmen zuverlässlicher in die nahe Zukunft.

Die Kapazitätsauslastung stieg zuletzt in der Sachgütererzeugung und den Dienstleistungen an. Die unternehmerische Unsicherheit nahm im Quartalsvergleich wieder leicht ab. Hinsichtlich der Hemmnisse der Unternehmenstätigkeit dominierte auch zu Jahresanfang der "Mangel an Nachfrage" die Meldungen, vor dem "Mangel an Arbeitskräften".

6. Literaturhinweise

Europäische Kommission (2023). *The Joint Harmonised EU Programme of Business and Consumer Surveys: User Guide*. https://economy-finance.ec.europa.eu/system/files/2023-02/bcs_user_guide.pdf.

Glocker, C., & Hözl, W. (2015). Bestimmung einer Konjunkturampel für Österreich auf Basis des WIFO-Konjunkturtests. *WIFO-Monatsberichte*, 88(3), 175-183. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/4108937>.

Glocker, C., & Hözl, W. (2022). A direct measure of subjective business uncertainty. *German Economic Review*, 23(1), 121-155. <https://doi.org/10.1515/ger-2021-0025>.

Hözl, W., & Schwarz, G. (2014). Der WIFO-Konjunkturtest: Methodik und Prognoseeigenschaften. *WIFO-Monatsberichte*, 87(12), 835-850. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/4096384>.

Hözl, W., Klien, M., & Kügler, A. (2019). Konjunktur schwächt sich weiter ab. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Oktober 2019. *WIFO-Monatsberichte*, 92(11), 807-819. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/4145494>.

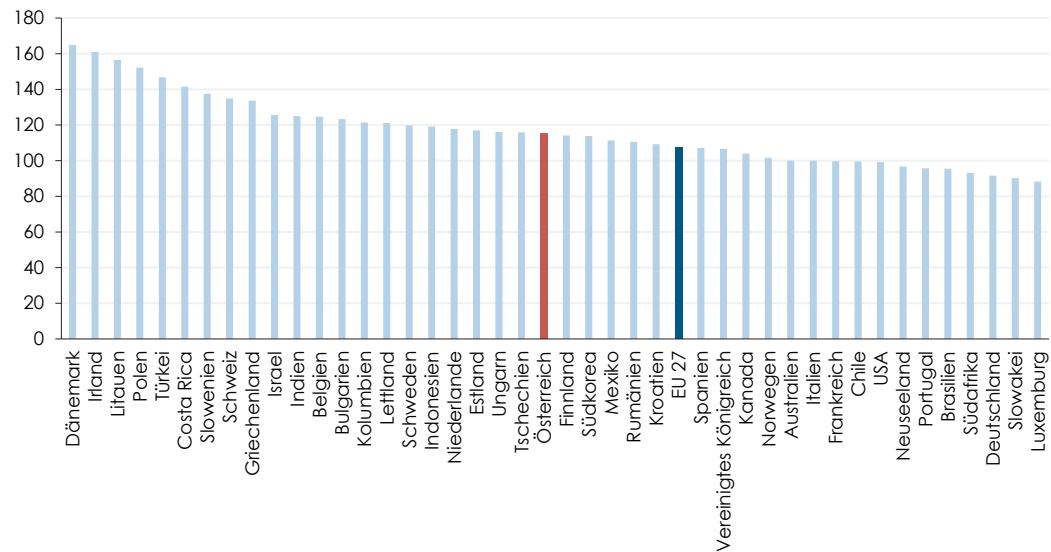
Europäische Industriepolitik im Wandel

Michael Peneder

- Die europäische Industriepolitik blickt zurück auf eine wechselhafte Geschichte mit markanten Richtungsänderungen.
- Dabei hat sich zunehmend ein integrierter Ansatz durchgesetzt, der Querschnittsthemen der allgemeinen Standortpolitik mit strategischen Schwerpunkten verbindet.
- Wachsende geopolitische Spannungen legen technologische und strategische Lücken im Wettbewerb mit anderen großen Wirtschaftsmächten offen.
- Fragen der europäischen Souveränität gewinnen an Bedeutung.
- Mit neuen Instrumenten (z. B. Schlüsseltechnologien, Großprojekte von gemeinsamem europäischem Interesse, Investitionskontrolle oder CO₂-Grenzausgleich) hat die EU versucht, ihre strategischen Handlungsmöglichkeiten beständig zu erweitern.

Produktionsindex für die Herstellung von Waren

2015/2024, 2015 = 100



"Von 2015 bis 2024 ist die Industrieproduktion im Durchschnitt der EU 27 lediglich um 7,5% gewachsen."

Im Durchschnitt der EU 27 ist die Industrieproduktion von 2015 bis 2024 um 7,5% gestiegen. Spitzenreiter war Dänemark (+65,0%). Österreich liegt mit einem kumulierten Wachstum von 15,1% innerhalb der EU auf dem 15. Rang. Außerhalb der EU zählen die Türkei, Costa Rica und die Schweiz zu den Ländern mit dem stärksten Anstieg der Industrieproduktion. Vergleichbare Daten für China liegen nicht vor (Q: Eurostat, OECD, WIFO-Berechnungen. Costa Rica, Israel, Indien, Kolumbien, Indonesien, Korea, Mexiko, Kanada, Australien, Chile, USA, Neuseeland, Brasilien, Südafrika: letztverfügbares Jahr 2023).

Europäische Industriepolitik im Wandel

Michael Peneder

Europäische Industriepolitik im Wandel

Tiefgreifende technologische, geoökonomische und geopolitische Herausforderungen prägen die rezente Entwicklung der europäischen Industriepolitik. Nach einer langen und wechselvollen Geschichte setzt sich zunehmend ein integrierter Ansatz durch, der "horizontale" Maßnahmen der Standortpolitik mit "vertikalen" strategischen Schwerpunkten verbindet. Eine wesentliche Herausforderung für die EU-Mitgliedsländer besteht darin, sich innerhalb der neuen europäischen Schwerpunkte und Netzwerke vorteilhaft zu positionieren.

JEL-Codes: L52, L53, O25, O38 • **Keywords:** Industriepolitik, Wettbewerbsfähigkeit, Geoökonomie, Transformation

Bei der Erstellung dieses Beitrages wurden DeepL Write für Sprachkorrekturen sowie Perplexity Sonar Deep Research für spezifische Recherchen verwendet. Der Autor hat die verwendeten Inhalte geprüft, überarbeitet und übernimmt die volle Verantwortung für das Ergebnis.

Begutachtung: Agnes Kügler, Klaus Friesenbichler • **Wissenschaftliche Assistenz:** Anna Strauss-Kollin (anna.strauss-kollin@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 28. 1. 2026

Kontakt: Michael Peneder (michael.peneder@wifo.ac.at)

European Industrial Policy in Transition

The evolution of European industrial policy has been driven by profound technological, geoeconomic and geopolitical challenges. After a long and complex history, an integrated approach is increasingly gaining traction, combining general "horizontal" policies with "vertical" strategic interventions. An important challenge for national policies is to position itself favourably in the new European priorities and networks.

1. Einleitung

Am 16. Jänner 2026 hat die österreichische Bundesregierung ihre "**Industriestrategie Österreich 2035**" veröffentlicht (Republik Österreich, 2026). Dieser Schritt stellt einen bedeutenden Wendepunkt dar, da es in Österreich seit der Krise der verstaatlichten Industrie in den 1980er-Jahren und den darauffolgenden Privatisierungen keine explizite und als solche deklarierte **strategische** Industriepolitik mehr gegeben hatte¹⁾. Österreich zieht damit gegenüber langjährigen Entwicklungen auf europäischer Ebene nach: Industriepolitik in Form von branchen- oder technologiespezifischen "vertikalen" wirtschaftspolitischen Maßnahmen gilt nicht mehr als unüberbrückbarer Gegensatz zu einer "horizontalen" Standortpolitik ohne diskriminierende

Eingriffe. Vielmehr sollen standortpolitische Rahmenbedingungen und strategische Schwerpunkte einander ergänzen, um die Wettbewerbsfähigkeit und Resilienz der europäischen Wirtschaft zu stärken und angestrebte Transformationsprozesse zu unterstützen.

Die Industriepolitik der EU steht angesichts der tiefgreifenden technologischen, geoökonomischen und zunehmend auch geopolitischen Veränderungen vor großen Umbrüchen²⁾. Der globale technologische Wandel, die ökologische Transformation, der wachsende Wettbewerbsdruck durch China sowie die zunehmende Verknüpfung von wirtschaftlicher Stärke mit geopolitischen

¹⁾ Die Betonung liegt hier auf "explizit strategisch". Die umfangreiche Arbeit an branchenspezifischen gesetzlichen Materien und Verwaltungsleistungen, z. B. in den Bereichen Standardisierung oder Produktmarktregelung, sowie die Mitarbeit in den entsprechenden internationalen Gremien sind ein beständiger Bestandteil von Industriepolitik, der in den akademischen und politischen Diskursen zu Unrecht vernachlässigt wird. Auch in der Arbeitsmarkt- oder der Innovationspolitik sind thematische Schwerpunkte wie Qualifizie-

rungsoffensiven und Schlüsseltechnologien seit langem etabliert.

²⁾ Die Veränderung der internationalen Rahmenbedingungen hat auch in Österreich eine eingehende Beschäftigung mit grundlegenden Fragen der Industriepolitik angestoßen. Beispiele mit unterschiedlichen Perspektiven sind etwa die Arbeiten von Aigner und Rodrik (2020), Fadinger und Steinwender (2025), Felbermayr (2023), Landesmann (2025), Peneder (2017, 2026), Polt et al. (2021b), Polt (2025), Raza et al. (2025) oder Wanzenböck und Weber (2024).

Interessen erfordern allesamt europäische Antworten (Peneder, 2026). Die Industriestrategie Österreich 2035 sieht sich daher "eng mit europäischen Initiativen und Strategien

abgestimmt" (Republik Österreich, 2026, 7). Dieser Beitrag bietet einen kurzen Überblick über die Entwicklung der europäischen Industriepolitik.

2. Historische Wurzeln

Industriepolitik hat in Europa eine lange und wechselvolle Geschichte. Mit der Gründung der **Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl** (EGKS) im Jahr 1951 waren bereits zu Beginn des europäischen Einigungsprojektes industriepolitische Agenden von wesentlicher Bedeutung. Neben dem friedenspolitischen Anliegen der gegenseitigen Kontrolle militärischer Güter wurde etwa versucht, durch gemeinsame Quoten für Investitionen, die Regulierung von Preisen, oder den Abbau von Zöllen nach innen sowie Handelsbeschränkungen nach außen die Versorgung mit Kohle und Stahl innerhalb der Gemeinschaft sicher zu stellen. Ein weiteres Beispiel für sektorale Politik ist die 1957 im Rahmen der Römischen Verträge gegründete **Europäische Atomgemeinschaft** (EURATOM)³⁾.

Die gleichzeitige Gründung der **Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft** (EWG) zielte dagegen vor allem auf den freien Personen-, Kapital- und Güterverkehr sowie eine

abgestimmte Handelspolitik im Rahmen des **Gemeinsamen Marktes** ab, während die traditionelle Industriepolitik überwiegend in der Verantwortung der Nationalstaaten blieb. Diese setzten sie auch häufig ein: für direkte Förderungen ebenso wie für die Verstaatlichung von allgemeinen Versorgungsunternehmen (z. B. in der Verkehrs-, Energie-, oder Abfallwirtschaft) oder von Unternehmen in "strategisch" als besonders wichtig angesehenen Branchen (z. B. Bergbau oder Stahlindustrie). In den Jahren des Wiederaufbaus nach dem Zweiten Weltkrieg konnte man so den Mangel an Kapital für die Industrie rascher überwinden und Konjunkturschwankungen besser ausgleichen. In den betroffenen Branchen entstanden dadurch aber auch Überkapazitäten, die mit dem Ende des Nachkriegsbooms Krisen verursachten, weshalb die Industriepolitik zunehmend einen defensiven Charakter annahm und Kapazitätsanpassungen sowie den notwendigen Strukturwandel verzögerte.

3. Zeit der großen Auseinandersetzungen

All diese Faktoren brachten die traditionelle Industriepolitik in den 1970er-Jahren zunehmend in Misskredit. Strategien zur Herausbildung nationaler oder Europäischer Champions wurden zunehmend als Vorwand für das Verschleppen notwendiger Strukturanspannungen angesehen. Ideologische Richtungskämpfe zwischen "Markt" und "Staat" bestimmten die Diskussion in den 1980er-Jahren. Die Unfähigkeit der einzelstaatlichen Politik, das "Gefangenendilemma" **teurer Subventionswettkämpfe** zu überwinden, und die hohe Wirksamkeit wettbewerblicher Marktprozesse beim Auflösen von Überkapazitäten hatten einen nachhaltigen Umschwung

in Richtung Privatisierung und Deregulierung zur Folge. Wirtschaftspolitische Eingriffe in einzelne Sektoren wurden nun abgelehnt und die Schaffung eines gemeinsamen Binnenmarktes als wichtigster Beitrag zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit angesehen. Die im Vertrag von Maastricht 1992 festgeschriebene Verantwortung der **Europäischen Union** für die Industriepolitik – im Sinne der Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie sowie der Koordination nationaler Aktivitäten – wurde als Auftrag zu einer "horizontalen" Standortpolitik aufgefasst, die nicht "vertikal" zwischen verschiedenen Wirtschaftszweigen diskriminieren sollte.

4. Rückkehr der Industriepolitik

4.1 Integrierte Industriepolitik

In den 1990er-Jahren hatten die Begriffe "Standortpolitik" und "Wettbewerbsfähigkeit" weitgehend jenen der "Industriepolitik" verdrängt. Allerdings setzte sich zunehmend auch die Einsicht durch, dass sich selbst horizontale politische Maßnahmen unterschiedlich auf die einzelnen Branchen auswirken. Als im Jahr 2000 die **Lissabon-Strategie** sehr ambitionierte Ziele für die Wettbewerbs-

fähigkeit der EU formulierte, wurde die sektorale Perspektive durch eine auf die konkreten Bedürfnisse einzelner Branchen zugeschnittene Umsetzung horizontaler Maßnahmen aufgewertet. Die Idee einer die Marktprozesse begleitenden **Strukturpolitik** mündete schließlich in einen **integrierten Ansatz**, der "horizontale" und "vertikale" Maßnahmen verbinden sollte (Europäische Kommission, 2005). Angestrebt wurden sowohl eine Verbesserung der allgemeinen wirtschaftlichen

³⁾ <https://www.europarl.europa.eu/about-parliament/de/in-the-past/the-parliament-and-the-treaties/euratom-treaty>.

"Schlüsseltechnologien"
sollten die horizontale
Standortpolitik
ergänzen.

Rahmenbedingungen, die i. S. der Standortpolitik grundsätzlich alle Wirtschaftszweige betreffen, als auch sektorale Initiativen, z. B. zur Optimierung bzw. Verbesserung von ausgewählten branchenspezifischen Regulierungen.

Einen einflussreichen Schritt in Richtung strategischer Schwerpunkte setzte die Europäische Kommission (2009) mit dem Konzept der sogenannten **Schlüsseltechnologien** (Key Enabling Technologies – KET). Diese wurden aufgrund ihres Wertschöpfungspotenzials und ihrer Anwendungsbreite als besonders systemrelevant und bedeutsam für die Zukunftsfähigkeit der EU eingestuft. In den folgenden Jahren entwickelten sich Schlüsseltechnologien zu einem wichtigen Steuerungsinstrument der Europäischen Forschungs- und Industriepolitik. Das Programm "Horizon Europe" 2021 bis 2027 nennt folgende sechs KET:

- Fortschrittliche Fertigungstechnologien,
- Fortschrittliche Werkstoffe,
- Life-Science-Technologien,
- Mikro-, Nanoelektronik und Photonik,
- Künstliche Intelligenz sowie
- Sicherheits- und Konnektivitätstechnologien.

Die Industriestrategie Österreich 2035 knüpft mit neun Schlüsseltechnologien an die europäischen Rahmenwerke der **Key Enabling Technologies** sowie des Monitoring-Projektes "Advanced Technologies for Industry" (ATI) an⁴). Insgesamt sind die Technologiefelder allesamt sehr breit gefasst, was das Ausmaß an politischer Steuerung letztlich gering hält und viel Spielraum für Spezialisierung entlang bestehender komparativer Vorteile beläßt⁵).

4.2 "Reindustrialisierung"

Im Jahr 2010 wurde die "integrierte Industriepolitik" im Rahmen der "Europa 2020"-Strategie zu einer von sieben Leitinitiativen aufgewertet (Europäische Kommission, 2010). In einer Aktualisierung der Strategie setzte sich die Europäische Kommission (2012a) zudem das Ziel einer aktiven Reindustrialisierung. Bis zum Jahr 2020 sollte der **Anteil der Industrie an der Wertschöpfung** der EU auf 20% steigen. Dieses 20%-Ziel bestimmte über viele Jahre die industrielpolitische Diskussion in der EU. Tatsächlich stieg der Wertschöpfungs-

anteil der Herstellung von Waren von 15,3% im Jahr 2012 auf lediglich 16,2% im Jahr 2023⁶).

Auf Basis fundamentaler angebots- und nachfrageseitiger Überlegungen zum Strukturwandel in Richtung Dienstleistungen war abzusehen, dass die EU an ihrer ambitionierten Zielsetzung scheitert (Peneder, 2014; Peneder & Streicher, 2018). Bestimmende Faktoren, wie z. B. sektorale Unterschiede im Produktivitätswachstum oder in der Einkommenselastizität der Nachfrage, werden weiterhin wirken, wenngleich aufgrund aktueller Entwicklungen die Wahrscheinlichkeit für eine Ausweitung des Industrieanteils tendenziell steigt. Dieser könnte vor allem durch drei Mechanismen zunehmen: Erstens, wenn neue Bedarfe für industriell gefertigte Waren entstehen, z. B. durch neue technische Lösungen zur Verbesserung der Ressourceneffizienz oder durch steigende Militärausgaben. Beide Entwicklungen werden von der angestrebten ökologischen Transformation und Investitionen in die europäische Sicherheitsinfrastruktur angetrieben. Ein zweiter dem Industrieanteil zuträglicher Faktor wäre ein geringeres Produktivitätswachstum der Industrie im Vergleich zu den Dienstleistungen⁷). Werden höhere Produktivitätsgewinne in einem Sektor nicht durch ein kräftigeres Wachstum der Nachfrage ausgeglichen, sinkt unter Wettbewerbsbedingungen ceteris paribus dessen Anteil am nominellen Verbrauch und damit auch am Volkseinkommen. Drittens könnten einzelne EU-Länder und Regionen den Wertschöpfungsanteil der Industrie über den Außenhandel erhöhen. Hier gibt es Spielraum für eine aktive Industriepolitik, den in den vergangenen Jahren vor allem China und andere Schwellenländer mit erfolgreichen Exportstrategien genutzt haben. Global betrachtet handelt es sich bei gegebenem Verbrauch an Industriegütern aber um ein Nullsummenspiel. Angesichts der intensiven Bemühungen aller großen Wirtschaftsräume, ihre Wettbewerbsposition im internationalen Warenhandel zu verbessern, ist das Potenzial für anhaltend positive Nettoeffekte, die den Industrieanteil in der EU erhöhen, daher begrenzt.

4.3 Important Projects of Common European Interest (IPCEI)

Im Zuge der Rückkehr der Industriepolitik hat die Europäische Union ein Rechtsinstrument

⁴) Die darin genannten KET finden sich zum Teil unmittelbar in der Industriestrategie wieder (z. B. fortschrittliche Werkstoffe, fortschrittliche Fertigungstechnologien, Mikroelektronik und Photonik, Life Science und Biotech, KI und Dateninnovation), teilweise sind sie dort auf breitere Querschnittsthemen verteilt (z. B. Energie- und Umwelttechnologien, Mobilität). Die Industriestrategie hebt zusätzlich besondere nationale Schwerpunkte hervor (z. B. Quantentechnologie, Weltraum- und Luftfahrttechnologien).

⁵) Hofmann et al. (2025) bieten eine Stärken-Schwächen-Analyse Österreichs in ausgewählten Schlüsseltechnologien.

⁶) Q: UN National Accounts Database.

⁷) Das ist kein gänzlich unrealistisches Szenario: Beispielsweise könnte die Fragmentierung der globalen Handelsbeziehungen das Produktivitätswachstum in der Industrie beeinträchtigen. Störungen der Wertschöpfungsketten könnten durch geopolitische Verwerfungen oder Umweltkatastrophen entstehen. Umgekehrt dürfte der Einsatz generativer KI-Modelle in zahlreichen informationsverarbeitenden Dienstleistungen (z. B. Verwaltung, Marketing, Forschung) zu höheren Produktivitätsgewinnen führen als in der industriellen Fertigung, die bereits weitreichend automatisiert ist.

zur Bewältigung europäischer Großprojekte aktiviert, das bereits im EWG-Vertrag von 1957 verankert, aber über verschiedene Dokumente verstreut und daher weitgehend ungenutzt geblieben war: die **Important Projects of Common European Interest** (IPCEI). Im Jahr 2014 führte die Europäische Kommission die verschiedenen Regelungen erstmals in einer eigenen, umfassenden IPCEI-Mitteilung zusammen und schuf damit die Grundlage für die systematische Anwendung des Instruments im Rahmen einer integrierten europäischen Industriestrategie⁸⁾.

IPCEI begründen eine **Ausnahme im europäischen Beihilfenrecht** zur Förderung von Großprojekten von besonderer strategischer Bedeutung für die EU (Polt et al., 2021a). Die Europäische Kommission prüft, erteilt und überwacht die Umsetzung, während die Finanzierung der Projekte im Wesentlichen durch die beteiligten Mitgliedsländer und Unternehmen erfolgt. Als IPCEI definierte Vorhaben müssen verschiedene Kriterien genügen. Dazu gehören die Beteiligung mehrerer Mitgliedsländer, bedeutende Beiträge zu übergeordneten europäischen Zielen, der Nachweis von "Markt-" oder "Systemversagen" sowie ein Fokus auf grundlegende Produkt- oder Prozessinnovationen.

Seit der ersten Mitteilung im Jahr 2014 hat die Europäische Kommission elf integrierte IPCEI in den Bereichen Mikroelektronik, Batterien, Wasserstoff, Cloud-Infrastruktur und -Services, Gesundheit sowie spezialisierte KI-Projekte genehmigt. Österreich nutzt dieses Instrument mit bisher 19 Beteiligungen heimischer Unternehmen an vier IPCEI-Initiativen in den Bereichen Mikroelektronik, Batterien und Wasserstoff sehr aktiv. Die **Industriestrategie Österreich 2035** kündigte die Beteiligung an einem weiteren IPCEI für fortschrittliche Halbleitertechnologien an.

4.4 Investitionskontrolle

Im Rahmen einer Aktualisierung der industriepolitischen Strategie schuf die Europäische Kommission (2017) einen neuen Rahmen für die **Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen**, die als Risiko für die Sicherheit oder öffentliche Ordnung eingestuft werden (FDI-Screening). 2019 wurde eine

entsprechende Verordnung erlassen, die den Mitgliedsländern Rechtssicherheit und vermehrten Spielraum bei der Prüfung und allfälligen Untersagung von Unternehmensübernahmen aus Drittländern außerhalb der EU, des EWR oder der Schweiz gibt. Die Screening-Mechanismen haben sich seither zu einem flächendeckenden System entwickelt. Zu Jahresbeginn 2026 verfügen praktisch alle EU-Mitgliedsländer über ein Kontrollverfahren für ausländische Direktinvestitionen oder es stand dessen Einführung unmittelbar bevor.

Um den neuen, erheblich erweiterten europäischen Rahmenbedingungen Rechnung zu tragen, hat die österreichische Bundesregierung bereits im Juli 2020 ein eigenes **Investitionskontrollgesetz** (InvKG) in Kraft gesetzt⁹⁾. Es regelt die Kontrolle ausländischer Direktinvestitionen natürlicher oder juristischer Personen aus Drittländern in österreichische Unternehmen. FDI sind genehmigungspflichtig, wenn Investor:innen Stimmrechtsanteile über bestimmten Mindestschwellen erwerben. Kleinstunternehmen mit weniger als zehn Beschäftigten und einem jährlichen Umsatz unter 2 Mio. € sind davon ausgenommen.

In der EU-Verordnung von 2019 wurden als Minimalkonsens lediglich gemeinsame Grundprinzipien festgelegt, während die einzelnen Mitgliedsländer über die Einführung und konkrete Ausgestaltung der Investitionskontrollen entscheiden konnten. Daraus folgten beträchtliche nationale Unterschiede und ein fragmentiertes regulatorisches Umfeld. Um die Fragmentierung zu überwinden, einigten sich die EU-Institutionen im Dezember 2025 auf eine **Überarbeitung** des FDI-Screenings mit dem Ziel einer weitreichenden Harmonisierung¹⁰⁾. Die Mitgliedsländer werden ihre Systeme weiterhin über die Mindestanforderungen hinaus erweitern können, neue Mindeststandards sollen allerdings die regulatorische Fragmentierung verringern und die Planbarkeit für Investor:innen erhöhen. Im Einklang mit den Veränderungen in den Rahmenbedingungen auf EU-Ebene ist die Reform des Investitionskontrollgesetzes ein wesentlicher Bestandteil der Industriestrategie Österreich 2035.

IPCEI ermöglichen die Förderung von Großprojekten von besonderer strategischer Bedeutung für die Europäische Union.

Österreich hat bereits 2020 ein Investitionskontrollgesetz eingeführt, das die Kontrolle ausländischer Direktinvestitionen aus Drittländern regelt.

5. Neue Herausforderungen

5.1 Doppelte Transformation und Souveränität

Im Jahr 2020 stellte die Europäische Kommission (2020) eine neue, an den drei übergeordneten Prioritäten Wettbewerbsfähigkeit, ökologische Transformation und Digitalisie-

zung ausgerichtete Industriestrategie vor. Neben den zahlreichen Plänen und Maßnahmen zu einzelnen Bereichen ist vor allem die Neuaustrichtung der übergeordneten Ziele bemerkenswert. Im Mittelpunkt steht die Sorge um die **technologische und wirtschaftliche Souveränität der EU** vor dem

⁸⁾ https://competition-policy.ec.europa.eu/state-aid/ipcei_en.

⁹⁾ <https://www.bmwfet.gv.at/Ministerium/Rechtsvorschriften/aussenwirtschaftsrecht/Investitionskontrollgesetz.html>.

¹⁰⁾ https://policy.trade.ec.europa.eu/news/revision-eus-foreign-investment-screening-mechanism-2025-12-11_en?prefLang=de.

Die Europäische Union will bei der Digitalisierung und Ökologisierung weltweit eine Führungsrolle übernehmen.

Die Aufbau- und Resilienzfazilität verknüpft die Krisenbekämpfung nach der COVID-19-Pandemie mit den strategischen Zielen der doppelten Transformation.

Hintergrund wahrgenommener Asymmetrien im internationalen Wettbewerb. Neben diesem ungewohnt defensiven Ziel stellt sich die EU offensiv den Herausforderungen zweier großer gesellschaftlicher **Transformationen**: sie will bei der Digitalisierung weltweit eine Führungsrolle einnehmen und bis 2050 klimaneutral werden. Auch die Industriestrategie Österreich 2035 hebt dieses Ziel der **Twin-Transition** wiederholt als ein wesentliches Leitbild hervor.

Im Hinblick auf den Einsatz neuer industrie- und handelspolitischer Instrumente ist insbesondere die Einführung eines **CO₂-Grenzausgleichsmechanismus** (Carbon Border Adjustment Mechanism – CBAM) für emissionsintensive Branchen von Bedeutung. Damit will die EU den Zielkonflikt zwischen wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit und ökologischer Transformation auflösen und Wettbewerbsnachteile auf dem Binnenmarkt, die durch niedrigere Standards und eine geringere Bepreisung von CO₂-Emissionen in Drittländern entstehen, unterbinden. Mit Jahresbeginn 2026 ist der CBAM von einer zweijährigen Übergangsphase mit reinen Berichtspflichten in die verbindliche Regelphase übergetreten. Sie ist verbunden mit einem konkreten Bepreisungsmechanismus für die in ausgewählten Warenimporten enthaltenen CO₂-Emissionen.

In der Industriestrategie Österreich 2035 spielt der CBAM nur eine untergeordnete Rolle. So enthält sie z. B. keine Forderung nach einer Kompensation für die CO₂-Bepreisung von EU-Exporten, die in Verbindung mit den bestehenden Regelungen ein Ende der Zuteilung von Freizertifikaten an besonders emissionsintensive EU-Unternehmen erlauben würde. Stattdessen will sich die österreichische Bundesregierung auf EU-Ebene für eine Verlängerung der Freizertifikate über das Jahr 2034 hinaus einsetzen.

5.2 Resilienz und "Offene Strategische Autonomie"

Das erste Jahr der Umsetzung der Industriestrategie von 2020 war von der COVID-19-Pandemie geprägt, die umfangreiche öffentliche Hilfen und Sonderprogramme zur Unterstützung der europäischen Wirtschaft erforderte. Die Europäische Kommission (2021) sah sich daher veranlasst, ihre industripolitische Strategie bereits nach einem Jahr zu aktualisieren.

Die bedeutendste Neuerung bestand in der **Aufbau- und Resilienzfazilität** (ARF)¹¹⁾ sowie den darauf beruhenden Aufbau- und Resilienzplänen der EU-Mitgliedsländer. Die ARF

sollte die Krisenbekämpfung mit den strategischen Zielen der grünen und digitalen Transformation sowie der Finanzierung der damit einhergehenden enormen Investitionsbedarfe verknüpfen. Sie trat im Februar 2021 befristet in Kraft. Die Ausnahme vom Verbot der Schuldenfinanzierung ermöglichte es der Europäischen Kommission, im Namen der EU durch die Emission von Anleihen bis zu 750 Mrd. € auf dem Kapitalmarkt aufzunehmen. Die Mittel wurden teilweise als Darlehen und teilweise als nicht rückzahlbare Zuschüsse an die Mitgliedsländer weitergegeben und ihre Vergabe an Mindestquoten gebunden: So mussten zumindest 37% der Mittel für klimabezogene Maßnahmen und mindestens 20% für Digitalisierung verwendet werden. Bis August 2026 müssen alle Mitgliedsländer die in ihren Aufbau- und Resilienzplänen vereinbarten Meilensteine und Ziele erreicht haben. Die Rückzahlung der Anleihen soll ab 2028 über den EU-Haushalt erfolgen und bis spätestens 2058 abgeschlossen sein.

Neben diesen Maßnahmen rückte mit dem Ziel einer **Offenen Strategischen Autonomie** die Forderung nach einer strukturellen Stärkung der Krisenfestigkeit und strategischen Selbstbestimmung bei gleichzeitiger Offenheit für internationalen Handel und Investitionen weiter ins Zentrum der EU-Politik. Mehr Resilienz will die EU dadurch erreichen, dass sie in ausgewählten Gütergruppen, die für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit, Gesundheitsversorgung oder von kritischen Lieferketten von besonderer Bedeutung sind, ihre Importabhängigkeit von wenig diversifizierten ausländischen Anbietern verringert. Wenn keine ausreichende Diversifizierung der Lieferbeziehungen möglich ist, kann Resilienz auch durch strategische Bevorratung, die Ansiedlung internationaler Hersteller oder den Aufbau einer eigenen Produktion in der EU erreicht werden.

Zwischen 2021 und 2024 wurden zudem mehrere **spezialisierte Instrumente** verabschiedet. So zielt etwa der "European Chips Act" darauf ab, den Marktanteil der EU in der Halbleiterproduktion von unter 10% bis 2030 auf 20% zu erhöhen¹²⁾. Insgesamt sollen durch die Förderung von Forschung und Entwicklung sowie durch Ausnahmeregelungen für Staatshilfen im Bereich der Halbleiterfertigung Investitionen in Höhe von 43 Mrd. € mobilisiert werden (Dachs, 2023). Zusätzlich sind Maßnahmen zur Überwachung der weltweiten Lieferketten vorgesehen. Ein weiteres spezialisiertes Instrument der Industriepolitik ist der "Critical Raw Materials Act" (CRMA), der ehrgeizige Ziele für den Ausbau der europäischen Kapazitäten an kritischen

¹¹⁾ https://commission.europa.eu/business-economy-euro/economic-recovery/recovery-and-resilience-facility_de.

¹²⁾ <https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/policies/european-chips-act>.

Rohstoffen festlegt¹³⁾. Schließlich wurde 2025 der "REPowerEU"-Plan aktualisiert und um einen umfassenden Fahrplan erweitert, um die Abhängigkeit von russischen Energieimporten bis 2027 zu überwinden¹⁴⁾. Mit diesen Initiativen bemüht sich die EU aktiv, strate-

gische Antworten auf die neuen Herausforderungen zu finden. Allerdings bestehen berechtigte Zweifel an der Kohärenz der hochgesteckten Ziele mit den dafür mobilisierten neuen Mitteln.

6. Aktuelle Entwicklungen

6.1 Die Berichte von Letta und Draghi

Zwei einflussreiche Berichte mit jeweils sehr ernüchternden Diagnosen zur Wettbewerbsfähigkeit der EU prägen derzeit die industriepolitische Diskussion. Der Bericht von Letta (2024) stellt vor allem auf die Stärkung des EU-Binnenmarktes als Grundlage für industrielle Wettbewerbsfähigkeit ab. Er betont die Notwendigkeit, den fragmentierten Binnenmarkt zu vereinheitlichen, damit europäische Unternehmen rascher wachsen und im globalen Wettbewerb bestehen können. Zudem fordert er die Umsetzung einer echten Kapitalmarktunion, um für die notwendigen Investitionen private Ersparnisse zu mobilisieren. Viele dieser Ansatzpunkte finden sich auch in dem Bericht von Draghi (2024). Er fordert ebenso wie Letta eine massive Ausweitung der Investitionen in Forschung und Entwicklung, Digitalisierung, Bildung und Infrastruktur, die Reduktion von Energiekosten sowie den Abbau administrativer Belastungen¹⁵⁾. Beide betonen, wie wichtig die Vollendung der Kapitalmarktunion wäre, um die großen Investitionsbedarfe zu decken. Während Letta die Mitgliedsländer dazu verpflichten möchte, mehr nationale Mittel in EU-weite Initiativen einzubringen, betont Draghi die Möglichkeit der gemeinsamen Schuldenaufnahme durch EU-Anleihen.

Kritisch zu sehen ist, dass beide Berichte die Wettbewerbspolitik im Kontext strenger Fusionskontrollen tendenziell als Hindernis für die Skalierung weltweit agierender europäischer Unternehmen betrachten. Gegen die verbreitete Vorstellung, dass weniger Wettbewerb durch strategische Konsolidierungen die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen auf dem Weltmarkt verbessern könnte, sprechen nicht nur theoretische Überlegungen, sondern auch die empirische Evidenz erfolgreicher Industriepolitik im asiatischen Raum (Aghion et al., 2015; Lee et al., 2021). Vielmehr zählt auch dort ein selektives Wettbewerbsumfeld auf dem eigenen Markt zu den wesentlichen Erfolgsfaktoren (Beispiel Elektromobilität in China)¹⁶⁾.

6.2 Kompass für Wettbewerbsfähigkeit

Die Berichte von Letta und Draghi hatten erheblichen Einfluss auf die Prioritätensetzung der Europäischen Kommission. Diese stellte im Jänner 2025 den **Kompass für Wettbewerbsfähigkeit** als **Fünfjahresrahmen** für ihre Aktivitäten vor und schrieb die Wettbewerbsfähigkeit als übergeordnetes Handlungsprinzip der EU fest¹⁷⁾. Es werden zwar weiterhin auch die soziale und ökologische Dimension der Wettbewerbsfähigkeit berücksichtigt, doch stehen wirtschaftliche Aspekte klar im Vordergrund.

Der Kompass basiert unmittelbar auf dem Draghi-Report und identifiziert drei "transformative Imperative" für die EU. Der erste Imperativ ist das Schließen der Innovationslücke gegenüber den USA und China sowie des damit verbundenen Rückstands im Produktivitätswachstum. Gelingen soll das durch die Beseitigung struktureller Barrieren und eine Dynamisierung der Wirtschaft. Der zweite Imperativ ist ein Fahrplan für Dekarbonisierung und Wettbewerbsfähigkeit, die nicht als konkurrierende, sondern als integrierte Ziele verstanden und gemeinsam verfolgt werden sollen. Der dritte Imperativ betont das Ziel der **Offenen Strategischen Autonomie** zur Verringerung bestehender Abhängigkeiten sowie der Erhöhung der Sicherheit.

Der EU-Kompass für Wettbewerbsfähigkeit baut auf dem Draghi-Bericht auf und entwirft einen Fünfjahresrahmen für die europäische Politik.

Zur Unterstützung dieser drei Säulen definiert der Kompass fünf horizontale Erfolgsfaktoren, welche die Wettbewerbsfähigkeit über alle Sektoren hinweg stärken sollen. Dazu zählen erstens die Verringerung der administrativen Belastung von Unternehmen und zweitens die Vollendung des Binnenmarktes, insbesondere der von Letta und Draghi eingeforderten Kapitalmarktunion. Damit eng verbunden ist drittens die Finanzierung der umfangreichen Investitionsvorhaben durch eine geplante "Union für Sparen und Investitionen" sowie einen reformierten EU-Haushalt mit einem neuen Fonds für Wettbewerbsfähigkeit. Der für das Schließen der Innovations- und Wachstumslücke besonders wichtige Bereich der Venture-Finanzierung wird in

¹³⁾ https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=OJ:L_202401252.

¹⁴⁾ https://commission.europa.eu/topics/energy/repowereu_de.

¹⁵⁾ Janger (2025) bietet eine rezente Diskussion des Draghi-Berichtes.

¹⁶⁾ Zum Verhältnis von Industriepolitik und Wettbewerb existiert bereits eine umfangreiche ökonomische Lite-

ratur. Aktuelle Beispiele sind die Arbeiten von Tirole (2024), Duso und Peitz (2025), Hottenrott et al. (2025) sowie Schnitzer und Weber (2025).

¹⁷⁾ Siehe Europäische Kommission (2025a) sowie Felbermayr und Pekanov (2025), Pekanov (2025) bzw. Vogel (2025) für eine zusammenfassende Diskussion.

der ebenfalls 2025 vorgestellten "EU-Startup- und Scale-up-Strategy" behandelt¹⁸⁾. Die vierte horizontale Aktivitätsleiste adressiert die Qualifikation von Arbeitskräften, Beschäftigung sowie soziale Fairness. Fünftens wurde zur Verbesserung der europäischen Governance ein neues "Koordinierungsinstrument für Wettbewerbsfähigkeit" angekündigt. Es soll die Abstimmung der Wettbewerbsstrategien innerhalb der EU und zwischen den Mitgliedsländern verbessern.

Ein wichtiges Instrument zur Umsetzung des Kompass sind die **"Omnibus"-Pakete** zur Vereinfachung und Entbürokratisierung des EU-Regelwerks. Dabei fasst die Europäische Kommission mehrere Rechtsvorschriften aus verschiedenen Politikbereichen in gebündelten Reformpaketen zusammen, anstatt viele kleine Einzeländerungen separat zu beschließen¹⁹⁾. Ein Schwerpunkt liegt auf der Harmonisierung von Berichtspflichten. Unternehmen sollen nicht mehr für jede Regulierung getrennt Daten sammeln und Berichte erstellen müssen. Stattdessen wird eine einheitliche Struktur angestrebt, welche die Anforderungen verschiedener Richtlinien integriert. Das erste, im Februar 2025 veröffentlichte Omnibus-Paket konzentriert sich auf die Vereinfachung der Nachhaltigkeitsberichterstattung und der Sorgfaltspflichten in den Lieferketten²⁰⁾. Ein zweites Paket befasst sich mit der Vereinfachung von EU-Investitionsprogrammen (InvestEU), ein drittes Paket mit der Gemeinsamen Agrarpolitik. Weitere Omnibus-Pakete sind in Vorbereitung.

Ebenfalls im Februar 2025 vorgestellt wurde der **Clean Industrial Deal**, der Dekarbonisierung und Wettbewerbsfähigkeit als integrierte Komponenten einer einzigen Wachstumsstrategie behandelt und sechs Schwerpunkte benennt: einen Plan für bezahlbare Energie, die Finanzierung der Transformation, Kreislaufwirtschaft, internationale Partner-

7. Fazit und Ausblick

Die europäische Industriepolitik blickt auf eine **wechselvolle Geschichte** zurück, die zuletzt vor allem von Krisen und teils dramatischen Veränderungen der äußeren Rahmenbedingungen bestimmt wird. Zum steigenden Wettbewerbsdruck aus China und anderen Schwellenländern kommen wachsende technologische Lücken und damit verbunden wirtschaftliche und sicherheitspolitische Abhängigkeiten von den USA in Schlüsselbereichen wie Digitalisierung, KI oder Verteidigung. Angesichts der Krise der regelbasierten internationalen Ordnung sowie einer zunehmend enthemmten Geo-

schaften, Leitmärkte für grüne Technologien und den Bedarf an Fachkräften. Der Deal umfasst eine Reihe weiterer Maßnahmen. So wurde im Juni 2025 das neue "Clean Industry State Aid Framework" (CISAF) verabschiedet, das den Mitgliedsländern ein Instrumentarium an die Hand gibt, um strategische Industriezweige in den Bereichen erneuerbare Energien, Dekarbonisierung und saubere Technologien zu unterstützen. Als Finanzierungsvehikel angekündigt wurde die "Industrial Decarbonisation Bank" mit einem Volumen von 100 Mrd. €. Zudem soll der geplante "Industrial Decarbonisation Accelerator Act" Genehmigungsverfahren für Dekarbonisierungsprojekte vereinfachen und die Kriterien für die öffentliche Beschaffung harmonisieren²¹⁾.

Parallel zum "Clean Industrial Deal" verabschiedete die Europäische Kommission eine Reihe sektorspezifischer Aktionspläne, die zum Teil frühere Pläne ersetzen oder aktualisieren. Sie betreffen etwa die Stahlindustrie, den Automobilsektor, die chemische Industrie, Biotechnologie, Raumfahrt, Künstliche Intelligenz oder die Quantentechnologie. Aufgrund der aktuellen geopolitischen Umbrüche ist aber vor allem die militärische Sicherheit in den Fokus der EU-Industriepolitik gerückt. Mit der im Oktober 2025 präsentierten **European Defense Readiness Roadmap 2030** sollen unter dem Leitprinzip "Buy more, buy together, buy European" kritische Lücken in der Verteidigungsfähigkeit der EU geschlossen und die europäische Rüstungsindustrie gestärkt werden. Damit verbunden ist ein EU-weiter Rüstungsindustrialisierungsplan, der Künstliche Intelligenz, Drohnen, Raumfahrtssysteme und die Munitionsproduktion priorisiert. Zudem sieht er etwa militärische Mobilitätszonen analog zum Schengen-Raum vor, um Truppenbewegungen zu beschleunigen²²⁾.

politik treten ökonomische Grundsatzfragen über die Sinnhaftigkeit industrie politischer Eingriffe in den Hintergrund. Das Gleiche gilt für überzogene, symbolbeladene politische Zielsetzungen, die falsche Erwartungen wecken und den Blick auf dringlichere Herausforderungen verstellen.

Nach Jahrzehnten der Selbstfindung mit wechselnder Intensität und Ausrichtung hat die EU mit dem Konzept einer integrierten Industriepolitik, welche die horizontale Standortpolitik mit ausgewählten strategischen Schwerpunkten verbindet, die

¹⁸⁾ https://research-and-innovation.ec.europa.eu/strategy/strategy-research-and-innovation/jobs-and-economy/eu-startup-and-scaleup-strategy_en

¹⁹⁾ Die Bezeichnung "Omnibus" stammt aus dem Lateinischen und bedeutet "für alle".

²⁰⁾ Siehe z. B. Felbermayr et al. (2025).

²¹⁾ <https://www.europarl.europa.eu/legislative-train-carriage/industrial-decarbonisation-accelerator-act/report?sid=9101>

²²⁾ https://defence-industry-space.ec.europa.eu/document/download/513de692-d08c-40cc-80c3-cb6611ace178_en?filename=EU-Defence-Industry-Transformation-Roadmap.pdf

Weichen für eine **Konsolidierung** ihrer Industriepolitik gestellt. Seither wird mit zahlreichen neuen Instrumenten (z. B. Schlüsseltechnologien, IPCEI, Investitionskontrolle oder CBAM) versucht, die strategischen Handlungsmöglichkeiten beständig zu erweitern. Dieses Vorhaben stößt auf die bekannten Hindernisse: die fehlende Einigkeit und Koordination zwischen den Mitgliedsländern sowie die schwierige Governance gemeinsamer Projekte, die aus der Komplexität der EU-Institutionen folgen. Paradoxe Weise erweist sich ausgerechnet der zunehmende äußere Druck als das wirksamste Mittel, um diese Hürden zu überwinden.

Denn auf dem Spiel steht nicht weniger als die technologische, wirtschaftliche und sicherheitspolitische **Souveränität der EU²³⁾**, die zunehmend in den Fokus der Politik rückt. So ist etwa die Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit der EU zu einem zentralen Transformationsziel aufgestiegen, während ambitionierte ökologische und soziale Vorhaben, deren Nutzen vor allem auf globaler Ebene spürbar wäre, teilweise abgeschwächt und entschärft wurden (z. B. Klimapolitik, Lieferkettengesetz). Die Schwerpunktverschiebung ist aufgrund der Dringlichkeit der aktuellen Herausforderungen verständlich. Sie

birgt aber auch die Gefahr, dass langfristige Transformationsziele dauerhaft durch kurzfristige Herausforderungen verdrängt werden.

Abseits der Schwerpunkte auf EU-Ebene muss **Österreich** eine Vielzahl eigener standortpolitischer Hausaufgaben lösen²⁴⁾. Besonders dringlich sind u. a. die Budgetkonsolidierung, die nachhaltige Eindämmung der Inflation, die Deckung des Fachkräftebedarfs, die vermehrte Bereitstellung von Wagniskapital oder die Senkung der Bürokratiekosten. Eine strategische Industriepolitik als Antwort auf die großen geoökonomischen Herausforderungen erfordert jedoch europäische Lösungen. Die Nationalstaaten müssen ihre Industriepolitik darauf abstimmen, diese Lösungen mittragen (z. B. Freihandelsabkommen) und innerhalb der Schwerpunkte der EU ihre spezifischen Stärken und Chancen für eine eigenständige Entwicklung nützen. Eine wesentliche Herausforderung für die nationale Industriepolitik wird daher darin bestehen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen dabei zu unterstützen, sich innerhalb der großen europäischen Schwerpunkte und der sich daran orientierenden neuen Netzwerke in attraktiven Nischen zu positionieren und diese gemeinsam weiterzuentwickeln.

In einem wechselvollen Prozess der Selbstfindung versucht die EU, ihre strategischen Handlungsoptionen in der Industriepolitik mit neuen Instrumenten zu erweitern.

8. Literaturhinweise

- Aghion, P., Cai, J., Dewatripont, M., Du, L., Harrison, A., & Legros, P. (2015). Industrial Policy and Competition. *American Economic Journal: Macroeconomics*, 7(4), 1-32.
- Aigner, K., & Rodrik, D. (2020). Rebirth of Industrial Policy and an Agenda for the Twenty-First Century. *Journal of Industry, Competition and Trade*, 20(2), 189-207.
- Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen (2025). *Industriepolitik in der Transformation*. <https://www.sozialpartner.at/wp-content/uploads/2025/06/Zur-Lanafassuna.pdf>.
- Dachs, B. (2023). The European Chips Act. *FIW Policy Brief*, (58). <https://www.fiw.ac.at/publications/fiw-policy-brief-no-58-the-european-chips-act/>.
- Draghi, M. (2024). The future of European competitiveness. *Europäische Kommission*. https://commission.europa.eu/document/download/97e481fd-2dc3-412d-be4c-f152a8232961_en.
- Duso, T., & Peitz, M. (2025). Wettbewerbspolitik und Industriepolitik unter einem Hut. *Perspektiven der Wirtschaftspolitik*, 26(3), 323-343. <https://ideas.repec.org/a/bpj/pewipo/v26y2025i3p323-343n1001.html>.
- Edler, J., Blind, K., Frietsch, R., Kimpeler, S., Kroll, H., Lerch, C., Reiss, T., Roth, F., Schubert, T., Schuler, J., & Walz, R. (2020). *Technologiesouveränität. Von der Forderung zum Konzept*. Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung ISI.
- Europäische Kommission (2005). Umsetzung des Lissabon-Programms der Gemeinschaft: Ein politischer Rahmen zur Stärkung des verarbeitenden Gewerbes in der EU – Auf dem Weg zu einem stärker integrierten Konzept für die Industriepolitik. KOM(2005) 474. <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52005DC0474>.
- Europäische Kommission (2009). Vorbereitung für unsere Zukunft: Entwicklung einer gemeinsamen EU-Strategie für Schlüsseltechnologien. KOM(2009) 512. <https://eur-lex.europa.eu/DE/legal-content/summary/european-strategy-for-the-development-of-key-enabling-technologies.html>.
- Europäische Kommission (2010). Europa 2020. Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum. KOM(2010) 2020. <https://ec.europa.eu/eu2020/pdf/COMPLET%20%20DE%20SG-2010-80021-06-00-DE-TRA-00.pdf>.
- Europäische Kommission (2012a). Eine stärkere europäische Industrie bringt Wachstum und wirtschaftliche Erholung. Aktualisierung der Mitteilung zur Industriepolitik. KOM(2012) 582. <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52012DC0582>.

²³⁾ Siehe z. B. Edler et al. (2020) oder Reiner und Stöllinger (2025).

²⁴⁾ Siehe z. B. Peneder et al. (2025), Produktivitätsrat (2025), die Ergebnisse der WIFO-Industriebefragung in

Hölzl et al. (2025) oder aktuelle Positionspapiere des Beirats für Wirtschafts- und Sozialfragen (2025) sowie der Vereinigung der Österreichischen Industrie (2025).

Europäische Kommission (2012b). Eine europäische Strategie für Schlüsseltechnologien – Eine Brück zu Wachstum und Beschäftigung. COM(2012) 0341 final. <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/ALL/?uri=CELEX-52012DC0341>.

Europäische Kommission (2017). Offenheit für ausländische Direktinvestitionen bei gleichzeitigem Schutz grundlegender Unionsinteressen. COM(2017) 494 final. <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:52017DC0494>.

Europäische Kommission (2020). Eine neue Industriestrategie für Europa. COM(2020) 102 final. <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/ALL/?uri=CELEX:52020DC0102>.

Europäische Kommission (2021). Aktualisierung der neuen Industriestrategie von 2020: einen stärkeren Binnenmarkt für die Erholung Europas aufzubauen. KOM(2021) 350. <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52021DC0350>.

Europäische Kommission (2025a). A Competitiveness Compass for the EU. COM(2025) 30. https://commission.europa.eu/document/download/10017eb1-4722-4333-add2-e0ed18105a34_en?filename=Communication_1.pdf&prefLang=de.

Europäische Kommission (2025b). Der Deal für eine saubere Industrie: Ein gemeinsamer Fahrplan für Wettbewerbsfähigkeit und Dekarbonisierung. KOM(2025) 85. <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52025DC0085>.

Fadinger, H., & Steinwender, C. (2025). Industriepolitik im Umbruch: Neue Herausforderungen und Perspektiven für Europa und Deutschland (Editorial). *Perspektiven der Wirtschaftspolitik*, 26(3), 253-254.

Felbermayr, G. (2023). Industriepolitik nach der geopolitischen Zeitenwende. *WIFO-Monatsberichte*, 96(1), 3-14. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/29857750>.

Felbermayr, G., Friesenbichler, K., Gerschberger, M., Meyer, B., & Klimek, P. (2025). EU Supply Chain Regulations Between Efficiency and Effectiveness. *Intereconomics*, 60(3), 165-169.

Felbermayr, G., & Pekanov, A. (2025). The European Commission Competitiveness Compass – a Roadmap for Europe. *WIFO Research Briefs*, (2). <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/56869099>.

Hofmann, K., Janger, J., & Unterlass, F. (2025). Wettbewerbsfähigkeit in Forschung, Technologie und Innovation. Stärken-Schwächen-Profil bei Schlüsseltechnologien. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/57838583>.

Hölzl, W., Friesenbichler, K., Kügler, A., & Meyer, B. (2025). Herausforderungen und Determinanten der Wettbewerbsfähigkeit in Zeiten globaler Unsicherheit. Ergebnisse der WIFO-Industriebefragung 2025. *WIFO-Monatsberichte*, 98(7), 373-382. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/61122737>.

Hottenrott, H., Inderst, R., Janeba, E., Schmidt, K., Wambach, A., & Zulehner, C. (2025). Industriepolitik in Europa. *Perspektiven der Wirtschaftspolitik*, 26(3), 272-289.

Landesmann, M. (2025). EU Industrial Policy in the Evolving Geo-political and Geo-economic environment. *wiwi Policy Notes and Reports*, (96).

Lee, K., Qu, D., & Mao, Z. (2021). Global value chains, industrial policy, and industrial upgrading: automotive sectors in Malaysia, Thailand, and China in comparison with Korea. *European Journal of Development Research*, 33, 275-303.

Letta, E. (2024). Much More Than a Market. Speed, Security, Solidarity. Empowering the Single Market to Deliver a Sustainable Future and Prosperity for All EU Citizens. Europäische Union. https://european-research-area.ec.europa.eu/sites/default/files/documents/2024-05/LETTA_Report - Much more than a market_April 2024.pdf.

Janger, J. (2025). Mehr Wettbewerbsfähigkeit und eine neue Industriestrategie für Europa: Umsetzung des Draghi-Berichts. *ÖGfE Policy Brief*, (07 2025). <https://www.oegfe.at/policy-briefs/mehr-wettbewerbsfaehigkeit-und-eine-neue-industriestrategie-fuer-europa-umsetzung-des-draghi-berichts>.

Pekanov, A. (2025). Europäische Wirtschaftspolitik 2024. Zwischen externen Schocks, strukturellen Problemen und der Notwendigkeit eines Produktivitätsschubs. *WIFO-Monatsberichte*, 98(3), 123-135. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/57774652>.

Peneder, M. (2014). Warum die Neue Industriepolitik die Deindustrialisierung beschleunigen wird. *FIW Policy Brief*, (23). https://www.fiw.ac.at/wp-content/uploads/2023/02/23_FIW_PolicyBrief_Peneder.pdf.

Peneder, M. (2017). Competitiveness and Industrial Policy: From Rationalities of Failure Towards the Ability to Evolve. *Cambridge Journal of Economics*, 41, 829-858.

Peneder, M. (2026). Evolution of European industrial policy: past, present and perspective. In Farkas, B. (Hrsg.), *The Industrial Policy of the European Union in the Era of Global Conflict – From Green Transition to Rearmament*. Springer Nature (erscheint demnächst).

Peneder, M., Bitschi, B., Burton, A., Köppl, A., & Url, T. (2025). *Wirtschaftsstandort Österreich: Wettbewerbsfähigkeit und nachhaltige Entwicklung*. Springer-Gabler.

Peneder, M., & Streicher, G. (2018). De-industrialization and Comparative Advantage in the Global Value Chain. *Economic Systems Research*, 30(1), 85-104.

Polt, W. (2025). The EU's Industrial Policy Needs Better Governance. In Raza, W., Schlager, C., Skyrman, V., & Soder, M. (Hrsg.), *Industrial Policy in the European Union*. ÖFSE & Social Europe.

Polt, W., Linshalm, E., & Peneder, M. (2021a). *Important Projects of Common European Interest (IPCEI) im Kontext der österreichischen Industrie-, Technologie- und Innovationspolitik*. Joanneum Research, WIFO, eutema.

Polt, W., Peneder, M., & Prem, E. (2021b). *Neue europäische Industrie-, Innovations- und Technologiepolitik (NIIT). Eine Diskussion zentraler Aspekte mit Blick auf Österreich*. Joanneum Research, WIFO, eutema. https://www.rat-fte.at/files/rat-fte-pdf/publikationen/2021/2106_Endbericht%20NIIT.pdf.

Produktivitätsrat (2025). *Produktivitätsbericht 2025: Strukturwandel als Chance für Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung*. <https://www.produktivitaetsrat.at/publikationen/prod-jahresberichte.html>.

Raza, W., Schlager, C., Skyrman, V., & Soder, M. (2025). Industrial Policy in the European Union. Towards a Progressive Agenda. ÖFSE & Social Europe.

Reiner, C., & Stöllinger, R. (2025). Europe's Quest for Technological Sovereignty: a Feasible Path Amidst Global Rivalries. In Raza, W., Schlager, C., Skyrman, V., & Soder, M. (Hrsg.), *Industrial Policy in the European Union*. ÖFSE & Social Europe.

Republik Österreich (2026). *Industriestrategie Österreich 2035. Für einen wettbewerbsfähigen Industriestandort und wirtschaftliche Resilienz*. Bundesministerium für Wirtschaft, Energie und Tourismus. <https://www.bmwi.gv.at/Themen/Industriestrategie.html>.

Schnitzer, M., & Weber, E. (2025). Pro-kompetitive Industriepolitik für eine erfolgreiche Transformation der Wirtschaft. *Perspektiven der Wirtschaftspolitik*, 26(3), 255-271. <https://ideas.repec.org/a/bpi/pewipo/v26y2025i3p255-271n1004.html>.

Tirole, J. (2024). Competition and Industrial Policy in the 21st Century. *Oxford Open Economics*, 3, i983-i1001. <https://doi.org/10.1093/ooec/odad080>.

Vereinigung der Österreichischen Industrie (2025). Gesammelte Industriestrategien 2020 – 2024. <https://www.iv.at/news/detail/industriestrategie-gesamt/>.

Vogel, L. (2025). Wettbewerbsfähigkeit – die EU-Agenda. *Wirtschaftspolitische Blätter*, (2/2025), 76-85.

Wanzenböck, I., & Weber, M. (2024). Mission-oriented innovation policy and industrial policy. Key developments, new narratives and policy perspectives. *Austrian Mission Facility Policy Paper*, (2/2024). Austrian Institute of Technology GmbH. https://www.ffa.at/sites/default/files/2025-07/Policy_Paper_MF_MOIP_and_Industrial_Policy_250228final.pdf.

Zur Wettbewerbssituation in der globalen Eisenbahnindustrie

Herausforderung der chinesischen Industriepolitik und Handlungsoptionen für Österreich und Europa

Michael Böheim, Werner Hözl



WIFO ■

Zur Wettbewerbssituation in der globalen Eisenbahnindustrie

Herausforderung der chinesischen Industriepolitik und Handlungsoptionen für Österreich und Europa

Michael Böheim, Werner Hözl

Wissenschaftliche Assistenz: Anna Strauss-Kollin

Jänner 2026
Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Die europäische und österreichische Schienenfahrzeugindustrie kommt durch chinesische Konkurrenz zunehmend unter Druck. Diese Schnelleinschätzung gibt einen Überblick über die globale Wettbewerbssituation in der Schienenfahrzeugindustrie unter spezifischer Berücksichtigung der chinesischen Industriepolitik und staatlichen Beihilfen, sowie einen kurzen Überblick über zur Verfügung stehende wirtschaftspolitische Instrumente.

Im Auftrag des Bundesministeriums für Innovation, Mobilität und Infrastruktur • Jänner 2026 • 19 Seiten •
Kostenloser Download: <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/65098053>

Europäisches Bauwesen vor moderatem Aufschwung

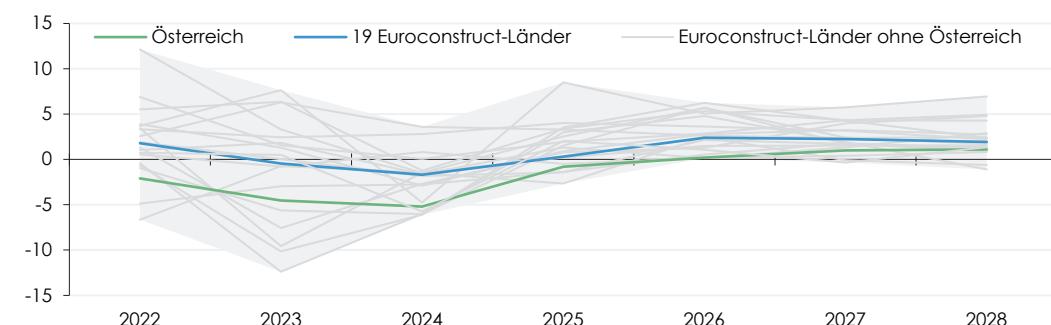
Euroconstruct-Prognose bis 2028

Michael Klien, Michael Weingärtler

- Die europäische Bauwirtschaft durchlief zuletzt eine ausgeprägte Schwäche phase. Nach zwei Jahren des Rückgangs stagnierte das Bauvolumen im Jahr 2025 nahezu (+0,3%).
- Verantwortlich für die Schwäche zeichnete primär der Hochbau, allen voran der Wohnbau. Die Fertigstellungen sanken 2025 auf 1,4 Mio. Einheiten – den niedrigsten Wert seit 2015. Für den Zeitraum 2026/2028 prognostiziert Euroconstruct jedoch eine deutliche Ausweitung des Wohnungsneubauvolumens um rund 4% jährlich.
- Der Tiefbau erweist sich bis 2028 als verlässlicher Wachstumstreiber (+2,4% p. a.). Als zentrale Impulsgeber fungieren Investitionen in die Energie- und Schieneninfrastruktur.
- Im Bauwesen insgesamt erwartet Euroconstruct für 2026 einen entsprechend kräftigen Aufschwung um 2,4%, der sich in den Folgejahren leicht abgeschwächt fortsetzen dürfte.
- Für Österreich ist der Ausblick deutlich trüber. Nach den Einbußen der Vorjahre (2024 –5,2%, 2025 –0,8%) zeichnet sich 2026 nur eine zaghafte Erholung ab (+0,2%). Danach dürfte sich das Wachstum bei rund 1% p. a. stabilisieren.
- Fiskalische Konsolidierungsmaßnahmen belasten insbesondere den heimischen Tiefbau und verzögern die Trendumkehr, während sich im Hochbau, insbesondere im Wohnbau, erste Stabilisierungstendenzen abzeichnen.

Entwicklung des realen Bauvolumens in Österreich im europäischen Vergleich

Veränderung gegen das Vorjahr in %



"Nach Jahren rückläufiger bzw. stagnierender Bautätigkeit erwartet Euroconstruct eine Trendwende. Ab 2026 dürfte das europäische Bauwesen auch real wieder kräftig expandieren."

Die österreichische Bauwirtschaft weist im europäischen Vergleich eine deutlich ungünstigere Entwicklung auf. Während den meisten Euroconstruct-Ländern bereits 2025 eine Trendwende gelang, verzeichnete Österreich noch reale Rückgänge. Für 2026 wird lediglich ein marginales Wachstum erwartet, die Prognose ist jedoch mit erheblichen Unsicherheiten behaftet. Auch mittelfristig bis 2028 dürfte die Expansion kaum die 1%-Schwelle überschreiten (Q: Euroconstruct, 2025a. Ab 2025: Prognose).

Europäisches Bauwesen vor moderatem Aufschwung

Euroconstruct-Prognose bis 2028

Michael Klien, Michael Weingärtler

Europäisches Bauwesen vor moderatem Aufschwung.

Euroconstruct-Prognose bis 2028

Die europäische Bauwirtschaft durchlief 2024 (−1,7%) und 2025 (+0,3%) eine Schwächephase. Hohe Zinsen, die lebhafte Inflation und gestiegene Baukosten belasteten insbesondere den Wohnbau. Für 2026 erwartet das Euroconstruct-Netzwerk eine Erholung (+2,4%), die sich 2027 und 2028 fortsetzen dürfte. Der Tiefbau bleibt der wachstumsstärkste Sektor, getrieben von Investitionen in Energieinfrastruktur und Schienenverkehr. In Österreich zeigt sich ein ähnliches, jedoch verzögertes Muster: Die realen Bauinvestitionen schrumpften 2024 um 5,2% und 2025 um 0,8%. Für 2026 wird mit +0,2% erst eine Seitwärtsbewegung erwartet (2027/28 +1% p. a.). Die fiskalischen Konsolidierungsmaßnahmen belasten den Tiefbau ab 2026 zunehmend. Im Wohnbau zeichnet sich hingegen eine Stabilisierung ab (+0,5% nach −1,6% 2025).

JEL-Codes: E23, L74, R21, R31 • **Keywords:** Bauwesen, Wohnbau, Infrastruktur, Prognose

Dem Euroconstruct-Netzwerk gehören Bau- und Konjunkturforschungsinstitute aus 19 europäischen Ländern an, darunter auch das WIFO. Zweimal jährlich werden im Rahmen einer Konferenz Analysen und Prognosen zur Baukonjunktur und zur Entwicklung in den einzelnen Sparten (Wohnbau, sonstiger Hochbau, Tiefbau) präsentiert. Die 19 Euroconstruct-Länder umfassen Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Schweden, Schweiz, Slowakei, Spanien, Tschechien, Ungarn und das Vereinigte Königreich. Der vorliegende Beitrag fasst die Ergebnisse der 100. Euroconstruct-Konferenz vom November 2025 über die Entwicklung der europäischen Baukonjunktur zusammen. Folgende Publikationen stehen dazu auf der WIFO-Website zur Verfügung: 100th Euroconstruct Conference: European Construction Market Outlook until 2028 – European Construction Sector Set for Gradual Recovery after a Two-year Decline. Summary Report (November 2025, 188 Seiten, 1.485 €, <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/65062762>), Country Reports (November 2025, 464 Seiten, 1.550 €, <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/65062720>); Michael Klien, Michael Weingärtler, 100th Euroconstruct Conference: European Construction Market Outlook until 2028 – Austrian Construction Market Development. Country Report Austria (November 2025, 37 Seiten, 310 €, <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/65062654>).

Begutachtung: Gerhard Streicher • Abgeschlossen am 13. 2. 2026

Kontakt: Michael Klien (michael.klien@wifo.ac.at), Michael Weingärtler (michael.weingaertler@wifo.ac.at)

1. Rückblick: Leichte Konjunkturbelebung in Europa, Stabilisierung im Bauwesen

2025 blieb das Wirtschaftswachstum in Europa trotz leichter Belebung verhalten.

Die Konjunktur in Europa blieb nach 2024 auch 2025 schwach. Laut den aktuellen Prognosen (Euroconstruct, 2025a, 2025b), die im Rahmen der 100. Euroconstruct-Konferenz im November 2025 erstmals der Fachöffentlichkeit vorgestellt wurden, betrug das durchschnittliche reale BIP-Wachstum in den 19 Euroconstruct-Ländern im Jahr 2024 1,0%. 2025 lag es mit 1,3% nur etwas darüber. Während die Unsicherheit infolge geopolitischer Spannungen und neuer handelspolitischer Risiken zunahm, wirkte sich die

anhaltende Verlangsamung der Inflation, die insbesondere auf die Stabilisierung der Energiepreise zurückging, positiv auf die Konjunktur aus. Auch das Erstarken des privaten Konsums und ein relativ stabiler Arbeitsmarkt wirkten stützend.

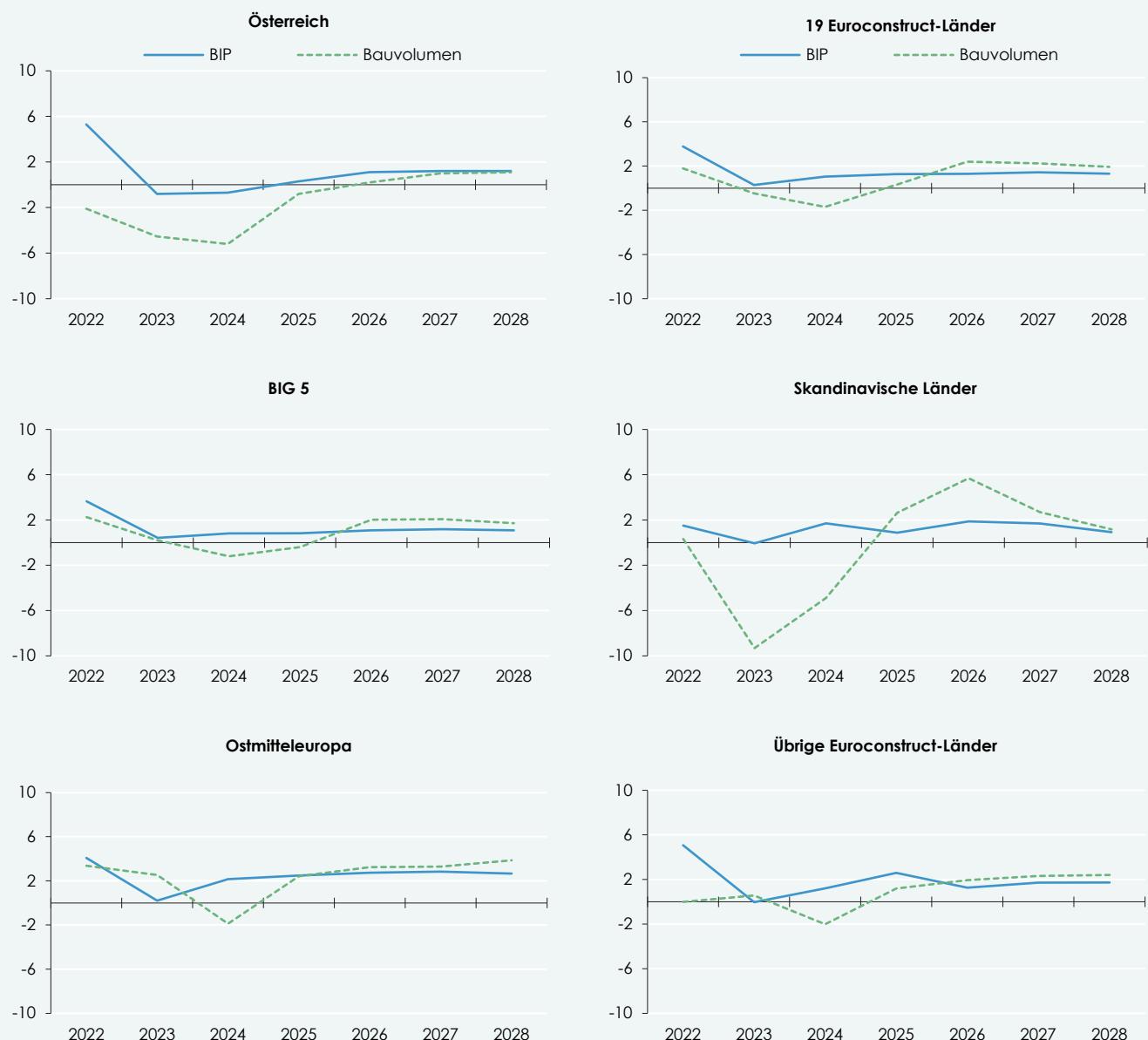
Nach Ländern verlief die Wirtschaftsentwicklung im Jahr 2025 deutlich heterogener als im Vorjahr. Der Abstand in den BIP-Wachstumsraten der 19 Euroconstruct-Länder, der 2024 etwa 4,2 Prozentpunkte betragen

hatte, weitete sich auf über 10 Prozentpunkte aus. Geschuldet war dies hauptsächlich dem außergewöhnlichen BIP-Zuwachs in Irland (+10,8%), der seinerseits auf stark gestiegene Exporte u. a. der pharmazeutischen Industrie in die USA zurückzuführen war. An zweiter Stelle unter den west-europäischen Ländern folgte Spanien mit +2,9%. Sein solides Wirtschaftswachstum wurde vor allem durch den zugkräftigen Dienstleistungssektor ermöglicht, insbesondere durch die anhaltende Expansion im

Tourismus. Österreich (+0,3%) und Deutschland (+0,0%), das von allen 19 Euroconstruct-Ländern am schwächsten expandierte, litten hingegen aufgrund ihrer Wirtschaftsstruktur deutlicher als andere Länder unter der Industrieschwäche. Deutschland ringt zudem mit dem Nachfragerückgang aus China, das vormals importierte Vorleistungs- und Investitionsgüter für den Maschinen- und Anlagenbau zunehmend selbst herstellt.

Abbildung 1: **Reale Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes und des Bauvolumens**

Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: Euroconstruct (2025a). Ab 2025: Prognose. BIG 5: Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien, Vereinigtes Königreich. Skandinavische Länder: Dänemark, Finnland, Norwegen, Schweden. Ostmitteleuropa: Tschechien, Ungarn, Polen, Slowakei. Übrige Euroconstruct-Länder: Belgien, Irland, Niederlande, Österreich, Portugal, Schweiz.

Unterteilt man die 19 Länder des Netzwerkes in vier Gruppen, so werden die Unterschiede im Wachstumstempo gut sichtbar (Abbil-

dung 1): In den vier skandinavischen Ländern (Dänemark, Finnland, Norwegen, Schweden) lag der durchschnittliche BIP-

Die europäische Bauwirtschaft stabilisierte sich im Jahr 2025.

Zuwachs im Jahr 2025 bei 0,9%. Ähnlich moderat war er in den großen europäischen Volkswirtschaften, den sogenannten BIG 5 (Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien, Vereinigtes Königreich) mit +0,8% gegenüber dem Vorjahr.

In der Gruppe der "übrigen Euroconstruct-Länder", der neben Belgien, Irland, den Niederlanden, Portugal und der Schweiz auch Österreich angehört, wuchs die Wirtschaftsleistung 2025 um 2,6%, wobei das außergewöhnliche Wachstum Irlands den Durchschnitt verzerrte. Ohne Irland wäre das Wachstum in dieser Gruppe mit rund 1,2% nicht einmal halb so hoch gewesen.

Die ostmitteleuropäischen Länder (Tschechien, Ungarn, Polen, Slowakei) verzeichneten 2025 mit 2,5% einen deutlich kräftigeren Aufschwung als der Durchschnitt der 19 Euroconstruct-Länder (+1,3%). Im Vergleich zu den großen Industrieländern bieten sie u. a. wettbewerbsfähige Arbeitskosten, die Unternehmen zur Verlagerung von Produktionsstätten anreizen. Dementsprechend profitierte Ostmitteleuropa von ausländischen Investitionen. Parallel legte der private Konsum in der Region zu. Einen wichtigen Beitrag zum BIP-Wachstum in Ostmitteleuropa leisteten auch die EU-Mittel für den Ausbau der Infrastruktur, die im Rahmen des Mehrjährigen Finanzrahmens und verschiedener Kohäsionsprogramme bereitgestellt wurden.

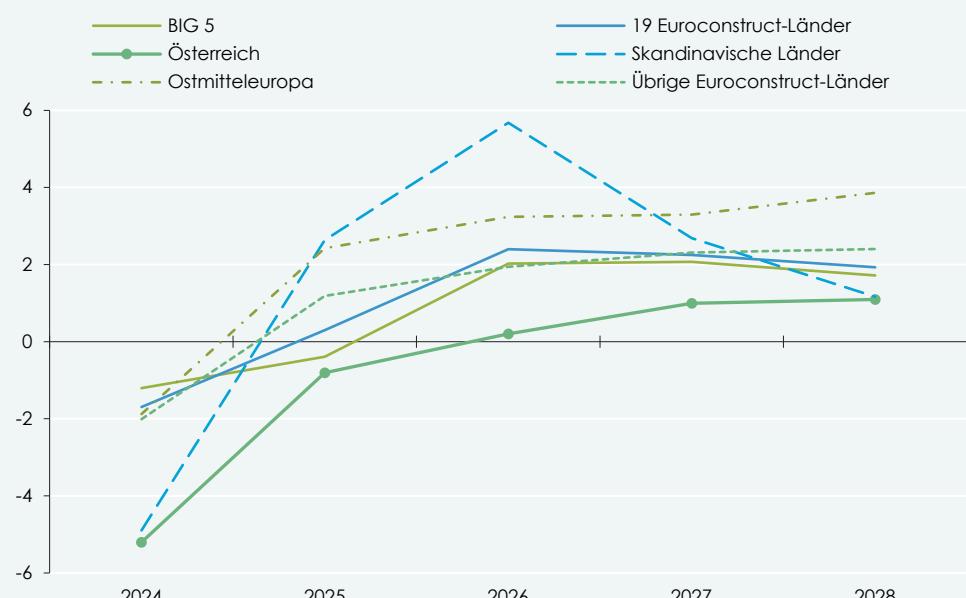
Die europäische Bauwirtschaft zeigte 2025 erste Anzeichen einer Stabilisierung. Die

reale Bauproduktion in den 19 Euroconstruct-Ländern stieg gegenüber dem Vorjahr leicht um 0,3%. Nach Rückgängen von 0,5% und 1,7% in den Jahren 2023 und 2024 markiert 2025 damit einen Wendepunkt. In den meisten Ländern des Netzwerkes entwickelte sich die Bauwirtschaft jedoch weiterhin schwächer als die Gesamtwirtschaft. Insgesamt betrug das Bauvolumen in den 19 Ländern rund 2.280 Mrd. €.

Die europäische Bauwirtschaft war 2025 mit anhaltenden Herausforderungen konfrontiert: hohe Zinsen und ein moderater, aber persistenter Inflationsdruck belasteten insbesondere den Hochbau. Der Wohnungsneubau blieb das am stärksten betroffene Segment, wenngleich er die Tiefpunkte der Vorjahre überwand. Der sonstige Hochbau zeigte sich stabiler. Wesentliche Stütze des europäischen Bauwesens war einmal mehr der Tiefbau, der von der Energiewende sowie öffentlichen Investitionen in die Infrastruktur profitierte. Ein Mehrbedarf an neuer Infrastruktur folgte auch aus der demografischen Entwicklung, einerseits durch Zuwanderung (u. a. in Deutschland, Österreich, der Schweiz und Irland), andererseits durch die Bevölkerungskonzentration in den Metropolen. Nach vorläufiger Schätzung belief sich das Tiefbauvolumen in den 19 Euroconstruct-Ländern 2025 auf rund 513 Mrd. €. Mit einem Anteil von etwa 22% am Bauvolumen insgesamt konnte es die Schwäche im Hochbau teilweise kompensieren.

Abbildung 2: Regionale Entwicklung des realen Bauvolumens

Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: Euroconstruct (2025a). Ab 2025: Prognose. BIG 5: Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien, Vereinigtes Königreich. Skandinavische Länder: Dänemark, Finnland, Norwegen, Schweden. Ostmitteleuropa: Tschechien, Ungarn, Polen, Slowakei. Übrige Euroconstruct-Länder: Belgien, Irland, Niederlande, Österreich, Portugal, Schweiz.

Im Gegensatz zu den Vorjahren war 2025 das Bauvolumen in den meisten Euroconstruct-Ländern stabil oder leicht expansiv. Die regionale Streuung war jedoch beträchtlich: Während einzelne Märkte wie Irland, Spanien und Portugal weiter kräftig wuchsen, verzeichneten andere Länder neuerlich Rückgänge. Besonders dynamisch entwickelte sich das irische Bauwesen, das mit +8,5% die höchste Expansionsrate unter den Euroconstruct-Ländern aufwies. Getragen wurde dieses Wachstum von einer verstärkten Wohnbautätigkeit sowie umfangreichen öffentlichen Investitionen in die Infrastruktur. Auch in Spanien expandierte das Bauwesen 2025 kräftig um 4,0%, begünstigt durch die dynamische Wohnbaunachfrage und den verstärkten Einsatz von EU-Mitteln (NextGenerationEU) im Tiefbau.

In den skandinavischen Ländern setzte 2025 die erwartete Erholung ein. Nach den Einbrüchen der Vorjahre – in Schweden war der Wohnungsneubau zwischen 2022 und 2024 um über 50% eingebrochen – zeigten sich erste Aufwärtstendenzen. Der schwedische Wohnungsneubau wuchs 2025 um 11,3%. Die verbesserten Finanzierungskondi-

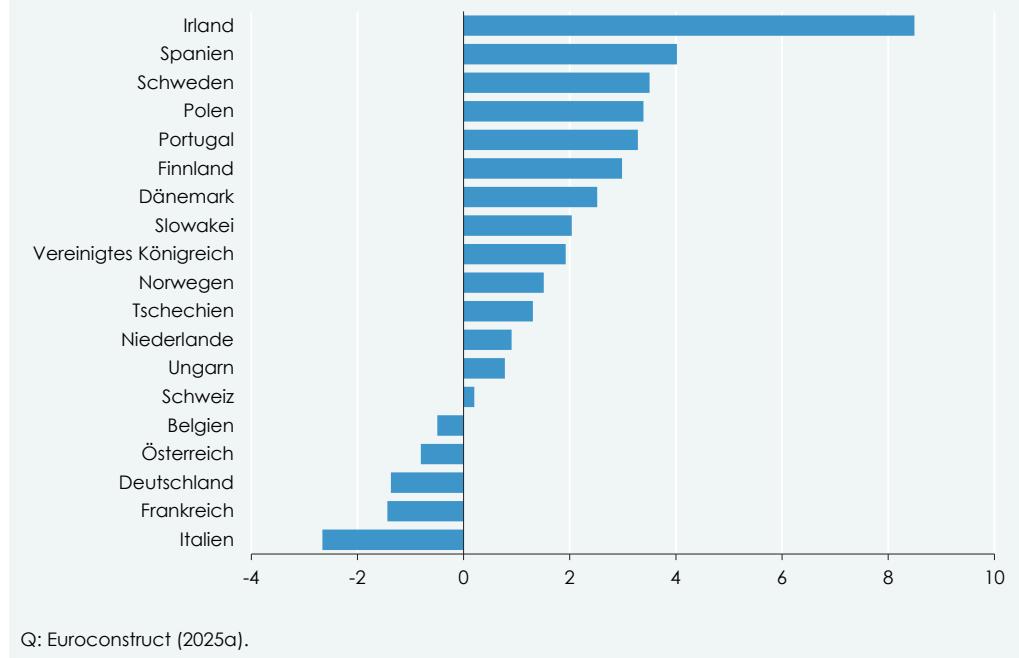
tionen und das wiederkehrende Verbrauchertrauen trugen zu dieser Wende bei.

In den vier ostmitteleuropäischen Euroconstruct-Ländern (Tschechien, Ungarn, Polen, Slowakei) zeigte sich ein gemischtes Bild. In Polen wuchs das Bauvolumen mit 3,4% solid, getragen vom Wohnbau und EU-finanzierten Tiefbauprojekten. Die Slowakei erholte sich mit +2,0% von den erheblichen Einbußen des Vorjahres. In Tschechien legte die Bauwirtschaft mit +1,3% moderat zu, wobei insbesondere der Tiefbau (+5,2%) die Entwicklung stützte. Ungarn hingegen verzeichnete mit +0,8% nur ein geringes Wachstum, bedingt durch die schwierige Wirtschaftslage und den eingeschränkten Zugang zu EU-Mitteln.

Deutschland und Italien, die beiden größten Märkte im Euroconstruct-Netzwerk, blieben 2025 unter Druck. In Deutschland ging das Bauvolumen um 1,4% zurück, wobei insbesondere der Wohnungsneubau einbrach (-8,5%). In Italien schrumpfte das Bauvolumen um 2,7%, was vor allem auf das Auslaufen der umfangreichen Superbonus-Förderung zurückzuführen war.

Abbildung 3: **Prognose des realen Bauvolumens in Europa für 2025**

Veränderung gegen das Vorjahr in %



Der europäische Wohnbau blieb auch 2025 das schwächste Segment. Der Wohnungsneubau in den 19 Euroconstruct-Ländern stagnierte im Vergleich zum Vorjahr (+0,3%), nachdem er in den Jahren 2023 (-9,3%) und 2024 (-8,2%) eingebrochen war. Das Volumen des Wohnungsneubaus belief sich 2025 auf rund 410 Mrd. € und blieb damit deutlich unter dem Niveau von 2022 (492 Mrd. €).

Die Wohnungsfertigstellungen erreichten mit rund 1,4 Mio. Einheiten den niedrigsten Stand seit 2015 (-8,8% gegenüber 2024). Die Gründe für die anhaltende Schwäche sind vielfältig: Neben den weiterhin hohen Baukosten belasteten die Finanzierungskosten trotz Zinssenkungen den Markt. Die Zinssätze für Hypothekarkredite lagen 2025 in den Euroconstruct-Ländern bei durchschnittlich

Der europäische Wohnbau schrumpfte auch 2025.

Der Tiefbau erwies sich 2025 neuerlich als Stütze der Bauwirtschaft.

3,6%, wobei erhebliche regionale Unterschiede bestanden. So reichten die Zinssätze von rund 3% in Spanien und Italien bis über 6% in Ungarn und Polen.

Der Renovierungsmarkt im Wohnungsbestand entwickelte sich 2025 ebenfalls verhalten. Das Bauvolumen im Bereich der Wohngebäudesanierung und -modernisierung schrumpfte im Euroconstruct-Raum um 2,0% gegenüber dem Vorjahr. Negativ wirkten sich Anpassungen bei den Sanierungsförderungen aus. Positiv wirkten hingegen verstärkte Anreize für energetische Sanierungen in mehreren Ländern, etwa das ausgeweitete MaPrimeRénov'-Programm in Frankreich oder reduzierte Mehrwertsteuersätze für Renovierungen in Belgien.

Der sonstige Hochbau stagnierte 2025 mit einem marginalen Zuwachs von 0,2%, wobei der Neubau um 0,8% zurückging, während die Sanierung leicht um 1,2% zulegte. Einerseits bremsten die wirtschaftliche Unsicherheit und die Schwäche der europäischen Industrieproduktion die Investitionen in Industrie-, Lager- und Bürogebäude. Andererseits wirkten verstärkte Neubauinvestitionen im Bildungs- und Gesundheitswesen stabilisierend.

Besonders unter Druck standen die stärker marktorientierten Sektoren des sonstigen Hochbaus: Der Industriebau litt unter der schwachen Konjunktur und den Unsicherheiten im internationalen Handel, insbesondere im Kontext der Zollpolitik der USA. Der Bürobau war durch strukturelle Veränderungen wie den Trend zum hybriden Arbeiten und steigende Leerstandsraten belastet. Der

Geschäftsbau profitierte hingegen leicht vom verbesserten gesamtwirtschaftlichen Umfeld.

Der europäische Tiefbau erwies sich auch 2025 als robustes Segment und expandierte um 3,7% gegenüber dem Vorjahr. Die wichtigsten Wachstumstreiber waren Investitionen in die Energieinfrastruktur (+7,4%), die Wasserwirtschaft (+5,0%) sowie der Bahnbau (+5,3%).

Der verstärkte Fokus auf erneuerbare Energie führte zu einer deutlichen Zunahme der tiefbaubezogenen Investitionen im Energiesektor, vor allem in den Bereichen Wind- und Solarenergie sowie Netzmodernisierung. Der Anteil der energiebezogenen Aktivitäten am Tiefbau stieg auf 19% und übertraf damit erneut jenen der Eisenbahninfrastruktur.

Der Straßenbau, mit einem Anteil von rund 32% nach wie vor das größte Segment des Tiefbaus, wuchs 2025 nur moderat, da in vielen Ländern Budgetrestriktionen und der Fokus auf die Instandhaltung bestehender Infrastruktur eine Verlagerung von Neubauprojekten zu Sanierungsmaßnahmen zur Folge hatten.

Die hohe öffentliche Verschuldung in mehreren Euroconstruct-Ländern begrenzte die Investitionsspielräume. Gegen sieben Länder des Netzwerks – Frankreich, Italien, Belgien, Österreich, Polen, Ungarn und die Slowakei – lief 2025 ein EU-Defizitverfahren, was die Infrastrukturausgaben in diesen Ländern dämpfte. Dennoch stabilisierten EU-Fördermittel, insbesondere aus "NextGeneration-EU", den Tiefbau.

2. Ausblick: Erholung der europäischen Bauwirtschaft ab 2026

Das Bauwesen profitiert von der für 2026 erwarteten Konjunkturbeschleunigung auf 1,3% im Durchschnitt der 19 Euroconstruct-Länder. Die Stabilisierung der Baukosten sowie die weiteren Leitzinssenkungen der EZB, die das Zinsniveau im Bereich von 2% bis 3% verankert haben, verbessern die Finanzierungsbedingungen und erleichtern damit die Umsetzung von Bauvorhaben. Dies ermöglicht privatwirtschaftliche Projekte, die in den Vorjahren noch zurückgehalten wurden.

Davon profitiert nicht nur der Neubau, sondern auch die Sanierung im Hochbau. Die Renovierung bestehender Gebäude wird zusätzlich durch die 2024 beschlossenen neuen EU-Vorgaben zur Energieeffizienz angekurbelt. Die EU-Mitgliedsländer wurden angehalten, individuelle Strategien zu entwickeln, um den Primärenergieverbrauch im Wohnsektor zu reduzieren. Bis 2030 soll eine Senkung um 16% erreicht werden, bis 2035 um 20% bis 22%. Für den sonstigen Hochbau gelten gesonderte Sanierungsziele. Bis 2030

sollen 16% und bis 2033 bereits 26% der Gebäude mit der schlechtesten Energieeffizienz saniert sein.

Gemäß Euroconstruct-Prognose wird das europäische Bauwesen 2026 wieder deutlich um real 2,4% expandieren. EU-Mittel sowie zahlreiche nationale Infrastrukturpläne setzen weiterhin Impulse, die in nahezu allen Ländern des Netzwerkes zu einer Expansion der Bauvolumina führen dürften. Damit setzt nach den Rückschlägen der Vorjahre eine spürbare Erholung ein.

Regional betrachtet dürfte das Bauwesen in Ostmitteleuropa aufgrund des Aufholbedarfs im Wohnbau und unterstützt durch EU-Fördermittel im Tiefbau weiterhin kräftig um real 3,2% zulegen. Die stärkste Expansion der Bauproduktion prognostiziert Euroconstruct erneut für die skandinavischen Länder, da dort nach den Einbrüchen der Vorjahre deutliche Nachholeffekte zu erwarten sind. Darüber hinaus wird die Bauwirtschaft auch in Teilen Südeuropas, insbesondere in

In Skandinavien und Ostmitteleuropa hat das Bauwesen die besten Wachstumsaussichten.

Spanien, anhaltend rasch expandieren (2026 +3,6%).

Das Bauwesen der großen europäischen Volkswirtschaften dürfte sich 2026 unterschiedlich entwickeln. Während für Deutschland weiterhin nur moderate Zuwächse erwartet werden, wird sich die Bauwirtschaft in Frankreich und Italien mit Wachstumsraten von über 2% gegenüber dem Vorjahr erhöhen. Die positiven Aussichten im Vereinigten Königreich sowie in Spanien stützen die Entwicklung des europäischen Bausektors zusätzlich.

Das Bauwesen profitiert auch mittelfristig von den stabileren gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen: nach +2,4% im Jahr 2026 dürfte es mit prognostizierten 2,2% auch im Jahr 2027 weit dynamischer expandieren als davor, wenngleich sich der Zuwachs bis 2028 auf etwa 2% abschwächen wird. Die ostmitteleuropäischen Länder, vor allem Ungarn und Polen, bleiben bis zum Ende des Prognosezeitraums starke Wachstumsmärkte, wiewohl die Bauwirtschaft insbesondere in der Slowakei wieder an Schwung verlieren könnte.

Übersicht 1: **Entwicklung der Bauproduktion**

	2023	2024	2025	2026	2027	2028
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real					
Österreich	– 4,5	– 5,2	– 0,8	+ 0,2	+ 1,0	+ 1,1
19 Euroconstruct-Länder	– 0,5	– 1,7	+ 0,3	+ 2,4	+ 2,2	+ 1,9
BIG 5	+ 0,2	– 1,2	– 0,4	+ 2,0	+ 2,1	+ 1,7
Skandinavische Länder	– 9,3	– 4,9	+ 2,6	+ 5,7	+ 2,7	+ 1,2
Ostmitteleuropa	+ 2,5	– 1,9	+ 2,4	+ 3,2	+ 3,3	+ 3,9
Übrige Euroconstruct-Länder	+ 0,6	– 2,0	+ 1,2	+ 1,9	+ 2,3	+ 2,4

Q: Euroconstruct (2025a). Ab 2025: Prognose. BIG 5: Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien, Vereinigtes Königreich. Skandinavische Länder: Dänemark, Finnland, Norwegen, Schweden. Ostmitteleuropa: Tschechien, Ungarn, Polen, Slowakei. Übrige Euroconstruct-Länder: Belgien, Irland, Niederlande, Österreich, Portugal, Schweiz.

2.1 Europäischer Wohnbau auf dem Weg der Erholung

Der europäische Wohnbau war in der jüngeren Vergangenheit der am härtesten von Krisen getroffene und damit volatilste Bausektor. Nach drei Jahren rückläufiger Entwicklung – mit Einbußen von 3,6% (2023), 4,0% (2024) und 1,2% (2025) – zeigt die Prognose für das Jahr 2026 erstmals wieder ein positives Vorzeichen. Für die 19 Länder erwartet Euroconstruct ein Wachstum des Wohnbauvolumens von 2,3% gegenüber dem Vorjahr. Damit markiert das Jahr 2026 eine Trendwende im europäischen Wohnbau.

Im Wohnungsneubau ist weiterhin mit ausgeprägten regionalen Unterschieden zu rechnen. Am günstigsten sind die Aussichten in den nordischen Ländern: In Finnland wird ein Zuwachs von 15,7%, in Schweden von 15,8% prognostiziert (Norwegen +14%, Dänemark +6,7%). Zuzuschreiben ist der erfreuliche Ausblick vor allem, aber nicht nur, Nachholeffekten nach den schmerzlichen Einbußen der letzten Jahre. So stimulieren die seit Mitte 2024 erfolgten Zinssenkungen der EZB die Nachfrage nach Hypothekarkrediten und begünstigen dadurch die Erholung des Wohnbaus. Zudem haben die nordischen Länder gezielte Programme zur Förderung des Neubaus aufgelegt, darunter Zuschüsse für energieeffiziente Gebäude sowie vereinfachte Genehmigungsverfahren.

Irland erweist sich als weiterer Wachstumsmotor im europäischen Wohnbau. Mit einer erwarteten Expansion des Wohnungsneu-

baus um 10,8% profitiert das Land von politischen Reformen. Für den gesamten irischen Wohnbau wird 2026 ein Wachstum von 7,4% prognostiziert.

Am anderen Ende des Spektrums stehen Deutschland und Belgien, wo der Wohnungsneubau mit Rückgängen von 3,5% bzw. 3,1% (2026) weiterhin unter Druck bleiben dürfte. Deutschland erlebt als größter Wohnungsmarkt unter den 19 Euroconstruct-Ländern eine anhaltende Korrekturphase. Frankreich hingegen erwartet nach Jahren der Kontraktion eine deutliche Erholung im Wohnungsneubau mit niedrigen zweistelligen Zuwachsraten. In den vier ostmitteleuropäischen Ländern dürfte der Wohnungsneubau 2026 um 1,5% zulegen, wobei Ungarn mit einem realen Zuwachs von 8,0% hervorsticht.

Die beträchtlichen regionalen Unterschiede spiegeln u. a. wider, wie stark die nationale Politik, demografische Trends und regulatorische Rahmenbedingungen die Wohnbau-nachfrage beeinflussen. Bürokratische Hürden, die zu langwierigen Baugenehmigungsverfahren führen, Fachkräftemangel sowie anhaltend hohe Bau- und Finanzierungskosten belasten in einigen Ländern weiterhin den Wohnungsmarkt.

Insgesamt prognostiziert Euroconstruct für 2026 eine Ausweitung des europäischen Wohnungsneubaus um 4,1% – es wäre der erste substanzielle Zuwachs seit Beginn der Schwächephase. Das Volumen wird voraus-

Im Wohnbau sind die nationalen Wachstums-pfade weiterhin sehr heterogen.

sichtlich bei rund 427 Mrd. € liegen (zu konstanten Preisen von 2024).

In der Renovierung von Wohngebäuden rechnet Euroconstruct mit einem moderaten Wachstum von 1,2%. Dämpfende Impulse gehen weiterhin von Italien aus: Nach Auslaufen des Förderprogramms "Superbonus", das vor allem in den Jahren 2021 und 2022 zu außerordentlichen Wachstumsraten geführt hatte, sanken die Sanierungsvolumina auf das Niveau vor Einführung der Förderung. Nach –11,3% (2024) bzw. –13,3% (2025) ist für 2026 allerdings nur noch ein marginaler Rückgang um 0,3% zu erwarten. Der Grund für die Stabilisierung ist die Verlängerung des 50%-Abzugssatzes für Renovierungsarbeiten bis Ende 2026 durch das neue Haushaltsgesetz.

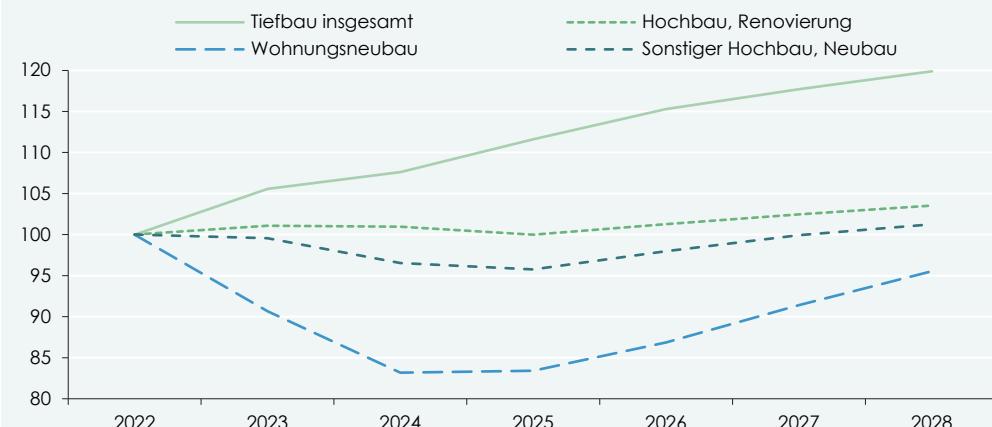
Außer in Italien wird in den meisten anderen Euroconstruct-Ländern ein stabiles bis leicht wachsendes Sanierungsvolumen erwartet. Die Wachstumsraten in Westeuropa (ohne

Italien) bleiben mit knapp 1,5% moderat. Deutlicher belebt sich der Sanierungsmarkt in Ostmitteleuropa (rund +4,5% gegenüber dem Vorjahr). Stimuliert wird er vor allem durch die Umsetzung der EU-Richtlinie zur Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (Energy Performance of Buildings Directive – EPBD) und nationale Förderprogramme, die energetische Sanierungen vorantreiben. Der Anteil der Sanierung am Wohnbau insgesamt wird 2026 bei rund 61% liegen. Dies unterstreicht die stabilisierende Rolle dieses Segments innerhalb des europäischen Bausektors.

Die Prognosen für den Wohnbau insgesamt sind auch für 2027 und 2028 günstig. Für die gesamte Euroconstruct-Region werden Zuwächse von knapp unter 3% pro Jahr erwartet, mit leichter Tendenz zur Abschwächung. 2028 dürfte das Wohnbauvolumen mit knapp 1.170 Mrd. € etwas unter dem Höchststand von 2022 liegen (Abbildung 4).

Abbildung 4: **Entwicklung des realen Bauvolumens in Europa nach Sparten des Bauwesens**

2022 = 100



Q: Euroconstruct (2025a). Ab 2025: Prognose. Europa: 19 Euroconstruct-Länder.

Die Konjunkturaufhebung stützt den Geschäftsbau. Industrie- und Bürobau leiden dagegen weiterhin unter den schwierigen Rahmenbedingungen.

Die großen regionalen Wachstumsunterschiede zeigen sich auch an den Wohnbaugenehmigungen. Die Wohnbaurate, ein Leitindikator für die zukünftige Entwicklung, misst die Zahl der Wohnbaugenehmigungen je 1.000 Einwohner:innen. Sie reichte im Jahr 2025 von rund 1,5 in Italien und rund 2 im Vereinigten Königreich bis etwa 6 in Irland bzw. über 6 in der Schweiz und in Polen. Für die gesamte Euroconstruct-Region betrug die Wohnbaurate etwa 3,4. Dieser Wert zeigt eine leichte Erholung gegenüber dem Vorjahr an und kann als erstes Zeichen für die beginnende Marktstabilisierung gewertet werden.

2.2 Leichte Erholung im sonstigen Hochbau

Der sonstige Hochbau profitiert 2026 von der erwarteten Konjunkturbelebung und dürfte im Durchschnitt der 19 Länder um 1,9% expandieren. Nach der Stagnation im Jahr 2025 (+0,2%) kehrt damit wieder Wachstum in dieses Marktsegment zurück.

Die positive Gesamtentwicklung ergibt sich aus gegenläufigen Tendenzen in den einzelnen Teilmärkten. Dämpfend wirken nach wie vor der Industrie- und der Bürobau. Strukturelle Herausforderungen wie die Transformation zu mehr Nachhaltigkeit, Unsicherheiten

durch internationale Handelskonflikte sowie das anhaltend erhöhte Zinsniveau bremsen die Investitionsbereitschaft. Hinzu kommen wirtschaftliche Unwägbarkeiten in bedeutenden Volkswirtschaften wie Frankreich und Deutschland, die das Marktklima beeinträchtigen. Zwar rechnen die Prognosen mit einer Belebung der Industrieproduktion im Jahr 2026, doch reicht dieser Aufschwung

voraussichtlich nicht aus, um das Investitionsvolumen im Industriebau europaweit nennenswert zu steigern. Der Büroimmobilienmarkt bleibt ebenfalls angespannt: Strukturelle Verschiebungen durch hybride Arbeitsmodelle sowie regional hohe Leerstandsquoten belasten weiterhin die Nachfrage. Erst ab 2027 wird in diesem Segment mit einer spürbaren Erholung gerechnet.

Übersicht 2: Prognose der Baubewilligungen 2025 in Relation zur Bevölkerung

	Bewilligungen je 1.000 Personen
Italien, Vereinigtes Königreich	Unter 2
Tschechien, Slowakei, Deutschland, Ungarn, Spanien	2 bis unter 3
Schweden, Finnland, Belgien, Portugal, Österreich	3 bis unter 4
Norwegen, Niederlande, Dänemark, Frankreich	4 bis unter 5
Irland	5 bis unter 6
Schweiz, Polen	6 bis unter 8

Q: Euroconstruct (2025). Spanien und Vereinigtes Königreich: Baubeginne.

Merklich günstiger gestaltet sich die Lage im Geschäftsbau. Sinkende Arbeitslosenquoten, die Zunahme des Verbrauchertrauens sowie eine Belebung des privaten Konsums schaffen günstige Rahmenbedingungen. In zahlreichen Euroconstruct-Ländern werden hohe Zuwächse erwartet, besonders in Dänemark mit über 26%. Letzteres ist jedoch als Aufholprozess zu werten, nachdem das Volumen gegenüber 2021 deutlich zurückgegangen war.

Substanzielle Impulse gehen auch von den stärker öffentlich orientierten Marktsegmenten aus. Im Gesundheitsbau werden europaweit Wachstumsraten von über 6% erwartet. Die COVID-19-Pandemie offenbarte Defizite in der Gesundheitsinfrastruktur, insbesondere bei Intensivkapazitäten. Zahlreiche Länder investieren daher gezielt in den Ausbau von Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen. Die demografische Alterung Europas verstärkt diesen Trend zusätzlich. Im Vereinigten Königreich etwa treibt das ambitionierte "New Hospital Programme" mit einem Investitionsvolumen von rund 17,7 Mrd. € den Sektor voran. Insgesamt prognostiziert jedes zweite Euroconstruct-Land für das Jahr 2026 deutlich zweistellige Zuwachsraten im Gesundheitsneubau.

Auch der Bildungsbau liefert positive Wachstumsbeiträge, wenngleich diese moderater ausfallen dürften als im Gesundheitssektor. In mehreren Ländern stehen umfangreiche Schulbauprogramme an, teils getrieben durch die energetische Sanierung veralteter Gebäudebestände aus den 1960er- und 1970er-Jahren.

Die Sanierungstätigkeit im sonstigen Hochbau entwickelt sich in den 19 Euroconstruct-Ländern ebenfalls weiterhin günstig. Für 2026 wird ein Wachstum von 1,4% prognostiziert, das sich bis 2028 fortsetzen dürfte. Investi-

tionstreiber sind die stetig steigenden Anforderungen an die Energieeffizienz von Gebäuden, die durch die Umsetzung der europäischen Gebäuderichtlinie zusätzlichen Schub erhalten.

Zusammenfassend dürfte der sonstige Hochbau im Jahr 2026 europaweit in eine Phase moderater Expansion eintreten. Trotz teils kräftiger Zuwächse in einzelnen Ländern und Segmenten – insbesondere im Gesundheits- und Geschäftsbau – bleiben die Wachstumsaussichten im Zeitraum 2026 bis 2028 mit durchschnittlich 1,5% p. a. verhalten. Die konjunktursensiblen Segmente des Industrie- und Bürobaus werden erst mit Verzögerung etwas stärker zur Marktexpansion beitragen.

2.3 Europäischer Tiefbau bleibt expansiv

Der Tiefbau bleibt in den Euroconstruct-Ländern auch 2026 der Sektor mit den positivsten Aussichten. Nach +1,9% im Jahr 2024 und einem prognostizierten Zuwachs von 3,7% für 2025 wird für 2026 ein weiteres reales Wachstum von 3,3% erwartet. Die Expansion wird von mehreren Schlüsselfaktoren angetrieben. Zentral bleiben die EU-Programme sowie die gesetzten Klimaziele. Insbesondere die EU-Fonds sind auf den grünen und digitalen Wandel ausgerichtet. Die Klimaziele der EU und das damit verbundene Ziel, den CO₂-Ausstoß zu senken, erfordern die Modernisierung und den Ausbau der Stromnetze sowie massive Investitionen in erneuerbare Energieträger. Die EU-Zielvorgaben im Rahmen des "Green Deal" und des Plans "RePowerEU" beleben die Investitionen zur Dekarbonisierung der Stromerzeugung. Auch im Vereinigten Königreich stieg die Errichtung von Energieinfrastruktur mit einem durchschnittlichen Wachstum von über 25% in den Jahren 2023 bis 2025 zu einem der größten Tiefbausegmenten auf.

Vom Energiesektor geht im Tiefbau eine anhaltende Dynamik aus.

Im Telekommunikationsbau dürfte das Investitionswachstum mittelfristig abflachen. Der Ausbau der 5G-Netze ist in zahlreichen Ländern bereits weit fortgeschritten bzw. weitgehend abgeschlossen. Der Breitbandausbau mittels Glasfaser schreitet ebenfalls voran.

Der Ausbau des öffentlichen Verkehrs behält einen hohen Stellenwert. Davon profitiert insbesondere der Bereich der Schieneninfrastruktur, der zu den wachstumsstärksten Segmenten des europäischen Tiefbaus zählt. Der kräftige Anstieg (2025 +5,3%) setzt sich zunächst fort (2026 +4,7%), verlangsamt sich jedoch bereits 2027 auf 1,6%, bevor er 2028 mit +0,3% nahezu zum Erliegen kommt. Die Abschwächung spiegelt insbesondere das Auslaufen von "NextGenerationEU"-finanzierten Projekten in mehreren südeuropäischen Ländern wider. In Osteuropa stützt bis 2028 vor allem Polen mit durchschnittlich 5,7% p. a. die Expansion des Bahntiefbaus, getragen durch die verspätete Aktivierung von EU-Mitteln für das nationale Eisenbahnprogramm. Insgesamt profitiert der europäische Bahnbau von langfristigen Dekarbonisierungszielen und dem politischen Willen zum Ausbau des Schienennetzes, wenngleich fiskalische Restriktionen und das Ende der EU-Aufbauprogramme die Dynamik gegen Ende des Prognosezeitraums spürbar dämpfen werden.

Der Straßenbau, das größte Einzelsegment des europäischen Tiefbaus, wird bis 2028 nur verhalten expandieren. Für die 19 Euroconstruct-Länder werden reale Zuwächse von rund 1,0% p. a. prognostiziert. Die Dynamik ist regional sehr ungleich: Während die westeuropäischen Länder im Durchschnitt nur um 0,6% pro Jahr zulegen, wachsen die vier ostmitteleuropäischen Märkte mit durchschnittlich 3,6% p. a. weit kräftiger. Italien bleibt in Westeuropa Wachstumsmotor,

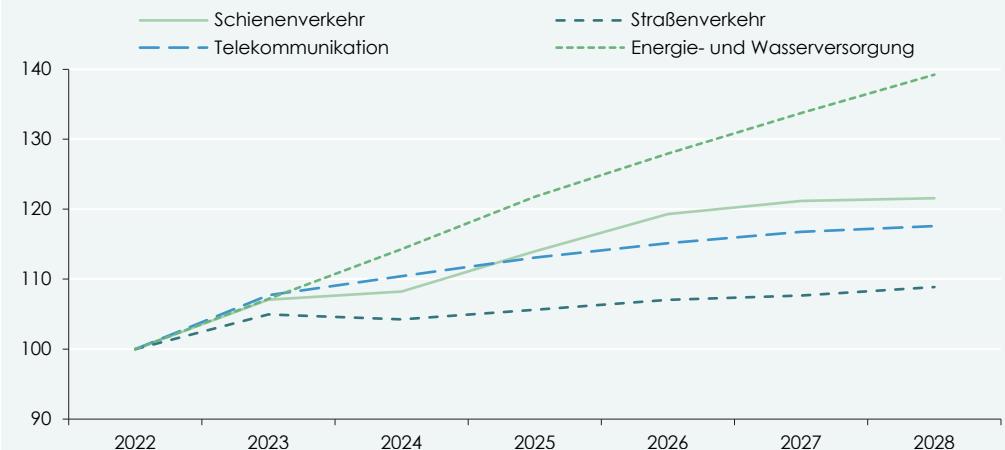
Ungarn und Polen in Ostmitteleuropa. Dem gegenüber verzeichnen Deutschland und das Vereinigte Königreich unter den großen europäischen Industrieländern anhaltende Rückgänge. Aufgrund der fiskalischen Konsolidierung, der Fertigstellung großer Vorhaben und der zunehmenden Priorisierung klimafreundlicher Verkehrsinfrastruktur dürfte der Straßenbau innerhalb des Tiefbaus weiter an Gewicht einbüßen.

Auch die Wasserwirtschaft verzeichnete zuletzt verstärkte Investitionen. Nach einem kräftigen Anstieg von 5,0% im Jahr 2025 schwächt sich die Dynamik zwar schriftweise ab – auf +4,3% (2026), +2,6% (2027) und +1,9% (2028) – bleibt aber mit +2,9% p. a. im sektoralen Vergleich hoch. Wesentliche Treiber der Expansion sind regulatorische Anforderungen, insbesondere die Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie, der Modernisierungsbedarf angesichts alternder Leitungsnetze sowie Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel zum Schutz vor Dürren und Hochwasserereignissen. Die größten Impulse kommen dabei aus dem Vereinigten Königreich, wo massive Investitionsprogramme der Wasserversorger für zweistellige Zuwachsrate sorgen dürften, sowie aus Irland und Ostmitteleuropa.

Zusammenfassend sind die Prognosen für den Tiefbau über den gesamten Horizont bis 2028 deutlich positiver als für den Hochbau. Für Unsicherheit sorgt weiterhin die teilweise hohe Staatsverschuldung. Italien weist mit über 137% des BIP die höchste Verschuldung unter den 19 Euroconstruct-Ländern auf, vor Frankreich, Belgien und Spanien mit jeweils über 100%. Insbesondere im Bereich Verkehrsinfrastruktur, dem mit 55% volumenmäßig bedeutendsten Tiefbausektor, könnte es aufgrund budgetärer Restriktionen zu Umstrukturierungen und Verschiebungen von Projekten kommen.

Abbildung 5: Reale Entwicklung des Tiefbaus in Europa nach den wichtigsten Sparten

2022 = 100



3. Österreich: Wohnbau erholt sich, Tiefbau unter Konsolidierungsdruck

In Österreich setzte sich die Stabilisierung der Bauwirtschaft 2025 fort. Für 2026 zeichnet sich eine leichte Erholung ab. Insbesondere der Wohnbau profitiert von den verbesserten Finanzierungsbedingungen. Nach empfindlichen Rückgängen schrumpfte er 2025 nur mehr um 1,6% (laut WIFO-Prognose). Die Stabilisierung ist maßgeblich auf die Zinssenkungen der EZB zurückzuführen: Der Hauptrefinanzierungssatz wurde seit dem Frühjahr 2024 von 4,5% auf 2,0% gesenkt. Dies hat die Finanzierungskosten sowohl für private Haushalte als auch für die Immobilienwirtschaft spürbar reduziert und den Wohnimmobilienmarkt deutlich belebt. Die Zahl der Immobilientransaktionen nimmt seit Mitte 2024 kontinuierlich zu. Im 1. Halbjahr 2025 waren bei den Transaktionszahlen und -volumina zweistellige Steigerungsraten zu beobachten. Auch die Zahl der Hypothekarkredite hat seit Mitte 2024 stetig zugenommen; im I. Quartal 2025 wurden Wachstumsraten von über 50% beobachtet. Die Wohnimmobilienpreise blieben von der schwachen Nachfrage der Jahre 2023 und 2024 eher unberührt. Die jüngsten Daten für das 1. Halbjahr 2025 deuten auf ein Ende der nominellen Preisrückgänge hin.

Die Baubewilligungen für neue Wohngebäude – ein wichtiger Frühindikator – zeigen erstmals seit mehreren Jahren eine Trendumkehr an. Im 1. Halbjahr 2025 stieg die Zahl der Wohnbaubewilligungen österreichweit um 12,8% gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Die Erholung ist regional jedoch uneinheitlich: Während Tirol, Vorarlberg, Salzburg, Burgenland und Wien zweistellige Zuwächse verzeichneten, gab es in Kärnten, Niederösterreich, der Steiermark und Oberösterreich Rückgänge.

Für den heimischen Wohnungsneubau erwartet Euroconstruct nach –3,8% im Jahr 2025 einen leichten Aufschwung von 1,4% im laufenden Jahr. Die Wohnhaussanierung, die in den vergangenen Jahren aufgrund hoher Energiepreise deutlich zugelegt hatte, wird hingegen aufgrund rückläufiger Fördervolumina infolge der Sparmaßnahmen des Bundes voraussichtlich um 0,9% zurückgehen. Insgesamt dürfte der österreichische Wohnbau 2026 um 0,5% wachsen.

Im sonstigen Hochbau hat die Rezession in den Jahren 2023 und 2024 besonders tiefe Spuren hinterlassen. Private investitionsgetriebene Segmente wie Industrie-, Büro- und Geschäftsbau erlitten empfindliche Einbußen und dürften 2025 um weitere 0,2% geschrumpft sein. Die anhaltend schwache Wirtschaftsentwicklung lieferte bisher keine ausreichenden Impulse für den sonstigen Hochbau. Hinzu kommen die fiskalischen Konsolidierungsmaßnahmen, die auch

öffentlicht finanzierte Segmente wie den Bildungs- und Gesundheitsbau unter Druck setzen. Für 2026 wird eine schrittweise Stabilisierung mit einer Stagnation des sonstigen Hochbaus insgesamt prognostiziert, ab 2027 eine moderate Erholung.

Die österreichische Bauwirtschaft stabilisiert sich und peilt 2026 eine leichte Erholung an.

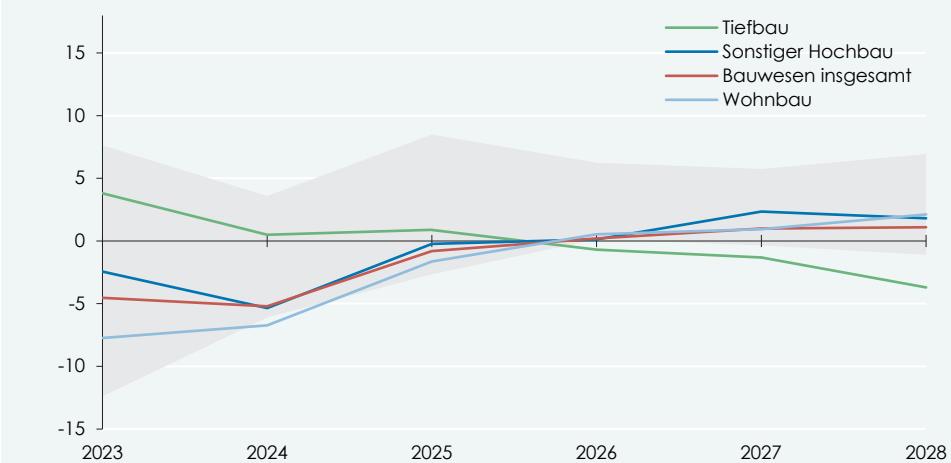
Der heimische Tiefbau, der die allgemeine Abwärtsbewegung der Bauwirtschaft bis 2025 abfederte, steht vor einer Trendwende. Investitionen in Verkehrsinfrastruktur und Energieanlagen hatten bis zuletzt für Produktionszuwächse gesorgt. Das reale Wachstum betrug 2023 3,8%, während es 2024 mit 0,5% bereits deutlich moderater ausfiel. Ab 2025, und verstärkt in den Folgejahren, wirken sich die fiskalischen Einschränkungen auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene zunehmend dämpfend auf die Tiefbauproduktion aus. Der im Frühjahr 2025 verabschiedete Doppelhaushalt 2025/26 hat zur Anpassung oder Verschiebung zahlreicher Tiefbauprojekte geführt. Für 2025 wird noch ein moderater Zuwachs von etwa 0,9% erwartet. 2026 dürfte der Tiefbau bereits leicht schrumpfen (–0,7%), bevor in den Folgejahren deutlichere Rückgänge wahrscheinlich sind.

Besonders betroffen von der Budgetkonsolidierung sind der Straßen-, Schienen- und Wasserbau. Der Rahmenplan der ÖBB für den Zeitraum 2025 bis 2030 wurde auf 19,7 Mrd. € und damit gegenüber dem Planungszeitraum 2024/2029 um 1,6 Mrd. € gekürzt. Mehrere Projekte wurden verschoben, darunter der nördliche Brenner-Zulauf und der viergleisige Ausbau der Strecke Wien Meidling–Mödling. Auch Wien steht vor Verzögerungen beim U-Bahn-Bau, und die Steiermark kürzt die Budgets für Straßeninstandhaltung. Der Telekommunikationssektor ist nach dem raschen 5G-Ausbau aufgrund geringerer öffentlicher Förderungen und Marktsättigung ebenfalls mit Rückgängen konfrontiert. Im Energiesektor wird das Investitionstempo gedrosselt, obwohl der Bedarf an erneuerbarer Energie hoch bleibt. Die Wasserwirtschaft steht vor den größten Herausforderungen, da knappere Mittel und strengere Anforderungen insbesondere kleinere Gemeinden belasten.

Vor diesem Hintergrund liegt die Euroconstruct-Prognose für das gesamte Bauvolumen in Österreich bei lediglich +0,2% im Jahr 2026 und rund +1,0% p. a. in den Jahren 2027 und 2028. Die Risiken bleiben abwärtsgerichtet: Dazu zählen potenzielle Zollausweiterungen und Protektionismus, Handelsumlenkungen aus China, die Unsicherheit über die Weitergabe der EZB-Zinssenkungen an die Hypothekenmärkte sowie Unsicherheit hinsichtlich des Ausmaßes und der zeitlichen Umsetzung der Budgetkonsolidierung auf allen staatlichen Ebenen.

Abbildung 6: Entwicklung der Bauinvestitionen in Österreich nach Sparten

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %, real



Q: Euroconstruct (2025a). Ab 2025: Prognose. Graue Schattierung: Bandbreite der Entwicklung der realen Bauinvestitionen insgesamt in den 19 Euroconstruct-Ländern.

4. Zusammenfassung

Das europäische Bauwesen befindet sich nach zweijähriger Kontraktion in einer Stabilisierungsphase. Für 2025 erwartet Euroconstruct eine leichte Erholung, die sich in den Folgejahren verstärken sollte. Anhaltend hohe Zinsen, Inflation und erhöhte Baukosten belasten jedoch vor allem den Hochbau weiterhin erheblich.

Am stärksten betroffen bleibt der Wohnbau: Trotz der schrittweisen Erholung seit 2025 dürfte er das Niveau von 2022 im Prognosezeitraum nicht wieder erreichen. Auch die Sanierungstätigkeit im Wohnbau bleibt gedämpft.

Unter geringerem Druck steht der sonstige Hochbau: Nach einer Stagnation im Jahr 2025 erwartet Euroconstruct bis 2028 ein stabileres Wachstum. Impulse dürften vor allem aus öffentlich orientierten Sparten wie dem Bildungs- und Gesundheitsbau und erst mittelfristig auch vom Industrie- und Bürobau kommen.

Der europäische Tiefbau dürfte in den kommenden Jahren robust expandieren. Nach starken Zuwächsen im Jahr 2025 wird bis 2028 ein durchschnittliches Wachstum von

2,4% p. a. prognostiziert. Haupttreiber sind Investitionen in die Energie- und Schieneninfrastruktur sowie die Wasserwirtschaft. Der Straßenbau, der rund ein Drittel des Tiefbaus ausmacht, wird hingegen nur noch moderat wachsen. In Österreich steht der Tiefbau insgesamt vor einer Trendwende; aufgrund der fiskalischen Konsolidierung dürfte er bereits 2026 schrumpfen.

Die regionalen Unterschiede in der Entwicklung der europäischen Bauwirtschaft bleiben ausgeprägt. Nur wenige Länder – darunter Irland, Polen, Schweden und das Vereinigte Königreich – werden bis 2028 überdurchschnittliche Wachstumsraten verzeichnen. Unter den großen Märkten dürfte Spanien gut abschneiden, während Deutschland und Frankreich moderatere Zuwächse erwarten. In Italien und Belgien ist der Ausblick am trübsten.

Die österreichische Bauwirtschaft steht nach einer mehrjährigen Krise vor einer Stabilisierung. Nach einem deutlichen Rückgang im Jahr 2024 und einer Stagnation 2025 werden für die kommenden Jahre moderate Zuwächse erwartet.

5. Literaturhinweise

Euroconstruct (2025a). 100th Euroconstruct Conference: European Construction Market Outlook until 2028 – European Construction Set for Gradual Recovery after a Two-year Decline. Country Reports. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/65062720>.

Euroconstruct (2025b). 100th Euroconstruct Conference: European Construction Market Outlook until 2028 – European Construction Set for Gradual Recovery after a Two-year Decline. Summary Reports. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/65062762>.

Kurze Unterbrechungen, langfristige Folgen: Die Wirkung temporärer Layoffs auf Erwerbsverläufe

Rainer Eppel, Thomas Horvath, Helmut Mahringer, Christine Zulehner



WIFO ■

Kurze Unterbrechungen, langfristige Folgen: Die Wirkung temporärer Layoffs auf Erwerbs- verläufe

Rainer Eppel, Thomas Horvath,
Helmut Mahringer, Christine Zulehner

Wissenschaftliche Assistenz: Anna Albert,
Stefan Weingärtner

Jänner 2026
Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Die Studie analysiert die langfristigen Auswirkungen vorübergehender Unterbrechungen eines Beschäftigungsverhältnisses mit anschließender Wiedereinstellung durch denselben Arbeitgeber ("Temporäre Layoffs"). Betrachtet werden reguläre Beschäftigungsaufnahmen aus Arbeitslosigkeit in Österreich außerhalb klassischer Saisonbranchen. Im Fokus stehen kurze, nicht-saisonale Unterbrechungen von bis zu zwei Monaten, mit denen Betriebe kurzfristige Auslastungsschwankungen abfedern. Auf Grundlage verknüpfter Personen- und Betriebsdaten wird die Erwerbsentwicklung jener Personen untersucht, die im ersten Beschäftigungsjahr eine solche Unterbrechung erfahren. Ein umfassender Matchingansatz stellt die Vergleichbarkeit mit durchgängig Beschäftigten sicher. Die Ergebnisse zeigen, dass temporäre Layoffs nicht nur kurzfristige Unterbrechungen darstellen, sondern mit langfristiger Erwerbsinstabilität, Einkommenseinbußen und zusätzlichen fiskalischen Belastungen verbunden sind. Sie gehen mit einer verkürzten Bindung an den ursprünglichen Arbeitgeber und dauerhaft häufigeren Beschäftigungslücken einher. In den zehn Jahren nach der Beschäftigungsaufnahme – ohne das erste Jahr der Unterbrechung – verbringen Betroffene rund dreieinhalb Monate weniger in Beschäftigung und etwa drei Monate mehr in Arbeitslosigkeit. Entsprechend bleibt auch die Einkommensentwicklung dauerhaft hinter jener vergleichbarer Personen ohne Unterbrechung zurück. Hinweise auf kompensierende Lohnaufschläge finden sich nicht. Zugeleich steigen die Leistungsbezüge aus der Arbeitslosenversicherung, während das Aufkommen aus Lohnsteuer und Sozialversicherungsbeiträgen sinkt.

Im Auftrag der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Oberösterreich • Jänner 2026 • 71 Seiten •
Kostenloser Download: <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/64599484>

- 4/2025** Österreich steckt im dritten Rezessionsjahr. Prognose für 2025 und 2026 • Handelskonflikte, Spardruck und Strukturprobleme hemmen das Wirtschaftswachstum in Österreich. Update der mittelfristigen Prognose 2025 bis 2029 • Öffentliche Haushalte unter erheblichem Konsolidierungsdruck. Mittelfristige Budgetprojektion 2025 bis 2029 • Zweites Rezessionsjahr in Österreich. Die österreichische Wirtschaft im Jahr 2024 • Schwächere Inflationsdynamik ermöglicht Senkung der Leitzinssätze
- 5/2025** Konjunktur in Österreich weiter schwach • Konjektur einschätzungen blieben im Frühjahr verhalten. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom April 2025 • Hartnäckige Konjunkturschwäche belastet den Arbeitsmarkt • Exporte und Industriekonjunktur im Abschwung. Entwicklung von Warenproduktion, Außenhandel und Investitionen im Jahr 2024
- 6/2025** Aufhellung der Industriekonjunktur bei anhaltend hoher Unsicherheit • Rezession traf Österreichs Regionen unterschiedlich hart. Die Wirtschaft in den Bundesländern 2024 • Budgetpolitik im Spannungsfeld zwischen Zukunftsaufgaben und Sanierungszwängen. Bundesvoranschlag 2025/26 und Mittelfristiger Finanzrahmen 2025 bis 2029 • Zur Güte von Konjunkturprognosen in Zeiten außergewöhnlicher Krisen
- 7/2025** Österreich kehrt langsam auf den Wachstums pfad zurück. Prognose für 2025 und 2026 • Investitionsdynamik bleibt 2025 verhalten. Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung vom Frühjahr 2025 • Herausforderungen und Determinanten der Wettbewerbsfähigkeit in Zeiten globaler Unsicherheit. Ergebnisse der WIFO-Industriebefragung 2025 • Wenn Beschäftigung pausiert – Temporäre Layoffs in Österreich
- 8/2025** Konjunkturbelebung lässt in Österreich weiter auf sich warten • Stabilisierung der Konjektur einschätzungen zu Sommerbeginn. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Juli 2025 • Ertragskraft der österreichischen Sachgütererzeugung blieb 2024 rückläufig • Drei Jahrzehnte Landwirtschaft und Agrarpolitik im Ländervergleich. Eine Fallstudie zu Finnland, Norwegen, Österreich, Schweden und der Schweiz
- 9/2025** Konjunktur verläuft schleppend, Inflation steigt • Private Krankenzusatzversicherung expandierte 2024 kräftig • Einfluss der Agrargüter- auf die Lebensmittelpreise schwindet • Schlüsselindikatoren zu Klimawandel und Energiewirtschaft 2025. Sonderthema: Die Rolle von Batterie großspeichern in der Energiewende
- 10/2025** Österreich schleppert sich aus der Rezession. Prognose für 2025 und 2026 • Strukturprobleme dämpfen das mittelfristige Wirtschaftswachstum. Mittelfristige Prognose 2026 bis 2030 • Relative Lohnstückkosten 2024 erneut deutlich gestiegen • Österreichs Innovationsfähigkeit im internationalen Vergleich
- 11/2025** Konjunktur in Österreich verläuft flach • Konjektur einschätzungen kaum verändert. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Oktober 2025 • Digitalisierung in Österreich: Die Rolle der künstlichen Intelligenz am Arbeitsplatz • Oliver Fritz, Heimischer Tourismus zieht immer mehr Gäste an • Unsicherheitsabhängige Konfidenzintervalle für WIFO-Konjunkturprognosen
- 12/2025** Anzeichen einer Stabilisierung der Industriekonjunktur • Das WIFO-Radar der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft 2025. Schwerpunktthema: Die Preisentwicklung im Tourismus als Wettbewerbsfaktor • Die WIFO-Schnellschätzung: Revisionsanalyse und Kurzbeschreibung der Methode • Die Auswirkungen des demografischen Wandels auf die öffentlichen Pflegekosten. Neue Evidenz aus einer dynamischen Mikrosimulation
- 1/2026** Österreichs Wirtschaft sieht Licht am Ende des Tunnels. Prognose für 2025 bis 2027 • Österreichs Industrieproduktion im Ländervergleich. Aktualisierung 2026 • Investitionspläne für 2026 zeigen allmähliche Bodenbildung an. Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung vom Herbst 2025 • Schutzwälder in Österreich. Volkswirtschaftliche Bedeutung und Optionen zur Verbesserung der Governance

Präsident**Dr. Harald Mahrer****Vizepräsidentin****Renate Anderl**, Präsidentin der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien und der Bundesarbeitskammer**Vorstand****Mag. Jochen Danninger (kooptiert)**, Generalsekretär der Wirtschaftskammer Österreich**Wolfgang Katzian**, Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes**Georg Knill**, Präsident der Vereinigung der Österreichischen Industrie**Univ.-Prof. Mag. Dr. Martin Kocher (kooptiert)**, Gouverneur der Österreichischen Nationalbank**Anton Mattle**, Landeshauptmann von Tirol**Kuratorium**

Silvia Angelo, Andreas Brandstetter, Andrea Faast, Johannes Fankhauser, Günther Goach, Erwin Hameseder, Peter Haubner, Alexander Herzog, Gerhard K. Humpeler, Robert Leitner, Johannes Mayer, Johanna Mikl-Leitner, Helmut Naumann, Christoph Neumayer, Peter J. Oswald, Ranja Reda Kouba, Johannes Rehulka, Walter Ruck, Hermann Schultes, Tobias Schweitzer, Reinhard Schwendtbauer, Andreas Stangl, Michael Strebl, Michael Strugl, Barbara Thaler, Andreas Treichl, Kurt Weinberger, Thomas Weninger, Josef Wöhrl, Norbert Zimmermann

WIFO-Partner:innen

A1 Telekom Austria AG, Berndorf AG, Energie-Control Austria, Julius Blum GmbH, ÖBB-Holding AG, Österreichische Hagel-

Direktorium**Direktor:** Univ.-Prof. MMag. Gabriel Felbermayr, PhD**Stellvertretende Direktor:innen:**

Mag. Alexander Loidl, MSc, Mag. Christine Mayrhuber, Priv.-Doz. Mag. Dr. Michael Peneder

Ökonom:innen

Stefan Angel, Julia Bachtrögler-Unger, Susanne Bärenthal-Sieber, Josef Baumgartner, Jürgen Bierbaumer, Sandra Bilek-Steindl, Benjamin Bitschi, Julia Bock-Schappelwein, Michael Böheim, Anna Burton, Elisabeth Christen, Alexander Daminger, Stefan Ederer, Rainer Eppel, Katharina Falkner, Ulrike Famira-Mühlberger, Elisabeth Fidrmuc, Marian Fink, Simon Finster, Klaus Friesenbichler, Oliver Fritz, Christian Glocker, Elisabeth Hofbauer, Werner Hözl, Thomas Horvath, Peter Huber, Alexander Hudetz, Ulrike Huemer, Jürgen Janger, Serguei Kaniovski, Heider Kariem, Bernhard Kasberger, Claudia Kettner-Marx, Daniela Kletzan-Slamannig, Michael Klien, Agnes Kügler, Ines Kusmenko, Szergej Licsagin, Simon Loretz, Helmut Mahringer, Christine Mayrhuber, Birgit Meyer, Ina Meyer, Asjad Naqvi, Thomas Neier, Klaus Nowotny, Harald Oberhofer, Atanas Pekanov, Michael Peneder, Michael Pfaffermayr, Isabel Pham, Philipp Piribauer, Hans Pitlik, Sujata Pokhrel, Sebastian Poledna, Silvia Rocha-Akis, Simon Rütten, Tobias Scheckel, Marcus Scheiblecker, Stefan Schiman-Vukan, Margit Schratzenstaller, Anja Sebbesen, Franz Sinabell, Mark Sommer, Martin Spielauer, Gerhard Streicher, Viktoria Szenkuriök, Thomas Url, Gayline Vuluku, Philipp Warum, Yvonne Wolfmayr, Manuel Zerobin, Christine Zulehner

Wissenschaftliche Assistent:innen

Anna Albert, Sara Aref Zahed, Astrid Czaloun, Sabine Ehn-Fragner, Irene Fröhlich, Martina Einsiedl, Nathalie Fischer,

Vizepräsidentin**Univ.-Prof. DDr. Ingrid Kubin**, Universitätsprofessorin für Internationale Wirtschaft am Department Volkswirtschaft der Wirtschaftsuniversität Wien**Josef Moosbrugger**, Präsident der Landwirtschaftskammer Österreich**Barbara Novak, MA (kooptiert)**, Amtsführende Stadträtin für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Digitales der Stadt Wien**Mag. Tobias Schweitzer (kooptiert)**, Bereichsleiter Wirtschaft der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien**Dr. Gertrude Tumpel-Gugerell****Mag. Harald Waiglein, MSc**, Sektionschef im Bundesministerium für Finanzen

versicherung VVaG, PHARMIG – Verband der pharmazeutischen Industrie Österreichs, Raiffeisen Bank International AG, Raiffeisen-Holding NÖ-Wien reg.Gen.mbH, Raiffeisenlandesbank Oberösterreich AG, UNIQA Insurance Group AG, Verbund AG, voestalpine AG, Wien Energie GmbH

WIFO Associates

Karl Aigner, Harald Badinger, Kurt Bayer, Gudrun Biffl, René Böheim, Fritz Breuss, Jesús Crespo Cuaresma, Peter Egger, Jarko Fidrmuc, Matthias Firgo, Georg Fischer, Helena Fornwagner, Alois Guger, Martin Halla, Heinz Handler, Angela Köpll, Mario Larch, Markus Leibrecht, Hendrik Mahlkow, Peter Mayerhofer, Peter Mooslechner, Birgit Niessner, Ewald Nowotny, Karl Pichelmann, Stefan Schleicher, Philipp Schmidt-Dengler, Tobias Thomas, Gunther Tichy, Gernot Wagner, Andrea Weber, Hannes Winner, Josef Zweimüller

Stefan Fuchs, Fabian Gabelberger, Ursula Glauninger, Lydia Grandner, Gabriel Haintz, Kathrin Hofmann, Christine Kaufmann, Katharina Köberl-Schmid, Christoph Lorenz, Susanne Markytan, Sena Ökmen, Victoria Plöchl, Maria Riegler, Nicole Schmidt-Padickakudy, Cornelia Schobert, Stephan Schreml, Birgit Schuster, Tim Slickers, Martha Steiner, Doris Steininger, Anna Strauss-Kollin, Andrea Sutrich, Moritz Uhl, Dietmar Weinberger, Michael Weingärtler, Stefan Weingärtner

Mitarbeiter:innen im Dienstleistungsbereich

Birgit Agnezy, Christopher Arndt, Tobias Bergsmann, Georg Böhs, Alexandros Charos, Tamara Fellinger, Jürg Flamm, Thomas Földesi, Thomas Haas, Peter Holzer, Gabriela Hötzter, Nikolai Iliadis, Christian Isnardi, Markus Kiesenhofer, Clemens Kleinhagauer, Annemarie Klozar, Verena Kraushofer, Gwendolyn Kremser, Gina Lanik, Thomas Leber, Sarah Ledl, Romana Lüftner, Christopher Markytan, Florian Mayr, Anja Merfinkat, Aloisia Michl, Birgit Novotny, Robert Novotny, Ingo Oberorther, Lorenz Pahr, Peter Reschenhofer, Gabriele Schiessl, Lukas Schmoogl, Gabriele Schober, Klara Stan, Petra Taschner, Agnes Tischler-Lechthaler, Fabian Unterlass, Tatjana Weber, Philipp Welz, Sabine Wiesmühler, Michaela Zinner-Doblhofer

